



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1Y 6432 A

1972

Montag, den 14. August 1972

Nr. 33

Seite

Seite

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei		Der Hessische Minister der Justiz	
Verlust eines Ausweises für die Mitglieder des Konsular-Korps und Verlust von Konsularischen Ausweisen	1409	Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes vom 25. 7. 1972	1428
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 13. 7. 1972 bis 27. 7. 1972	1410	Der Hessische Kultusminister	
Der Hessische Minister des Innern		Diplomprüfungsordnung für Physik der Justus Liebig-Universität Gießen in der Fassung vom 7. 8. 1942	1433
Hubschrauber für den Katastrophenschutz und Rettungsdienst im Lande Hessen; hier: Einsatzregelung	1410	Diplom-Prüfungsordnung der Technischen Hochschule Darmstadt (Fassung vom Mai 1971)	1433
Entschädigung für geleistete Mehrarbeit nach der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeit für Beamte vom 26. 4. 1972	1411	Einziehung der Studentenschaftsbeiträge an den Fachhochschulen	1433
Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT (Wirtschaftspersonal in Anstalten und Heimen gemäß SR 2 a und SR 2 b BAT) vom 9. 6. 1972	1412	Der Hessische Sozialminister	
Besondere Arbeitsbedingungen und Gesamtpauschallöhne der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen — Tarifvertrag vom 10. 2. 1965, zuletzt geändert durch den Siebenten Änderungstarifvertrag vom 19. 1. 1972; hier: Achter Änderungstarifvertrag vom 7. 6. 1972	1417	Einziehung von Masern-Mischimpfstoffen	1434
Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) vom 23. 2. 1961; hier: Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die		Ärztliche Untersuchung von Ausländern vor Erteilung der Aufenthaltserlaubnis	1434
a) als Mitglieder der Arbeitgeberverbände, die der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehören, unter den Geltungsbereich des BAT fallen oder		Versorgung im Wege des Härteausgleichs nach § 89 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) bei Anspruch auf Einkommensausgleich nach § 17 Abs. 4 Buchst. b BVG	1437
b) den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwenden	1418	Staatliche Prüfung von Sera; hier: Gehalt an Konservierungsmitteln	1437
Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT (Angestellte in der Datenverarbeitung) vom 15. 11. 1971	1422	Versorgung im Wege des Härteausgleichs nach § 89 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) bei Ausschluss des Anspruchs auf Heil- und Krankenbehandlung nach § 10 Abs. 6 Buchst. a BVG	1437
Änderungstarifverträge vom 18. 9. und 7. 12. 1971 zum Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte nach besoldungsrechtlichen Vorschriften vom 28. 9. 1970; hier: Anschlussstarifverträge	1422	Hausbrandbeihilfen für Sozialhilfeempfänger und Empfänger von Kriegsoffiziersfürsorge für die Heizperiode 1972/73	1437
Versorgung der früheren Beamten des Aufsichts-, Werk- und Sanitätsdienstes im Strafvollzug	1422	Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt	
Öffentliches Vereinsrecht; hier: Bekanntmachung des Verbots und der Auflösung des „Euroclub (e. V.)“ mit Sitz in Mariensiel, Krs. Friesland	1422	Forstfiskalische Fischereigewässer; hier: Wasserlagerung von Stammholz	1438
Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hessen in Frankfurt/Main über die zahnärztliche Versorgung der heilfürsorgeberechtigten Beamten der Hessischen Bereitschaftspolizei; hier: Vergütung für zahnärztliche Leistungen	1422	Überwachung nach dem Benzinbleigesetz; hier: Beauftragte zur Durchführung der Überwachung	1438
Organisation und örtliche Zuständigkeit der staatlichen Vollzugspolizei; hier: Örtliche Zuständigkeit der Kriminalpolizei im Wetteraukreis	1422	Rufnummer der Außenstelle Hanau des Wasserwirtschaftsamtes Wiesbaden	1438
Gemeindegebietsreform in Hessen; hier: Zusammenschlüsse und Eingliederungen von Gemeinden	1423	Personalnachrichten	
Ausbildungsvorschriften für die Feuerwehren; hier: „Die Gruppe im Löscheinsatz“	1423	Im Bereich des Hessischen Ministers des Innern	1439
Genehmigung eines Wappens und einer Flagge der Stadt Taunusstein, Untertaunuskreis	1423	Im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen	1439
Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Hermannstein, Krs. Wetzlar	1423	Im Bereich des Hessischen Kultusministers	1441
Durchführung des Bundesbaugesetzes; hier: Baugebiete für landwirtschaftliche Betriebsgebäude	1423	Im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt	1447
Befreiung von § 24 Abs. 1 und 2 DVO HBO (Lager- und Abstellräume)	1423	Regierungspräsidenten	
Vorbereitung und Durchführung der Gemeinde-, Ortsbeirats- und Kreiswahlen am 22. Oktober 1972; hier: Maßgebliche Einwohnerzahlen der Gemeinden und Landkreise	1424	DARMSTADT	
		Änderung von Standesamtsbezirken im Landkreis Wetzlar ..	1447
		Bekanntmachung über die Aufhebung der Stiftung „Sankt Elisabeth-Krankenhaus“, Sitz Hochheim/Main	1447
		Benennung von Gemeindeteilen	1447
		Buchbesprechungen	1448
		Öffentlicher Anzeiger	
		Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1972, die Stellensatzung und die Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Tätigkeit des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar	1452
		Haushaltssatzung des Wasserverbandes Kinzig für das Rechnungsjahr 1972	1453
		Öffentliche Auslegung der I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 1972 und der Haushaltssatzung für das Jahr 1973 des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kassel	1453

1016

Der Hessische Ministerpräsident

Verlust eines Ausweises für die Mitglieder des Konsular-Korps und Verlust von Konsularischen Ausweisen

Der am 19. 8. 1971 von der Staatskanzlei ausgestellte Konsularausweis für Herrn Konsul James W. Misslbeck (Ausweis-Nr. 01393), Amerikanisches Generalkonsulat in Frankfurt/Main, ist verlorengegangen.

Ebenfalls verlorengegangen sind die Konsularischen Ausweise für

- Herrn Gordon A. Anderson, Beamter des Amerikanischen Generalkonsulats in Frankfurt/Main (Ausweis-Nr. 4543), ausgestellt von der Staatskanzlei am 13. 11. 1970, sowie

- Herrn Carry L. Lunsford, Sohn des Beamten Edwin L. Lunsford, Amerikanisches Generalkonsulat in Frankfurt/Main (Ausweis-Nr. 4827), ausgestellt von der Staatskanzlei am 11. 4. 1972.

Die Ausweise werden für ungültig erklärt.

Wiesbaden, 26. 7. 1972

Der Hessische Ministerpräsident
Staatskanzlei

I A 1 — 2 e 10/05

St.Anz. 33/1972 S. 1409

1017

**Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes
in der Zeit vom 13. 7. 1972 bis 27. 7. 1972**

Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 6200 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37

Staat und Wirtschaft in Hessen
Heft 7 · Juli 1972 · 27. Jahrgang

Preis
DM
1,50

Aus dem Inhalt:

Zwischenbilanz der Verbraucherpreisentwicklung 1972
Ausbildungsstand der hessischen Bevölkerung (Weitere
Ergebnisse der Volkszählung vom 27. Mai 1970)

Gemeindezusammenschlüsse in Hessen im ersten Halb-
jahr 1972

Struktur und Entwicklung der Forstwirtschaft
in Hessen (1971)

Beherbergungskapazität in Hessen (1. 4. 1972)

Arbeitsgerichtsverfahren 1971

Mehr Kapitalgesellschaften in Hessen 1971

Hessischer Zahlenspiegel

Ausgewählte Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Märkte, Messen und Kirchweihfeste in Hessen 1973 5,—

Statistische Berichte:

C I 1 — j/72
Die Bodennutzung in Hessen 1972 (Vorläufiges Ergebnis) —,50

C II 1 — m 7/72
(erscheint nur für April bis Dezember). Erntebericht-
erstattung über Feldfrüchte und Grünland in Hessen
Anfang Juli 1972 —,50

C II 4 — m 6/72
(erscheint nur für Mai bis November). Erntebericht-
erstattung über Wein in Hessen im Juni 1972 —,50

C III 1 — vj 2/72
Die Rindvieh-, Schweine- und Schafbestände am 2. Juni
1972 in Hessen (Endgültiges Ergebnis) —,50

	Preis DM
E I 1 — m 5/72 Die Industrie in Hessen im Mai 1972	1,50
E I 2 — m 5/72 Die industrielle Produktion in Hessen im Mai 1972	1,—
F I 1 bis F I 3 — m 5/72 Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Mai 1972	—,50
G III 3 — m 5/72 Die Einfuhr nach Hessen im Mai 1972 (Generalhandel)	1,—
G IV 3 — m 5/72 Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung im hessischen Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe im Mai 1972	—,50
H I 1 — m 4/72 Die Straßenverkehrsunfälle in Hessen im April 1972	1,—
H I 1 — m 5/72 (vorläufige Zahlen) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Mai 1972 — Vorauswertung — Vorläufige Zahlen	—,50
K I 5 — j/71 Die Kriegsofferfürsorge in Hessen im Jahre 1971	1,—
M I 1 — m 5/72 Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen im Mai 1972	1,50
M I 2 — m 6/72 Verbraucherpreise in Hessen im Juni 1972	1,50
M I 4 — vj 2/72 Meßzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke im Mai 1972	1,—
N I 1 — vj 2/72 — Teil I Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im April 1972	
Teil I: Verdienste und Arbeitszeiten der Industrie- arbeiter	1,50
N I 1 — vj 2/72 — Teil II Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im April 1972	
Teil II: Angestelltenverdienste	1,50

Wiesbaden, 27. 7. 1972

Hessisches Statistisches Landesamt
Z 231 — 77 a 241/72
StAnz. 33/1972 S. 1410

1018

Der Hessische Minister des Innern

**Hubschrauber für den Katastrophenschutz und Rettungsdienst
im Lande Hessen;**

hier: Einsatzregelung

Gemeinsamer Erlaß

Im Zuge der Erweiterung des Katastrophenschutzes führt der Bundesminister des Innern einen weiteren Modellversuch „Hubschrauber im Katastrophenschutz und Rettungsdienst“ durch. Zu diesem Zweck wird im Lande Hessen ein Hubschrauber vom Typ BO 105 eingesetzt. Der Hubschrauber ist ab — 15. 8. 1972, 15.00 Uhr — einsatzbereit.

I.

Der Einsatz des Hubschraubers im Rettungsdienst zur Unterstützung der bereits bestehenden Einrichtungen wird wie folgt geregelt:

1. Standort

Der Hubschrauber und die Bodenfunkstelle sind beim Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhaus in Frankfurt a. M., Friedberger Landstraße 430, stationiert bzw. untergebracht.

2. Besatzung und Ausstattung

Der Hubschrauber ist mit 1 Arzt, 1 Sanitäter und 1 Piloten besetzt und kann maximal 2 Patienten liegend transportieren. Er ist u. a. mit einer Vielkanalsprechfunkanlage FuG 7b ausgestattet.

3. Einsatzzeiten

Die Einsatzbereitschaft des Hubschraubers (Rufname „Christoph 2“) und der Bodenfunkstelle (Rufname: „Christoph Rhein-Main“) beginnt bei Sonnenaufgang und endet bei Sonnenuntergang.

4. Einsatzleitstelle

Der Hubschrauber ist bei der Einsatzleitstelle anzufordern. Einsatzleitstelle ist die Funkzentrale bei der Branddirektion der Stadt Frankfurt a. M., Hanauer Landstraße 77;

Rufname: „Leitfunkstelle Rhein-Main“

Betriebskanal: 486

Telefon: (Vorwahl: 0611 bzw. 91) 44 10 33
im Besetzungsfalle: (0611 bzw. 91) 43 91 01

Die Einsatzleitstelle entscheidet über den Einsatz des Hubschraubers.

5. Einsatzaufgaben

Der Hubschrauber kann für folgende Aufgaben eingesetzt werden:

- Ärztliche Versorgung bei Notfällen einschließlich Bergung aus Lebensgefahr,
- Primärtransporte (von der Unfall-Notfallstelle zum Krankenhaus).
- Sekundärtransporte (von Krankenhaus zu Krankenhaus) in sehr dringenden Fällen,

— Transporte lebenswichtiger Medikamente sowie von Blutkonserven und Organen zu Transplantationen in sehr dringenden Fällen.

6. Einsatzraum

Einsatzraum des Hubschraubers ist für Primärtransporte grundsätzlich der Raum in einer Entfernung von ca. 50 km (Luftlinie) vom Standort des Hubschraubers in Frankfurt am Main.

Bei anderen als Primärtransporten entscheidet die Einsatzstelle „Leitfunkstelle Rhein-Main“ auf Grund der einzelnen Anforderung.

7. Anforderung

a) Erhalten Polizeidienststellen oder Leitstellen der Sanitätsdienste bzw. der Feuerwehren Kenntnis von einem Unfall mit Personenschaden, so fordern sie den Hubschrauber an. Gleichzeitig ist bei der örtlich zuständigen Sanitätsleitstelle ein Rettungswagen abzurufen. Eine Anforderung hat auch in den Fällen zu erfolgen, in denen nicht bekannt ist, ob schwere oder leichte Verletzungen eingetreten sind. Nur wenn mit Sicherheit feststeht, daß lediglich leichte Verletzungen vorliegen, kann auf das Hinzuziehen des Hubschraubers von vornherein verzichtet bzw. der bereits angeforderte Hubschrauber wieder abbestellt werden.

Die Anforderung des Hubschraubers durch die Polizei hat bei der Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei (Rufname: „Wiesbaden“) auf Betriebskanal 484 (Autobahnsprechfunknetz) zu erfolgen. Von dort wird die Anforderung des Hubschraubers an die Einsatzleitstelle weitergegeben.

Anforderungsberechtigt für alle übrigen Einsatzaufgaben sind Ärzte und Krankenhäuser.

b) Bei der Anforderung des Hubschraubers für einen Primärtransport sind anzugeben:

aa) Genaue Bezeichnung der Unfall/Notfallstelle (Ort Straßenbezeichnung, km, zwischen Ortschaft . . . und Ortschaft . . ., zwischen Anschlußstelle . . . und Anschlußstelle . . ., Richtungsfahrbahn oder Fahrtrichtung, besondere Orientierungspunkte, Himmelsrichtungen oder Entfernung von bestimmten Orientierungspunkten), Landemöglichkeit,

bb) Zahl der Verletzten, Art der Verletzungen bzw. Art des Notfalles (soweit bekannt),

cc) Institution, bei der Rettungswagen (Krankenwagen) angefordert wurde,

dd) Rufname und Betriebskanal der anfordernden Funkstelle, die den Anflug des Hubschraubers unterstützen soll.

8. Einsatz

a) Nach Erteilung des Einsatzauftrages schalten zur Erleichterung des Anfluges des Hubschraubers zum Einsatzort die „Leitfunkstelle Rhein-Main“ (mit einer zweiten Funkanlage) und die Funkstelle des Hubschraubers auf den Betriebskanal der anfordernden Funkstelle, die den Anflug zu unterstützen hat. Beim Eintreffen am Einsatzort schaltet die Funkstelle des Hubschraubers unaufgefordert auf den Betriebskanal 486 zurück.

Nach Durchführung des Einsatzes hält die Bodenfunkstelle des Hubschraubers auf dem Betriebskanal 486 weiterhin Funkbetriebsbereitschaft.

b) Am Einsatzort entscheidet der Arzt des Hubschraubers über die Art der Versorgung und des Transportes des Verletzten.

II.

Der Einsatz des Hubschraubers für Zwecke des Katastrophenschutzes wird im Einzelfalle vom Hessischen Minister des Innern angeordnet.

Wiesbaden, 3. 8. 1972

Der Hessische Minister des Innern VI 7/6 — 24 t — 12 — 01

Der Hessische Sozialminister M — III B 3 — 18 c 12/20 StAnz. 33/1972 S. 1410

1019

Entschädigung für geleistete Mehrarbeit nach der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeit für Beamte vom 26. April 1972 (BGBl. I S. 747)

Bezug: Mein Erlaß vom 23. Juni 1972 (StAnz. S. 1234)

Nach der Nr. 6.4 der vorläufigen Hinweise zur Durchführung der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsentschädigung für Beamte teilen die Beschäftigungsstellen die in einem Kalendermonat abgeleisteten und schriftlich angeordneten oder genehmigten Mehrarbeitsstunden, die nicht durch Dienstbefreiung innerhalb von drei Monaten ausgeglichen werden können, den zur Anweisung zuständigen Stellen nach Ablauf von drei Monaten mit. Für diese Mitteilung bitte ich, den als Anlage abgedruckten Vordruck zu verwenden. Der Vordruck kann von der Landesbeschaffungsstelle in Wiesbaden bezogen werden.

Wiesbaden, 25. 7. 1972

Der Hessische Minister des Innern I A 5 — P 1564 A — 8 StAnz. 33/1972 S. 1411

*

Anlage

(Behörde) (Ort, Tag)

(Geschäftszeichen)

An¹⁾

Betr.: Entschädigung für geleistete Mehrarbeit nach der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsentschädigung für Beamte vom 26. April 1972 (BGBl. I S. 747)

Mehrarbeitsentschädigung für den Monat

Empfänger (Zu- u. Vorname) Pers.-Nr. Amtsbezeichnung Bes.-Gr.

Wohnort

Dienststelle

Überweisung auf Konto Nr. bei

1. Die schriftliche Anordnung oder Genehmigung der Mehrarbeit ist gem. Erlaß/Verfügung des/der Az. vom erfolgt (VV Nr. 2.1).

1.1 Die vorherige Zustimmung der obersten Dienstbehörde ist durch Erlaß des Az. vom erteilt worden (VV Nr. 2.2).

1.2 In den Fällen des § 2 Abs. 2 Nr. 4 und 5 wurde die Einwilligung des MdI und MdF durch Erlaß vom Az. erteilt (VV Nr. 2.3).

2. Art des Dienstes (§ 2)

3. Aus folgenden zwingenden dienstlichen Gründen konnte die geleistete Mehrarbeit durch Dienstbefreiung nicht ausgeglichen werden (VV Nr. 2.4):

1) an die anweisende Stelle.

2) abgeltbare Mehrarbeit bis zu 40 Stunden (§ 3 Abs. 2), im Schuldienst bis zu 24 Stunden (§ 5 Abs. 2 Nr. 2); bei Bruchteilen einer Stunde werden 30 Minuten und mehr auf eine volle Arbeitsstunde aufgerundet (§ 5 Abs. 3).

4. Höhe der Entschädigung

4.1 Zahl der Mehrarbeitsstunden¹⁾ (ohne Mehrarbeit im Schuldienst oder Dienst in Bereitschaft)

4.2 geleistete Mehr-Unterrichts-stunden²⁾ entspricht gem. § 5 Abs. 2 Nr. 1

4.3 bei Dienst in Bereitschaft (§ 2 Abs. 2 Nr. 1) Zahl der Stunden

durchschnittliche Inanspruchnahme im Sinne des § 5 Abs. 1 (VV Nr. 3.1)

bzw. Bereitschaftsdienstvergütung nach Tarifrecht (VV Nr. 3.1)

Bes.-Gr. Vergütungssatz DM X =DM

Bei Mehrarbeit im Schuldienst § 4 Abs. 3 Nr.

5. Die unter Nr. 4 abgerechneten Mehrarbeitsstunden wurden abgeleistet am:

Tag	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.	
Monat															
Tag	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	29.	30.	31.
Monat															

5.1 Mehrarbeitsstunden wurden im laufenden Haushaltsjahr bisher vergütet

Monat	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII
Stunden											

Sachlich richtig

(Unterschrift, Amtsbez. bzw. Verg.-Gr.) (Unterschrift d. Leiters d. Beschäftigungsstelle)

(Behörde)	Hj. 19	Haushaltsstelle Kapitel Titel	Beleg-Nr.
-----------	--------	------------------------------------	-----------

(Geschäftszeichen) (Ort, Tag)

Auszahlungsanordnung

1 Zuständige Kasse³⁾

2 Betrag i. B. DM Pf

HÜL (§ 33 RWB) Nr.

Festgestellt Sachlich richtig⁴⁾

(Unterschrift, Amtsbez. bzw. Verg.-Gr.) (Unterschrift d. Anordnungs-befugten)

Eingangsstempel der Kasse Nach § 76 Abs. 2 RKO (§ 105 Abs. 2 JKassO) geprüft	Nur von der Kasse auszufüllen
Buchhalterei Reg.-Nr.	Zahlungsbeweis — Quittung

Bar	Auszahlung DM	Gezahlt durch: Postsch. — Postüberw. LZB — Spargiro
Unbar	DM	
Summe		Heft-, Blatt-, Auftr.-Nr. Tag der Zahlung
(Tag)	(Buchhalter)	(Unterschrift d. Kassenbeamten nach § 44 RKO, § 48 Abs. 2 JKassO)

¹⁾ Nur ausfüllen, wenn nicht die nach §§ 6 und 7 VKO zuständige Kasse angewiesen wird.

1020

Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT (Wirtschaftspersonal in Anstalten und Heimen gemäß SR 2 a und SR 2 b BAT) vom 9. Juni 1972

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat am 9. Juni 1972 mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft den vorbezeichneten Tarifvertrag abgeschlossen. Durch diesen Tarifvertrag sind erstmals und umfassend Tätigkeitsmerkmale für das Wirtschaftspersonal in Anstalten und Heimen gemäß SR 2 a und SR 2 b BAT vereinbart worden. Unter gleichzeitiger Streichung der bisherigen fünf unzureichenden Tätigkeitsmerkmale für diesen Personenkreis in den Vergütungsgruppen VII bis X des Allgemeinen Teils der Anlage 1 a zum BAT sind die neuen Tätigkeitsmerkmale dem Teil IV (Zusätzliche Tätigkeitsmerkmale für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder) als neuer Abschnitt E angefügt.

Der neue Abschnitt E erfaßt in seinem Unterabschnitt I die unter die SR 2 a BAT fallenden Angestellten im Küchenwirtschaftsdienst und im Wäschereidienst sowie die Leiter der Hauswirtschaft und die Angestellten im Wirtschaftsdienst mit Teilaufgaben. Unterabschnitt II gilt für das unter die SR 2 b BAT fallende Wirtschaftspersonal

Den nach der abschließenden Zustimmung aller Tarifvertragsparteien mit Wirkung vom 1. Juni 1972 in Kraft getretenen Tarifvertrag gebe ich hiermit zum Vollzuge bekannt. Von besonderen Hinweisen sehe ich zunächst ab. Ich bitte jedoch, bei der Anwendung der Tätigkeitsmerkmale insbesondere die Protokollnotizen zu beachten.

Dieses Rundschreiben nebst Tarifvertrag geht neben dem Hessischen Minister der Finanzen nur den obersten Landesbehörden gesondert zu, in deren Geschäftsbereich Anstalten und Heime gemäß SR 2 a und SR 2 b BAT bestehen.

Wiesbaden, 25. 7. 1972
Der Hessische Minister des Innern
I A 61 — P 2105 A — 324
StAnz. 33/1972 S. 1412

Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT (Wirtschaftspersonal in Anstalten und Heimen gemäß SR 2 a und SR 2 b BAT) vom 9. Juni 1972

Zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes, einerseits und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand —, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Bundesvorstand — andererseits wird folgendes vereinbart:

§ 1 Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder
Bei der Weiteranwendung der Anlage 1 a des zum 31. Dezember 1969 gekündigten Bundes-Angestelltentarifvertrages (BAT) sind die nachstehenden Vorschriften in der folgenden Fassung anzuwenden:

- In Teil IV der Inhaltsübersicht wird nach der Abschnittsbezeichnung D die folgende Abschnittsbezeichnung E eingefügt:
„E. Wirtschaftspersonal in Anstalten und Heimen gemäß SR 2 a und SR 2 b“.
- Dem Teil IV wird der folgende Abschnitt E angefügt:
„E. Wirtschaftspersonal in Anstalten und Heimen gemäß SR 2 a und SR 2 b“
I. Angestellte in Kranken-, Heil-, Pflege- und Entbindungsanstalten sowie in sonstigen Anstalten und Heimen, in denen die betreuten Personen in ärztlicher Behandlung stehen (SR 2 a)
1. Angestellte im Küchenwirtschaftsdienst
Vergütungsgruppe IV a
1. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung
als Leiter von Küchen, in denen durchschnittlich täglich mehr als 1 500 Vollportionen hergestellt werden
(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1, 2 und 3)

2. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

als Leiter von Küchen, in denen durchschnittlich täglich mehr als 1000 Vollportionen hergestellt werden, wenn der Küche eine Diätküche eingegliedert ist.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1, 2, 3 und 4)

Vergütungsgruppe IV b

1. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

als Leiter von Küchen, in denen durchschnittlich täglich mehr als 1000 Vollportionen hergestellt werden.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1, 2 und 3)

2. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung,

die als ständige Vertreter von Leitern von Küchen mit Tätigkeiten der Vergütungsgruppe IV a Fallgruppe 1 durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 2 und 3)

3. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

als Leiter von Küchen, in denen durchschnittlich täglich mehr als 500 Vollportionen hergestellt werden, wenn der Küche eine Diätküche eingegliedert ist.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1, 2, 3 und 4)

Vergütungsgruppe V b

1. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

in einer Tätigkeit der Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 1 nach vierjähriger Tätigkeit in dieser Vergütungs- und Fallgruppe.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 2 und 3)

2. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung,

die als ständige Vertreter von Leitern von Küchen mit Tätigkeiten der Vergütungsgruppe IV b Fallgruppe 1 durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 2 und 3)

3. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

als Leiter von Küchen, in denen durchschnittlich täglich mehr als 250 Vollportionen hergestellt werden, wenn der Küche eine Diätküche eingegliedert ist.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1, 2, 3 und 4)

4. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

in einer Tätigkeit der Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 5 nach vierjähriger Tätigkeit in dieser Vergütungs- und Fallgruppe.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 2 und 3)

Vergütungsgruppe V c

1. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

als Leiter von Küchen, in denen durchschnittlich täglich mehr als 500 Vollportionen hergestellt werden.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1, 2 und 3)

2. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

in einer Tätigkeit der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 1 nach vierjähriger Tätigkeit in dieser Vergütungs- und Fallgruppe.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 2 und 3)

3. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

in einer Tätigkeit der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 3 nach vierjähriger Tätigkeit in dieser Vergütungs- und Fallgruppe.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 2 und 3)

4. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

als Leiter von Küchen, in denen durchschnittlich täglich bis zu 250 Vollportionen hergestellt werden, wenn der Küche eine Diätküche eingegliedert ist.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1, 2, 3 und 4)

5. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung,

denen durch ausdrückliche Anordnung die Arbeitsvorbereitung, die Überwachung des Arbeitsablaufes und die Einteilung des Personals in einer Küche übertragen ist, in der durchschnittlich täglich mehr als 1500 Vollportionen hergestellt werden.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1, 2 und 3)

6. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

in einer Tätigkeit der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 5 nach vierjähriger Tätigkeit in dieser Vergütungs- und Fallgruppe.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 2 und 3)

Vergütungsgruppe VI b

1. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

als Leiter von Küchen, in denen durchschnittlich täglich mehr als 250 Vollportionen hergestellt werden.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1, 2 und 3)

2. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

als Leiter von Küchen nach sechsmonatiger Berufsausübung nach abgelegter Meisterprüfung, nach abgelegter staatlicher Prüfung oder nach erlangter staatlicher Anerkennung.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 2 und 3)

3. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung,

die als ständige Vertreter von Leitern von Küchen mit Tätigkeiten der Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 1 durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 2 und 3)

4. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

in einer Tätigkeit der Vergütungsgruppe VII Fallgruppe 3 nach vierjähriger Tätigkeit in dieser Vergütungs- und Fallgruppe.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 2 und 3)

5. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung,

denen durch ausdrückliche Anordnung die Arbeitsvorbereitung, die Überwachung des Arbeitsablaufes und die Einteilung des Personals in einer Küche übertragen ist, in der durchschnittlich täglich mehr als 1000 Vollportionen hergestellt werden.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 1, 2 und 3)

Vergütungsgruppe VII

1. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung

als Leiter von Küchen während der ersten sechs Monate der Berufsausübung nach abgelegter Meisterprüfung, nach abgelegter staatlicher Prüfung oder nach erlangter staatlicher Anerkennung.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 2 und 3)

2. Angestellte in einer Tätigkeit der Vergütungsgruppe VIII Fallgruppe 2 nach einjähriger Tätigkeit in dieser Vergütungs- und Fallgruppe.

3. Küchenmeister, Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung oder Diätassistentinnen mit staatlicher Anerkennung,

die als ständige Vertreter von Leitern von Küchen mit Tätigkeiten der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 1 durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 2 und 3)

Vergütungsgruppe VIII

1. Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung und entsprechender Tätigkeit, soweit nicht anderweitig eingruppiert.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 5)

2. Angestellte, die als ständige Vertreter von Leitern von Küchen durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind, soweit nicht anderweitig eingruppiert.

2. Angestellte im Wäschereidienst**Vergütungsgruppe IV a**

Wäschereileiter in Wäschereien mit einer Jahresleistung von mehr als 2500 t Schmutzwäsche.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

Vergütungsgruppe IV b

1. Wäschereileiter in Wäschereien mit einer Jahresleistung von mehr als 1500 t Schmutzwäsche.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

2. Angestellte, die als ständige Vertreter von Wäschereileitern mit Tätigkeiten der Vergütungsgruppe IV a dieses Unterabschnitts durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

Vergütungsgruppe V b

1. Wäschereileiter in Wäschereien mit einer Jahresleistung von mehr als 1000 t Schmutzwäsche.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

2. Angestellte, die als ständige Vertreter von Wäschereileitern mit Tätigkeiten der Vergütungsgruppe IV b Fallgruppe 1 durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

Vergütungsgruppe V c

1. Wäschereileiter in Wäschereien mit einer Jahresleistung von mehr als 500 t Schmutzwäsche.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

2. Angestellte, die als ständige Vertreter von Wäschereileitern mit Tätigkeiten der Vergütungsgruppe V b Fallgruppe 1 durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

3. Nähereileiter, denen mehr als 36 Arbeitnehmer durch ausdrückliche Anordnung ständig unterstellt sind.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 7)

4. Leiter von Teilbetriebsbereichen in Zentralwäschereien mit einer Jahresleistung von mehr als 2500 t Schmutzwäsche. (Als Teilbetriebsbereiche im Sinne dieses Tätigkeitsmerkmals gelten nicht die Annahme und Ausgabe der Wäsche und die Näherei.)

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

5. Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung, denen in Anstalten

mit mindestens 1200 planmäßigen Betten die Anforderung, Pflege und Verwaltung (einschließlich Annahme und Ausgabe) der Wäsche obliegen.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 3 und 7)

Vergütungsgruppe VI b

1. Wäschereileiter in Wäschereien mit einer Jahresleistung von mehr als 175 t Schmutzwäsche.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

2. Angestellte, die als ständige Vertreter von Wäschereileitern mit Tätigkeiten der Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 1 durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

3. Nähereileiter, denen mehr als 27 Arbeitnehmer durch ausdrückliche Anordnung ständig unterstellt sind.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 7)

4. Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung, denen in Anstalten mit mindestens 750 planmäßigen Betten die Anforderung, Pflege und Verwaltung (einschließlich Annahme und Ausgabe) der Wäsche obliegen.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 3 und 7)

Vergütungsgruppe VII

1. Wäschereileiter in Wäschereien mit einer Jahresleistung von mehr als 80 t Schmutzwäsche.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

2. Angestellte, die als ständige Vertreter von Wäschereileitern mit Tätigkeiten der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 1 durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

3. Nähereileiter, denen mehr als 18 Arbeitnehmer durch ausdrückliche Anordnung ständig unterstellt sind.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 7)

4. Angestellte im Wirtschaftsdienst als Leiter der Wäschetauschstelle in Krankenanstalten mit mindestens 1000 planmäßigen Betten.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 8)

5. Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung, denen in Anstalten mit mindestens 300 planmäßigen Betten die Anforderung, Pflege und Verwaltung (einschließlich Annahme und Ausgabe) der Wäsche obliegen.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 5)

Vergütungsgruppe VIII

1. Wäschereileiter, soweit nicht anderweitig eingruppiert.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

2. Angestellte, die als ständige Vertreter von Wäschereileitern durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind, soweit nicht anderweitig eingruppiert.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 6)

3. Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung und entsprechender Tätigkeit, soweit nicht anderweitig eingruppiert.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 5)

3. Leiter der Hauswirtschaft und Angestellte im Wirtschaftsdienst mit Teilaufgaben**Vergütungsgruppe V c**

Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung oder Angestellte im Wirtschaftsdienst

als Magazinvorsteher für Nahrungsmittel, Textilien, Hausrat und Wirtschaftsbedarf in Anstalten mit mehr als 1500 planmäßigen Betten.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 5 und 8)

Vergütungsgruppe VI b

1. Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit nach sechsmonatiger Berufsausübung nach abgelegter staatlicher Prüfung oder nach erlangter staatlicher Anerkennung.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 3 und 9)

2. Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung oder Angestellte im Wirtschaftsdienst

als Magazinvorsteher für Nahrungsmittel, Textilien, Hausrat und Wirtschaftsbedarf

in Anstalten mit mehr als 750 planmäßigen Betten.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 5 und 8)

3. Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung oder Angestellte im Wirtschaftsdienst

als Magazinvorsteher für Nahrungsmittel oder für Textilien, Hausrat und Wirtschaftsbedarf

in Anstalten mit mehr als 1500 planmäßigen Betten.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 5 und 8)

Vergütungsgruppe VII

1. Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit während der ersten sechs Monate der Berufsausübung nach abgelegter staatlicher Prüfung oder nach erlangter staatlicher Anerkennung.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 3 und 9)

2. Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung oder Angestellte im Wirtschaftsdienst

als Magazinvorsteher für Nahrungsmittel, Textilien, Hausrat und Wirtschaftsbedarf, soweit nicht anderweitig eingruppiert.

(Dieses Tätigkeitsmerkmal ist auch erfüllt, wenn von den Teilgebieten Textilien, Hausrat und Wirtschaftsbedarf ein Teilgebiet im Magazin nicht enthalten ist.)

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 5 und 8)

3. Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung oder Angestellte im Wirtschaftsdienst

als Magazinvorsteher für Nahrungsmittel oder für Textilien, Hausrat und Wirtschaftsbedarf

in Anstalten mit mehr als 750 planmäßigen Betten.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 5 und 8)

Vergütungsgruppe VIII

1. Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung und entsprechender Tätigkeit, soweit nicht anderweitig eingruppiert.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 5)

2. Angestellte im Wirtschaftsdienst als Magazinverwalter für Nahrungsmittel oder für Textilien, Hausrat und Wirtschaftsbedarf.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 8)

Vergütungsgruppe IX b

Ferner, wenn sie als Angestellte beschäftigt sind (§ 1 Abs. 2):

Wirtschaftsgehilfen (Wirtschaftsgehilfinen) mit entsprechender Tätigkeit (z. B. Annahme und Ausgabe der Wäsche; Zubereiten, Portionieren und Ausgeben der Kaltverpflegung; Ausgeben von Textilien, Hausrat oder Wirtschaftsbedarf).*

II. Angestellte in Anstalten und Heimen, die nicht unter die SR 2 a fallen (SR 2 b)

Vergütungsgruppe IV b

Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit in Heimen mit einer Durchschnittsbelegung von mehr als 200 Plätzen.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 3, 9, 10 und 11)

Vergütungsgruppe V b

1. Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit in Heimen mit einer Durchschnittsbelegung von mehr als 100 Plätzen.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 3, 9, 10 und 11)

2. Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung, die als ständige Vertreterinnen von Hauswirtschaftsleiterinnen mit Tätigkeiten der Vergütungsgruppe IV b dieses Unterabschnitts durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 3, 7, 9, 10 und 11)

Vergütungsgruppe V c

1. Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit in Heimen mit einer Durchschnittsbelegung von mehr als 50 Plätzen.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 3, 9, 10 und 11)

2. Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung, die als ständige Vertreterinnen von Hauswirtschaftsleiterinnen mit Tätigkeiten der Vergütungsgruppe V b Fallgruppe 1 durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 3, 7, 9, 10 und 11)

Vergütungsgruppe VI b

1. Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit nach sechsmonatiger Berufsausübung nach abgelegter staatlicher Prüfung oder nach erlangter staatlicher Anerkennung.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 3 und 9)

2. Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung, die als ständige Vertreterinnen von Hauswirtschaftsleiterinnen mit Tätigkeiten der Vergütungsgruppe V c Fallgruppe 1 durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 5)

Vergütungsgruppe VII

1. Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit während der ersten sechs Monate der Berufsausübung nach abgelegter staatlicher Prüfung oder nach erlangter staatlicher Anerkennung.

(Hierzu Protokollnotizen Nrn. 3 und 9)

2. Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung, die als ständige Vertreterinnen von Hauswirtschaftsleiterinnen mit Tätigkeiten der Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 1 durch ausdrückliche Anordnung bestellt sind.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 5)

Vergütungsgruppe VIII

Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung und entsprechender Tätigkeit, soweit nicht anderweitig eingruppiert.

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 5)

Vergütungsgruppe IX b

1. Angestellte in der Tätigkeit von Wirtschaftserinnen.*

(Hierzu Protokollnotiz Nr. 5)

Ferner, wenn sie als Angestellte beschäftigt sind (§ 1 Abs. 2):

2. Wirtschaftsgehilfen (Wirtschaftsgehilfinen) mit entsprechender Tätigkeit (z. B. Annahme und Ausgabe der Wäsche; Zubereiten, Portionieren und Ausgeben der Kaltverpflegung; Ausgeben von Textilien, Hausrat oder Wirtschaftsbedarf).*

Protokollnotizen zu den Unterabschnitten I und II:

Nr. 1 Hängt die Eingruppierung von der Zahl der Vollportionen ab, so ist Teilverpflegung mit dem Anteil in Vollportionen umzurechnen, der sich nach den Tarifvorschriften über die Anrechnung von Sachbezügen als Wert der Teilverpflegung ergibt. Wird in einer Küche nur Mittagessen zubereitet, so werden die Mittagessenportionen zur Hälfte als Vollportionen angerechnet.

Bei der Zahl der Vollportionen bleibt die Zahl der Diätportionen unberücksichtigt. Werden von der Hauptküche an die Diätküche die Grundnahrungsmittel (z. B. Kartoffeln, Fleisch, Gemüse) geliefert, gilt folgender Umrechnungsschlüssel:

a) Bei Lieferung der Grundnahrungsmittel für alle Mahlzeiten gelten drei Diätportionen als zwei Vollportionen.

b) Werden die Grundnahrungsmittel nicht für alle Mahlzeiten geliefert, gelten drei Diätportionen als eine Vollportion.

Nr. 2 Küchenmeister sind Angestellte, die bei der Industrie- und Handelskammer die Prüfung als Küchenmeister bestanden haben.

Dem Küchenmeister werden gleichgestellt:

- a) Köche mit Abschlußprüfung nach sechsjähriger Berufsausübung als Koch,
- b) Metzger (Fleischer, Schlachter), Bäcker oder Konditoren mit Abschlußprüfung nach achtjähriger Berufsausübung als Koch,
beim Nachweis der Meisterprüfung bereits nach dreijähriger Berufsausübung als Koch.

Nr. 3 Hauswirtschaftsleiterinnen sind Angestellte mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung als Hauswirtschaftsleiterin, als Wirtschaftsleiterin oder als hauswirtschaftliche Betriebsleiterin.

Angestellte, die am 31. Mai 1972 seit mindestens zehn Jahren die Tätigkeit von Hauswirtschaftsleiterinnen ausgeübt haben, ohne die staatliche Prüfung abgelegt oder die staatliche Anerkennung erlangt zu haben, werden für diesen Tarifvertrag den Hauswirtschaftsleiterinnen mit staatlicher Prüfung oder mit staatlicher Anerkennung gleichgestellt. Die Gleichstellung tritt für die am 1. Juni 1972 in der Tätigkeit von Hauswirtschaftsleiterinnen beschäftigten Angestellten nach Vollendung einer zehnjährigen entsprechenden Tätigkeit ein. Nach dem 31. Mai 1972 eingestellte Angestellte in der Tätigkeit von Hauswirtschaftsleiterinnen fallen nicht unter diese Regelung.

Nr. 4 Eine Diätküche ist im Sinne dieses Tätigkeitsmerkmals in eine Küche eingegliedert, wenn der Leiter der Hauptküche folgende Zuständigkeiten hat:

- a) Personalausgleich für die Hauptküche und Diätküche, Personalszuweisung für die Diätküche,
- b) Dienstplangestaltung für beide Küchen,
- c) Verantwortung für die technische Abwicklung des Essentransports beider Küchen.

Eine räumlich getrennte Unterbringung der Diätküche steht ihrer Eingliederung in die Hauptküche bei Erfüllung der vorstehenden Buchstaben a bis c nicht entgegen, wenn diese Diätküche mit den Grundnahrungsmitteln (z. B. Kartoffeln, Fleisch, Gemüse) durch die Hauptküche versorgt wird.

Durch die Eingliederung der Diätküche wird die Verantwortung der Diätküchenleiterin für die hergestellten Diätportionen nicht berührt.

Nr. 5 Wirtschaftserinnen sind Angestellte, die

- a) mit der selbständigen Führung der gesamten Hauswirtschaft oder
- b) mit der selbständigen Erledigung von Teilgebieten der Hauswirtschaft
oder in Teilgebieten der Küchenwirtschaft, z. B.
 - Aufstellen des Speiseplans —
 - Zubereiten der Nahrung oder Beaufsichtigen des Küchenpersonals —
 - Bestellen und Berechnen der Nahrungsmittel —;
 - oder in Teilgebieten der Hauspflege, z. B.
 - Aufsicht über Pflege und Reinigen des Hauses —
 - Beschaffen der Pflege- und Reinigungsmittel —;
 - oder in Teilgebieten der Wäschereinigung und -pflege, z. B.
 - Aufsicht über Reinigen und Instandhalten der Wäsche —
 - Beschaffen und Kontrollieren der Wäsche —;
 - oder in Teilgebieten der Materialverwaltung, z. B.
 - Beschaffen, Ausgeben, Abrechnen und Kontrollieren von Material —

beauftragt sind.

Angestellte, die im Geltungsbereich dieses Tarifvertrages mindestens fünf Jahre die Tätigkeit von Wirtschaftserinnen ausgeübt haben, ohne die staatliche Prüfung abgelegt zu haben, werden für diesen Tarifvertrag den Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung gleichgestellt.

Nr. 6 Wäschereileiter sind Angestellte, die dem Wäschereibetrieb (Waschen, Trocknen, Plätten) vorstehen.

Nr. 7 Wirtschaftserinnen mit staatlicher Prüfung werden nach diesem Tätigkeitsmerkmal eingruppiert, wenn sie die in dem Tätigkeitsmerkmal geforderte Tätigkeit ausüben.

Nr. 8 Angestellte im Wirtschaftsdienst sind Arbeitnehmer, die im Wirtschaftsdienst Teilaufgaben wahrzunehmen haben, für die keine staatliche Prüfung als Wirtschaftserin, sondern lediglich eine abgeschlossene mindestens zweijährige einschlägige Berufsausbildung erforderlich ist.

Nr. 9 Hauswirtschaftsleiterinnen üben eine entsprechende Tätigkeit aus, wenn sie der Hauswirtschaft (Küchenwirtschaft, Wäschereinigung und -pflege und Reinigungsdienst) vorstehen und ihnen der Einkauf oder die Anforderung von Lebensmitteln oder sonstigen Verbrauchsmitteln, gegebenenfalls einschließlich der Kostenberechnung und der Wirtschaftsbuchführung, obliegen.

Die entsprechende Tätigkeit der Hauswirtschaftsleiterin gilt auch dann als erfüllt, wenn wegen der Versorgung durch eine auswärtige Küche oder wegen der Wäschereinigung durch eine auswärtige Wäscherei oder wegen der Hausreinigung durch ein Reinigungsinstitut eines dieser Teilgebiete nicht von der Hauswirtschaftsleiterin selbst wahrgenommen wird.

Küchenmeister werden nach diesem Tätigkeitsmerkmal eingruppiert, wenn sie die in dem Tätigkeitsmerkmal geforderte Tätigkeit ausüben.

Nr. 10 Zu den Heimen rechnen nicht die Kindertagesstätten (Kindertagesheime).

Nr. 11 Der Ermittlung der Durchschnittsbelegung ist die Zahl der tatsächlich belegten, nicht jedoch die Zahl der vorhandenen Plätze zugrunde zu legen. Vorübergehend oder für kurze Zeit, z. B. wegen Erkrankung des Kindes oder Jugendlichen, nicht belegte Plätze sind mitzurechnen.

Der Ermittlung der Durchschnittsbelegung ist ein längerer Zeitraum zugrunde zu legen. Zeiten, in denen die Einrichtung, z. B. wegen der Ferien, nicht oder nur gering belegt ist, sind außer Betracht zu lassen. Bei der Feststellung der Durchschnittsbelegung ist von der täglichen Höchstbelegung auszugehen."

§ 2 Übergangsvorschriften

(1) Die Eingruppierung der unter diesen Tarifvertrag fallenden Angestellten, die bis zum 31. Mai 1972 günstiger als nach diesem Tarifvertrag eingruppiert worden sind, wird durch das Inkrafttreten dieses Tarifvertrages nicht berührt.

(2) Angestellte, die am 31. Mai 1972 im Arbeitsverhältnis gestanden haben und nach diesem Tarifvertrag die Tätigkeitsmerkmale einer höheren als ihrer bisherigen Vergütungsgruppe erfüllen, werden nach § 27 Abschn. A Abs. 3 BAT höhergruppiert.

(3) Soweit die Eingruppierung von der Zurücklegung einer Zeit der Berufsausübung oder der Tätigkeit in einer bestimmten Vergütungsgruppe abhängt, rechnet zu dieser Zeit auch die vor dem Inkrafttreten dieses Tarifvertrages zurückgelegte Zeit, in der der Angestellte in die Vergütungsgruppe eingruppiert gewesen wäre, wenn der Tarifvertrag bereits gegolten hätte.

§ 3 Schlußvorschriften

(1) Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Juni 1972 in Kraft.

(2) Die Tätigkeitsmerkmale der Vergütungsgruppen VII Fallgruppe 38, VIII Fallgruppe 36, IX b Fallgruppe 24 und X Fallgruppen 13 und 14 des Teils I der Anlage 1 a zum BAT treten für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder mit Wirkung vom 1. Juni 1972 außer Kraft.

Hamburg, 9. 6. 1972

(Es folgen die Unterschriften)

1021

Besondere Arbeitsbedingungen und Gesamtpauschallöhne der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen — Tarifvertrag vom 10. Februar 1965, zuletzt geändert durch den Siebenten Änderungstarifvertrag vom 19. Januar 1972;

hier: Achter Änderungstarifvertrag vom 7. Juni 1972
 Bezug: HMdF-Rundschreiben vom 15. April 1965 (StAnz. S. 518) i. d. F. der jeweiligen Abschnitte II der HMdF-Rundschreiben vom
 5. Juli 1966 (StAnz. S. 994),
 19. Dezember 1967 (StAnz. 1968 S. 12),
 31. Mai 1968 (StAnz. S. 992) und
 7. Februar 1969 (StAnz. S. 322)
 sowie der Abschnitte II meiner Rundschreiben vom
 9. September 1970 (StAnz. S. 1843) und
 16. Mai 1971 (StAnz. S. 930)

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Gewerkschaft ÖTV haben am 7. Juni 1972 Einvernehmen über den Abschluß des Achten Änderungstarifvertrages zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Pkw-Fahrer des Landes Hessen erzielt.

Nach Zustimmung der Beschlußgremien der Tarifvertragsparteien gebe ich den am 1. Juli 1972 in Kraft getretenen Tarifvertrag hiermit zum Vollzuge bekannt. Zur Durchführung weise ich auf folgendes hin:

I.

1. Zu Nr. 1 (Ergänzung der Protokollnotiz Nr. 2 zu § 1)

Nach der Protokollnotiz Nr. 2 Satz 1 zu § 1 des Tarifvertrages vom 10. Februar 1965 ist ein Fahrer dann nicht nur gelegentlich über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus beschäftigt, wenn er im vorangegangenen Kalenderhalbjahr in mehr als 6 Wochen Überstunden geleistet hat. Dazu hat das Bundesarbeitsgericht mit Urteil vom 7. November 1969 — 3 AZR 334/68 — festgestellt, daß es sich hierbei um tatsächlich geleistete Überstunden handeln müsse. Die Vorschrift des § 4 Abs. 2 Unterabs. 3 a. a. O. (Ansatz von fiktiven Arbeitsstunden) sei ausschließlich und nur dann für die Berechnung des Gesamtpauschallöhnes von Bedeutung, wenn nach § 1 a. a. O. feststehe, daß der Fahrer unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages falle.

Die Ergänzung der Protokollnotiz Nr. 2 bewirkt, daß bei dem Fahrer, der infolge Erkrankung oder Unfalls mindestens drei Monate in dem einen Kalenderhalbjahr arbeitsunfähig war, auch die infolge der Arbeitsunfähigkeit ausgefallenen Überstunden zu berücksichtigen sind bei der Prüfung, ob er auch in dem unmittelbar folgenden Kalenderhalbjahr unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fällt. In allen anderen Fällen (wie z. B. Erkrankung von weniger als drei Monaten Dauer, Urlaub) verbleibt es dabei, daß der betreffende Fahrer — unabhängig von den nach § 4 Abs. 2 Unterabs. 3 a. a. O. anzuschreibenden fiktiven Arbeitsstunden — im vorangegangenen Kalenderhalbjahr in mehr als 6 Wochen tatsächlich Überstunden geleistet haben muß.

2. Zu Nr. 2 (Änderung des § 4 Abs. 2)

a) Buchst. a

Die Kürzung um die Zeit der dienstplanmäßigen Mittagspause (§ 4 Abs. 2 Unterabs. 1) unterbleibt seit dem 1. Juli 1972, wenn der Fahrer in der Zeit von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr (bisher 11.30 Uhr bis 14.30 Uhr) ununterbrochen von der Dienststelle abwesend war.

b) Buchst. b

Der Tarifvertrag enthielt bisher keine besondere Regelung über den Ansatz der Zeiten, in denen der Fahrer durch seine Tätigkeit als Mitglied einer Personalvertretung in Anspruch genommen war. Die Ergänzung des § 4 Abs. 2 Unterabs. 3 bewirkt, daß nunmehr die in den Buchstaben a und b dieser Vorschrift genannten Stunden anzuschreiben sind, wenn die Arbeit des Fahrers an einem Arbeitstag infolge der Tätigkeit als Mitglied einer Personalvertretung ganz oder teilweise ausgefallen ist.

Im übrigen sind die in den Fällen des § 4 Abs. 2 Unterabs. 3 anzusetzenden fiktiven Arbeitsstunden in Anlehnung an die inzwischen wirksam gewordenen Arbeitszeitkürzungen um je eine halbe Stunde verringert worden.

c) Buchst. c

Bei einem Fahrer der Gruppe IV sind für jeden Tag einer mehrtägigen Dienstreise nicht mehr als bisher 12, sondern 12½ Stunden anzusetzen (Angleichung an den Stundensatz in § 4 Abs. 2 Unterabs. 3 Buchst. a).

3. Zu Nr. 3 (Ergänzung des § 5)

Mit der Ergänzung dieser Vorschrift um die Worte „des Kinderzuschlages und des Sozialzuschlages“ wird erreicht, daß der gesamte Lohn eines Pkw-Fahrers in den Fällen des § 5 nach dem jeweils in Betracht kommenden Bruchteil berechnet wird. Diese Regelung trägt der fortschreitenden Einführung maschineller Lohnabrechnungsverfahren Rechnung.

II.

Das Bezugsrundschreiben vom 15. April 1965 wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. In Abschnitt I wird der Nr. 1 folgender Satz angefügt:

„Bei dem Fahrer, der infolge Erkrankung oder Unfalls mindestens drei Monate im vorangegangenen Kalenderhalbjahr arbeitsunfähig war, sind auch die durch die Arbeitsunfähigkeit ausgefallenen Überstunden zu berücksichtigen.“

2. In Abschnitt II Nr. 5 sind in Satz 2 die Zahlen „13 bzw. 12“ durch die Zahlen „12½ bzw. 11½“ zu ersetzen.

3. In Abschnitt IV Nr. 4 i. d. F. des Bezugsrundschreibens vom 5. Juli 1966

a) sind in Buchst. a Satz 2 die Worte „von 11.30 Uhr bis 14.30 Uhr“ durch die Worte „von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr“ zu ersetzen,

b) ist in Buchst. b Satz 2 die angegebene Zeit „11.30“ jeweils durch „12.00“ und die angegebene Zeit „14.30“ jeweils durch „14.00“ zu ersetzen,

c) sind in Buchst. c Satz 1 hinter den Worten „... 12 Stunden...“ die Worte „bzw. bei einem Fahrer der Gruppe IV 12½ Stunden“ einzufügen,

d) erhalten die Beispiele folgende Fassung:

A. Der Kraftfahrer A wurde am 1. Juli 1972 innerhalb seiner regelmäßigen dienstplanmäßigen Arbeitszeit zu verschiedenen Stadtfahrten am Beschäftigungsort eingesetzt und war in der Zeit von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr nicht ununterbrochen von der Dienststelle abwesend. Die Arbeitszeit ist um die Zeit der dienstplanmäßigen Mittagspause zu kürzen.

B. Der Kraftfahrer B wurde am 1. Juli 1972 für eine Dienstreise nach X-Stadt eingesetzt. Die Dienstreise begann um 12.00 Uhr und endete um 16.30 Uhr.

Die Arbeitszeit ist nicht zu kürzen, da keine mindestens sechsstündige Dienstreise vorliegt und der Fahrer von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr ununterbrochen von der Dienststelle abwesend war.

C. Der Kraftfahrer C führte am 1. Juli 1972 eine Dienstreise nach X-Dorf aus. Die Dienstreise begann um 7.00 Uhr und war um 13.40 Uhr beendet.

Die Arbeitszeit ist um eine Mittagspause von einer halben Stunde zu kürzen, da die Dienstreise in der Zeit von 13.30 Uhr bis 14.00 Uhr beendet war.

Bei einer Beendigung der Dienstreise nach 14.00 Uhr würde keine Kürzung stattfinden, da der Fahrer von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr ununterbrochen von der Dienststelle abwesend gewesen wäre.

D. Die Dienstreise des Kraftfahrers D nach X-Hausen wurde um 13.00 Uhr angetreten und war um 20.00 Uhr beendet.

Es ist eine Kürzung um die dienstplanmäßige Mittagspause vorzunehmen, da die mindestens sechsstündige Dienstreise nach 12.30 Uhr angetreten worden ist.

E. Der Kraftfahrer E wurde am 1. Juli 1972 ab 10.00 Uhr zunächst für Fahrten am Beschäftigungsort eingesetzt und fuhr danach, ohne zur Dienststelle zurückgekehrt zu sein, um 12.30 Uhr nach X-Stadt weiter. Diese Dienstreise war um 20.00 Uhr beendet.

Eine Kürzung um eine Mittagspause findet nicht statt, da der Fahrer von 12.00 Uhr bis 14.00 Uhr ununterbrochen von der Dienststelle abwesend war."

4. In Abschnitt IV Nr. 6

a) erhält der Satz 2 folgende Fassung:

„Das gleiche gilt, wenn infolge eines Wochenfeiertages oder wegen der Tätigkeit als Mitglied einer Personalvertretung die Arbeit ganz oder teilweise ausgefallen ist.“

b) ist im letzten Halbsatz des Satzes 3 die Zahl „7“ durch die Zahl „6½“ zu ersetzen.

5. In Abschnitt V Nr. 1 Satz 2 sind die Worte „14. November 1962 (GVBl. I S. 479)“ zu ersetzen durch die Worte „6. Juni 1972 (GVBl. I S. 164)“.

6. In Abschnitt V Nr. 1 Satz 4 ist hinter dem letzten Wort „Gesamtpauschallohnes“ der Punkt zu streichen und anzufügen „ggf. auch des Kinderzuschlages und des Sozialzuschlages.“

7. In Abschnitt V wird die Nr. 2 unter Beibehaltung der sie bezeichnenden Nummer gestrichen.

Wiesbaden, 20. 7. 1972

Der Hessische Minister des Innern
I A 62 — P 2208 A — 34
StAnz. 33/1972 S. 1417

*

Anlage

Achter Änderungstarifvertrag vom 7. Juni 1972 zum Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen vom 10. Februar 1965

Zwischen der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitz der Vorstandes, einerseits und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand — andererseits wird folgendes vereinbart:

Einzigster Paragraph

Der Tarifvertrag über die Arbeitsbedingungen der Personenkraftwagenfahrer des Landes Hessen, zuletzt geändert durch den Siebenten Änderungstarifvertrag vom 19. Januar 1972, wird vom 1. Juli 1972 an wie folgt geändert und ergänzt:

1. Der Protokollnotiz Nr. 2 zu § 1 wird der folgende Satz 2 angefügt:

„Ist der Fahrer im vorangegangenen Kalenderhalbjahr infolge Erkrankung oder Unfalls mindestens drei Monate arbeitsunfähig gewesen, sind auch die Überstunden zu berücksichtigen, die er ohne die Arbeitsunfähigkeit geleistet hätte.“

2. In § 4 Abs. 2 werden

a) in Unterabsatz 1 die Worte „11.30 bis 14.30“ durch die Worte „12 bis 14“ ersetzt,

b) in Unterabsatz 3

aa) nach den Worten „infolge eines Wochenfeiertages“ die Worte „oder wegen der Tätigkeit als Mitglied einer Personalvertretung“ eingefügt,

bb) die Buchstaben a und b durch die folgenden Buchstaben a und b ersetzt:

„a) wenn die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ständig auf fünf Werktagen verteilt ist, für den Fahrer der Gruppe I mit 9½ Stunden, für den Fahrer der Gruppe II mit 10½ Stunden, für den Fahrer der Gruppe III mit 11½ Stunden, für den Fahrer der Gruppe IV mit 12½ Stunden,

b) wenn die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ständig wechselnd auf sechs bzw. fünf Werktagen verteilt ist,

für den Fahrer der Gruppe I mit 8½ Stunden, für den Fahrer der Gruppe II mit 9½ Stunden, für den Fahrer der Gruppe III mit 10½ Stunden,

für den Fahrer der Gruppe IV mit 11½ Stunden.“

c) in Unterabsatz 4 nach den Worten „ist mit 12 Stunden“ die Worte „— bei Fahrern der Gruppe IV mit 12½ Stunden —“ eingefügt.

3. In § 5 werden nach den Worten „entfallenden Lohnes“ die Worte „, des Kinderzuschlages und des Sozialzuschlages“ eingefügt.

Bonn, 7. 6. 1972

(gez. Unterschriften)

1022

Bundes-Angestelltentarifvertrag (BAT) vom 23. Februar 1961;

hier: Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die

a) als Mitglieder der Arbeitgeberverbände, die der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehören, unter den Geltungsbereich des BAT fallen oder

b) den BAT oder einen Tarifvertrag wesentlich gleichen Inhalts anwenden

Bezug: Rundschreiben des Hessischen Ministers der Finanzen vom 16. Juni 1966 (StAnz. S. 885)

Mit dem Bezugsrundschreiben wurden zuletzt die im Bereich der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts bekanntgegeben, die nach den damaligen Feststellungen auf die Angestellten ihrer Geschäftsbereiche den BAT unmittelbar anwenden oder für die Anschlußtarifverträge oder Tarifverträge wesentlich gleichen Inhalts abgeschlossen worden sind. Da inzwischen weitere derartige Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts festgestellt worden sind, ist eine Ergänzung des Katalogs erforderlich geworden.

In der nachstehenden Aufstellung sind nunmehr alle bisher ermittelten Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts neu zusammengefaßt, die als Mitglieder der Arbeitgeberverbände, die der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände angehören, unter den Geltungsbereich des BAT fallen oder die den BAT unmittelbar anwenden oder für die Tarifverträge wesentlich gleichen Inhalts bzw. Anschlußtarifverträge abgeschlossen worden sind.

Eine weitere Ergänzung des Katalogs behalte ich mir vor.

Wiesbaden, 25. 7. 1972

Der Hessische Minister des Innern
I A 63 — P 2100 A — 405
StAnz. 33/1972 S. 1418

*

A

1. Abwasserbeseitigungsverbände „Obere Düte“, Oesede; „Untere Düte“, Hellern
2. Abwasserverbände Braunschweig (In Neubrück-Ersehof); „Elz-Neckar“, Neckarelz; Hemsbach-Laudenbach-Sulzbach-Hemmbach; Murg; Plochingen, Altbach und Zell; Untere Elz, Emmertdingen; „Untere Neckar“, Neckarhausen
3. Abwasserverwertungsverbände Werder in Warmenau, Kreis Helmstedt, und Wolfsburg
4. Ärztekammern Berlin, Bremen, Hamburg (ab 1. 10. 1964), Niedersachsen, Nordrhein, Saarland, Schleswig-Holstein (ab 1. 1. 1969), Westfalen-Lippe (s. auch Landesärztekammern)
5. Akademie der Künste, Berlin
6. Akademie der Wissenschaften, Göttingen
7. Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Mainz
8. Akademie für öffentliches Gesundheitswesen, Düsseldorf
9. Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover
10. Abwasserversorgungsgruppen I, Gerstetten; II, Laichingen; V, Aufhausen; VI, Bremelau; VII, Westfalen; X, Eglingen
11. Aller-Ohre-Verband West in Gifhorn
12. Allgemeine Stiftungsverwaltung, Freiburg i. Br.
13. Altenbrucher Schleusenverband, Altenbruch, Kreis Land Hadeln

14. Altenwohnheime der Kaiser-Wilhelm- und Augusta-Stiftung, Berlin
15. Ammerländer Wasseracht in Westerstede
16. Ammertal-Schönbuchgruppe, Böblingen
17. Angestelltenkammer Bremen
18. Apothekerkammern Berlin, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein, Saarland, Westfalen-Lippe (s. auch Landesapothekerkammern)
19. Arbeitsgemeinschaft der Knappschaften
20. Arbeiterkammer Bremen
21. Arbeitskammer des Saarlandes
22. Architektenkammer Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
23. Architektenkammern des Saarlandes und Baden-Württembergs

B

1. Badische Gebäudeversicherungsanstalt, Karlsruhe
2. Badische Landeskreditanstalt, Karlsruhe
3. Badischer Gemeindeversicherungsverband, Karlsruhe
4. Badischer Kommunalen Versorgungsverband, Karlsruhe
5. Badischer Sparkassen- und Giroverband, Mannheim
6. Badischer Viehversicherungsverband, Karlsruhe
7. Badisches Gemeindeprüfungsamt, Karlsruhe
8. Baugewerbellnungen Neumünster und Ratzeburg
9. Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung
10. Bayerische Landesgewerbeanstalt in Nürnberg
11. Bayerische Landkreise, die im Landkreisverband Bayern zusammengeschlossen sind — LKRAT Bayern vom 11. 4. 1961
12. Bayerische Notarkasse, München
13. Bayerisches Rotes Kreuz, München
14. Bayerische Versicherungskammer und ihre Anstalten
15. Bayerische Verwaltungsschule
16. Bayerischer Jugendring
17. Bayerischer Prüfungsverband öffentlicher Kassen (nur für einen Teil der Anstalten)
18. Berufsgenossenschaften:
 - a) Gewerbliche, einschließlich Seeberufsgenossenschaft — BG-AT vom 25. 11. 1961
 - b) Landwirtschaftliche... Tarifvertrag vom 15. 8. 1961
19. Berufsschulverbände Balingen, Edingen, Künzelsau, Schorndorf
20. Bezirkskrankenhausverband Forbach
21. Bezirkskrankenhausverband Oppenau
22. Bezirksspitavalverband Hardheim, Landkreis Buchen
23. Blindenheim Freiburg i. Br.
24. Braunschweigische Landesbrandversicherungsanstalt, Braunschweig
25. Braunschweigische Landwirtschaftliche Alterskasse
26. Breisgauer Zweckverband für Tierkörperbeseitigung, Freiburg i. Br.
27. Bremischer Deichverband am linken Weserufer
28. Bremischer Deichverband am rechten Weserufer
29. Bundesanstalt für Arbeit — MTA vom 21. 4. 1961 —
30. Bundesanstalt für den Güterfernverkehr — TV vom 25. 3. 1962
31. Bundesdruckerei — TVAng. BDr. vom 24. 7. 1961 —
32. Bundesverband der Betriebskrankenkassen, Essen
33. Bundesverband für den Selbstschutz — ab 10. 7. 1960 — (bis 9. 7. 1968: Bundesluftschutzverband)
34. Bundesversicherungsanstalt für Angestellte — MTAng. BfA vom 24. 10. 1961 —
35. Butjadinger Sielacht in Burhave, Landkreis Wesermarsch

C

1. Coburger Landesstiftung

D

1. Damenstift Lippstadt und Gescke-Keppel
2. Datenzentrale Schleswig-Holstein
3. Deich- und Sielacht in Esens, Landkreis Wittmund, und in Wittmund, Landkreis Wittmund
4. Deich- und Sielverband St. Jürgenfeldes, Landkreis Osterholz in Osterholz-Scharmbeck
5. Deutsche Bibliothek, Frankfurt/Main
6. Deutsche Bundesbahn — AnTV vom 6. 7. 1961 —
Eigenbetriebe der Bundesbahn-Versicherungsträger (Bundesbahn-Versicherungsanstalt, Bundesbahn-Betriebskrankenkasse, Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten) — Tarifvertrag vom 17. 10. 1962
7. Deutsche Bundesbank — BBkAT vom 11. 7. 1961 —
8. Deutsche Bundespost — TVAng. vom 21. 3. 1961 —
9. Deutsche Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie München
10. Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft, Landesgemeinde Schleswig-Holstein (für Beschäftigte, die Vergütung erhalten)
11. Deutsche Verrechnungskasse, Berlin-Charlottenburg
12. Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt/Main
13. Deutsches Krebsforschungszentrum, Heidelberg
14. Deutsches Ledermuseum, Offenbach/Main
15. Deutsches Museum München

E

1. Egau-Wasserversorgungsgruppe, Dischingen
2. Elderverband Rendsburg in Rendsburg
3. Einfuhr- und Vorratsstellen
 - a) für Fette,
 - b) für Getreide und Futtermittel,
 - c) für Schlachtvieh, Fleisch- und Fleischerzeugnisse,
 - d) Einfuhrstelle für Zucker — Tarifvertrag vom 8. 6. 1961
4. Eislinger Wasserversorgungsgruppe
5. Elektrizitätsverband Wittingen (Zweckverband), Wittingen
6. Elisabeth v. Offensandt-Berckholtz-Stiftung, Karlsruhe
7. Elli-Hülterhoff-Böcking-Stiftung
8. Entwässerungsverbände Bederkesa, Kreis Land Hadeln, Brake, Emden in Pewsum, Landkreis Norden, Norden in Norden, Oldersum, Landkreis Leer
9. Ersatzschulen (Privatschulen) in Nordrhein-Westfalen, sofern deren Träger eine Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts ist.
10. Europa-Institut München

11. Evangelische Kirchen:

- Amtsstellen der Evangelischen Kirche in Deutschland
 Amtsstellen der Vereinigten Ev.-Luth. Kirche Deutschlands
 Braunschweigische Ev.-Luth. Landeskirche
 Ev. Kirche in Hessen und Nassau
 Ev. Kirche im Rheinland
 Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck
 Ev. Kirche von Westfalen
 Ev. Landeskirche in Baden
 Ev. Landeskirche in Württemberg
 Ev.-Luth. Kirche in Bayern
 Ev.-Luth. Kirche im Hamburgischen Staate
 Ev.-Luth. Kirche in Lübeck
 Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg
 Ev.-Luth. Landeskirche Eutin
 Ev.-Luth. Landeskirche Hannover
 Ev.-Luth. Landeskirche Schaumburg-Lippe
 Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holstein (Tarifvertrag vom 27. 11. 1961)
 Ev.-Ref. Kirche in Nordwestdeutschland (für die Angestellten des Landeskirchenrates — Konsistorialangestellte)
 Lippische Landeskirche
 Vereinigte Prot.-Ev.-Christl. Kirche der Pfalz (Pfälzische Landeskirche)

F

1. Familie Wespian-Stiftung, Mannheim
2. Feuersozietät Berlin
3. Feuerversicherungsanstalt der Freien Hansestadt Bremen
4. Feuerunfallkasse Rheinland, Düsseldorf
5. Feuerwehrunfallkasse Westfalen-Lippe, Münster
6. Forschungsgemeinschaft Bauen und Wohnen, Stuttgart
7. Forstverband Pyrmont, Bad Pyrmont
8. Freibadzweckverband Wedemarsch in Mellendorf, Kreis Burgdorf
9. Freie Universität, Berlin 33
10. Friedrich-Luisen-Bezirksspitalstiftung Heiligenberg
11. Friesoyter Wasseracht in Cloppenburg, Landkreis Cloppenburg
12. Fürstlich Fürstenbergischer Landesspitalsfonds Donaueschingen
13. Fürst-Stirum-Hospitalfonds Bruchsal

G

1. Gartenbaukammer Bremen
2. Gemeindefallversicherungsverbände Bayern, Braunschweig, Hannover, Hessen, Oldenburg, Rheinland-Pfalz, Rheinprovinz, Saarland, Westfalen-Lippe
3. Gemeindeverband der Schwarzwaldwasserversorgung, Aichelberg
4. Gemeindeverband Härtsfeld-Aalbuch — Wasserversorgungsgruppe, Itzellberg
5. Genossenschaft der linksemsischen Kanäle, Meppen
6. Germanisches Nationalmuseum in Nürnberg
7. Gewerbeschulverbände Bad Waldsee, Bad Waldsee; Geislingen; Reutlingen
8. Gewerbeschulverband Waiblingen
9. Gewerblicher Berufsschulverband Böblingen, Sindelfingen
10. Gewerblicher Berufsschulverband Göppingen
11. Gruppenklärwerke Mittleres Remstal, Grunbach; Unteres Remstal, Beutelsbach

H

1. Haaren Wasseracht in Metjendorf, Landkreis Ammerland
2. Hadelner Deich- und Uferbauverband, Otterndorf, Kreis Land Hadeln
3. Hamburger Feuerkasse
4. Hamburger Mobiliarfeuerkasse
5. Hamburgische Wohnungsbaukasse
6. Handelskammer Hamburg
7. Handwerksnünngen in Nordrhein-Westfalen (teilweise)
8. Handwerkskammern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg (ab 1. 4. 1966), Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Flensburg und Lübeck (dazu die Kreis-handwerkschaften Kiel, Eutin, Lauenburg, Oldenburg, Pinneberg, Plön, Segeberg, Stormarn)
9. Hannoversche landwirtschaftliche Alterskasse
10. Hase Wasseracht Cloppenburg, Landkreis Cloppenburg
11. Hauswirtschaftlicher Berufsschulverband Bad Waldsee, Bad Waldsee
12. Heimstiftung der Pfälzischen Landeskirche
13. Heinrich-Lanz-Krankenhaus-Stiftung, Mannheim
14. Herrschaftlicher Bezirksspitalsfonds Baden-Baden-Lichtental
15. Hessische Brandversicherungsanstalt, Kassel
16. Hessen-Nassauische Lebensversicherungsanstalt, Wiesbaden
17. Hessen-Nassauische Versicherungsanstalt, Wiesbaden
18. Hessische Zentrale für Datenverarbeitung, Wiesbaden
19. Hessischer Sparkassen- und Giroverband, Frankfurt/Main
20. Hessischer Verwaltungsschulverband Darmstadt
21. Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer
22. Hohenzollerische Landesbank, Spar- und Leihkasse, Sigmaringen
23. Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt/Main
24. Hospitalfonds Bretten, Buchen, Etilingen, Sulzburg
25. Hospitalstiftung zum Heiligen Geist, Biberach a. d. Riß
26. Hospitalstiftung zum Heiligen Geist, Rottenburg

I

1. Industrie- und Handelskammern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen (soweit in den Arbeitsverträgen die Anwendung des BAT vertraglich vereinbart ist), Rheinland-Pfalz, Limburg, Lübeck, für die Kreise Friedberg und Büdingen, für die Kreise Hanau, Gelnhausen, Schlüchtern
2. Innungskrankenkassen und Verbände der Innungskrankenkassen — BAT — Innungskrankenkassen vom 1. 11. 1961
3. Institut für Auslandsbeziehungen, Stuttgart
4. Institut für Erdölforschung, Hannover

J

1. Jetzel-Deichverband, Dannenberg-Lüchow, Dannenberg
2. Josefine- und Eduard von Portheim-Stiftung, Heidelberg
3. Jugendaufbauwerk Berlin, Berlin (ab 1. 1. 1962)
4. Juliusstiftung Würzburg — s. auch Stiftung

K

1. Karl-Friedrich-Leopold-und-Sophien-Stiftung, Karlsruhe
2. Kassenärztliche Bundesvereinigung und Kassenärztliche Vereinigungen Bayern, Bremen, Hamburg (ab 1. 4. 1964), Hessen, Koblenz, Niedersachsen, Nordbaden, Nordrhein, Nordwürttemberg, Pfalz, Rheinhessen, Saarland, Schleswig-Holstein (ab 1. 1. 1969), Südbaden, Südwürttemberg-Hohenzollern Trier und Westfalen-Lippe
3. Kassenzahnärztliche Vereinigungen Bayern, Hessen, Koblenz, Montabaur, Niedersachsen, Nordbaden, Nordwürttemberg, Pfalz, Rheinhessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Südwürttemberg-Hohenzollern und Trier
4. Kassen- und Rechnungsverband der Gemeinde Rütenbrock und Umgebung in Rütenbrock, Kreis Meppen
5. Katholische Kirche:
Für Bistümer und Kirchengemeinden müssen Feststellungen in jedem Einzelfall getroffen werden
6. Kaufmännische Berufsschulverbände Böblingen und Göppingen
7. Knappschaften:
Aachener-, Brühler-, Hannoversche-, Hessische-, Niederrheinische, Süddeutsche-Knappschaft, Ruhrknappschaft, Saarknappschaft — KnAT vom 12. 6. 1961
8. Kölner Gymnasial- und Stiftungsfonds
9. Kommunalbeamtenversorgungskasse Nassau, Wiesbaden
10. Kommunales Gebietsrechenzentrum Starkenburg in Darmstadt und Kommunale Gebietsrechenzentren in Frankfurt/Main, Gießen, Kassel, Wiesbaden
11. Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden, Berlin-Charlottenburg
12. Krankenhauszweckverband Alfeld in Alfeld
13. Kreisberufsschulverband Freudenstadt
14. Kreisfeuerlöschverband Biberach a. d. Riß
15. Kreishandwerkerschaft für den Obertaunuskreis, Bad Homburg v. d. H.
16. Kreishandwerkerschaften in Nordrhein-Westfalen

L

1. Landesärztekammern Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz (s. auch Ärztekammern)
2. Landesapothekerkammern Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz (s. auch Apothekerkammern)
3. Landesbildstelle Baden und Württemberg, Karlsruhe bzw. Stuttgart
4. Landeskommunalverband der hohenzollerischen Lande, Sigmaringen
5. Landesplanungsgemeinschaft Rheinland, Düsseldorf
6. Landesplanungsgemeinschaft Westfalen, Münster
7. Landessozialhilfeverband Oldenburg
8. Landessportverband für das Saarland
9. Landestierärztekammern Baden-Württemberg, Hessen (s. auch Tierärztekammern)
10. Landesverbände der Betriebskrankenkassen Baden-Württemberg und Südbaden, Bayern, Berlin, Bremen, Niedersachsen, Nordmark, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz (nicht die Betriebskrankenkassen selbst)
11. Landesverband für badische Gefangenenfürsorge und Bewährungshilfe, Karlsruhe, und die ihm angeschlossenen Bezirksvereine
12. Landesverband der Innungskrankenkassen Berlin
13. Landesverband der Landeskulturverbände in Kiel
14. Landesverband der Ortskrankenkassen im Lande Bremen
15. Landesverband der Wasser- und Bodenverbände Rheinland-Pfalz
16. Landesversicherungsanstalten:
a) Berlin — TV vom 1. 11. 1963
b) Oldenburg — Bremen — TV vom 10. 10. 1961
c) Württemberg — TV vom 25. 5. 1962
d) übrige LVA — TV vom 10. 10. 1961
17. Landeswohlfahrtsverbände Baden, Karlsruhe; Hessen, Kassel; Baden-Württemberg, Stuttgart; Württemberg-Hohenzollern, Stuttgart
18. Landeszahnärztekammern Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz (s. auch Zahnärztekammern)
19. Landkrankenkasernen und Verbände der Landkrankenkassen — BAT — Landkrankenkassen vom 1. 11. 1961
20. Landschaftsverband Rheinland, Westfalen-Lippe (einschl. Westfälische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und Westfälische landwirtschaftliche Alterskasse)
21. Landwirtschaftliche Familienausgleichskassen und Alterskassen (s. bei Familienausgleichskassen)
22. Landwirtschaftskammern Bremen, Hannover, Pfalz, Rheinhessen, Rheinland, Rheinland-Nassau, Saarland, Schleswig-Holstein, Weser-Ems, Westfalen-Lippe
23. Land- und Forstwirtschaftskammern Hessen-Nassau und Kurhessen
24. Lautertalgruppe, Buttenhausen
25. Lebensversicherungsanstalt Berlin, Berlin
26. Leda-Jümme-Verband, Leer
27. Leineverband, Hildesheim
28. Lette-Verein, Berlin
29. Iippische Landesbrandversicherungsanstalt, Detmold
30. Lohnausgleichskasse Berlin

M

1. Medemverband, Otterndorf, Kreis Land Hadeln
2. Meliorationsgenossenschaft Bruchhausen-Syke-Thedinghausen in Bruchhausen-Vilsen und Meliorationsverbände in Aurich, Norden und Wittmund
3. Mittelweserverband Hoya (Grafschaft Hoya) und Syke (Landkreis Hoya)
4. Mühlenstelle — TV vom 8. 6. 1961
5. Müllabfuhrverband Rems-Wieslauf, Plüderhausen
6. Muhder Sichel, Driever, Landkreis Leer
7. Museumsdorf Cloppenburg

N

1. Nassauische Brandversicherungsanstalt Wiesbaden
2. Neckar-Elektrizitätsverband
3. Niedersächsischer Sparkassen- und Giroverband, Hannover
4. Niedersächsische Versorgungskasse, Hannover
5. Nordstetter Wasserversorgungsgruppe, Horb a. N.

6. Nordmark-Sinfonie-Orchester, Flensburg (nur für Verwaltungsangestellte)
7. Notarkammern
a) für die Oberlandesgerichtsbezirke Braunschweig, Celle und Oldenburg
b) Frankfurt/Main, Kassel

O

1. Öffentliche Lebensversicherung Braunschweig
2. Öffentliche Lebensversicherungsanstalt Oldenburg
3. Öffentlich-rechtliche Sparkassen in Baden-Württemberg und im Lande Niedersachsen
4. Öffentliche Sachversicherung, Braunschweig
5. Oldenburgische Landesbrandkasse, Oldenburg
6. Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband Brake
7. Orthopädische Anstalt der Universität Heidelberg, Schlierbach
8. Ortskrankenkassen:
a) Ortskrankenkassen, die Mitglieder der Tarifgemeinschaften bei den Landesverbänden der Ortskrankenkassen sind
b) Allgemeine Ortskrankenkassen Berlin, Bremen und für das Saarland
c) Ortskrankenkasse Bremerhaven und Wesermünde
d) Verbände der Ortskrankenkassen — BAT — Ortskrankenkassen vom 25. 8. 1961
9. Ortsanstalten in Nordrhein-Westfalen, Warburg, Westfalen
10. Ostfriesische Landschaft, Aurich
11. Ostfriesische Landschaftliche Brandkasse, Aurich

P

1. Pensionskasse deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen
2. Pestalozzi-Fröbel-Haus, Berlin
3. Pfründspitalfonds Säckingen
4. Preußische Staatsbank (Seehandlung), Berlin-Charlottenburg
5. Preußischer Kulturbesitz — s. Stiftung
6. Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz, Düsseldorf
7. Provinzial-Lebensversicherungsanstalt der Rheinprovinz, Düsseldorf

R

1. Radde Wasserrecht in Löhningen, Landkreis Cloppenburg
2. Rechtsanwaltskammern Frankfurt am Main, Kassel, München, Nürnberg und für die Oberlandesgerichtsbezirke Braunschweig, Celle und Oldenburg
3. Reinerhaltungsverband Burgdorfer Aue, Burgdorf, Kreis Burgdorf
4. Rheinischer Gemeindeunfallversicherungsverband
5. Rheinischer Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf, und die ihm angeschlossenen öffentlich-rechtlichen Sparkassen
6. Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

S

1. Saarländische Notarkammer, Saarbrücken
2. Saarländische Notarkammer, Saarbrücken
3. Samtgemeinden im Lande Niedersachsen
4. Schleswig-Holsteinische Landesbrandkasse, Kiel
5. Schulverbände Korntal, Thedinghausen/Elbe, Thedinghausen, Wenden/Thume, Wenden
6. Schwester-Frieda-Kilmsch-Stiftung (Kindersanatorium) Königswald (Schwarzwald)
7. Seeburggenossenschaft, s. Berufsgenossenschaften
8. Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk, Essen
9. Sparkasse der Stadt Berlin-West — TV vom 18. 6. 1963
10. Sparkasse des Kreises Teltow, Altsparkasse in Berlin, Berlin 31
11. Sparkassen- und Giroverbände für Schleswig-Holstein, Saar und Hessischer Sparkassen- und Giroverband
12. Spitalfonds Emdingen, Gengenbach, Markdorf, Pfullendorf, Waldshut
13. Spital- und Spendfonds Überlingen
14. Spitalstiftung Engen
15. Staatliche Hochschule für Musik, Frankfurt/Main
16. Staatliche Hochschule — Staatliche Hochschule für bildende Künste, Frankfurt/Main
17. Stadt Sparkasse Bremerhaven
18. Steinachwasserversorgungsgruppe, Nehren
19. Stiftung Altersheim Reichenau
20. Stiftung Fürst Carl Landeskrankenhaus, Sigmaringen
21. Stiftung Hospitäl zur Heiligen Geist und St. Georg (Alterswohnheim), Berlin
22. Stiftung Invalidenhaus, Berlin 31
23. Stiftung Jultusspital Würzburg
24. Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“
25. Stiftung Staatl. Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Trier
26. Stiftung Waisenhaus, Frankfurt/Main
27. St. Katharinen- und Weißfrauenstift, Frankfurt/Main
28. St. Nicolai-Spitalstiftung Waldkirch
29. Stromversorgungsverband Osthannover, Celle
30. Studentenwerke bei den Universitäten Braunschweig, Clausthal, Göttingen und bei der Technischen und Tierärztlichen Hochschule, Hannover
31. Studentenwerke Darmstadt, Erlangen, Frankfurt/Main, Gießen, Kiel, Marburg, München, Nürnberg, Regensburg, Schleswig-Holstein, Würzburg
32. Südost-Institut München

T

1. Technische Universität Berlin, Berlin 12
2. Theaterzweckverband Landesbühne Niedersachsen-Süd, Hannover
3. Tierärztekammer Nordrhein, Kempen
4. Tierärztekammer Westfalen-Lippe, Münster
5. Tierärztekammern Berlin, Niedersachsen (s. auch Landestierärztekammern)
6. Uhiniger Wasserversorgungsgruppe, Utingen
7. Unfallversicherungsverband der Badischen Gemeinden und Gemeindeverbände und Ausführungsbehörde für die Unfallversicherung des Landes für die Bezirke Nord- und Südbaden

U

1. Universität es Saarlandes — TV vom 22. 4. 1960

2. Unterhaltungsverbände Alpe-Schwarzerlede, Rethem (Aller); Böhme, Fallingbostel; Ochtm, Oldenburg

V

1. Veichtaer Wasseracht Damme (Landkreis Veichta)
2. Verband Großraum Hannover
3. Verbände von Innungs-, Land- und Ortskrankenkassen
4. Verbandsbauamt Unteres Remstal, Beutelsbach
5. Vereinigung der sechs Emsdeichachten, Leer (Landkreis Leer)
6. Versorgungsanstalt für Ärzte, Zahnärzte und Tierärzte, Tübingen
7. Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder
8. Versorgungshaus und Wiesenhüttenstift, Frankfurt/Main
9. Versorgungskasse für die Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände, Darmstadt
10. Versorgungswerk der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten des Saarlandes, Saarbrücken
11. Verwaltung der Vereinigten Studienstiftung der Universität Freiburg im Breisgau
12. Volksschulverbände Bad Waldsee, Bad Waldsee; Bramsche-Hesepe, Bramsche; Clenze; Dahlenburg; Eichtersheim-Michelfeld, Michelfeld; Gartow; Treide; Willsbach-Sülzbach; Zernien
13. Von-Stulz-Schrieversche Waisenanstalt, Baden-Baden
14. Von Wessenbergsche Vermächtnisstiftung, Konstanz
15. Vorstand des Badischen Viehversicherungsverbandes, Karlsruhe

W

1. Wacker'sche Krankenhaushausfonds, Walstadt
2. Währungsüberwachungsstelle Berlin (für Grundstücke)
3. Wasserbeschaffungsverbände:
 - Allern, Apelern (Landkreis Schaumburg-Lippe)
 - Bederkesa (Kreis Land Hadeln)
 - „Bourtanger Moor“, Meppen
 - Elbmarsch, Niedermarschacht (Kreis Harburg)
 - Elbmarsch, Obermarschacht (Kreis Lüneburg)
 - Elm-Asse, Schöningen (Kreis Helmstedt)
 - Harburg, Hittfeld (Kreis Harburg)
 - Land Hadeln, Otterndorf (Kreis Land Hadeln)
 - Landkreis Hannover-West, Wennigsen/Deister (Landkreis Hannover)
 - Obergrafschaft Bentheim und Umgebung, Schüttorf
 - Oberledingerland, Westerhauferfeln (Landkreis Leer)
 - Rheiderland, Weener (Landkreis Leer)
 - Salzgitter-Peine, Haudorf (Landkreis Peine)
 - Steinhudermeer, Bergkirchen (Landkreis Schaumburg-Lippe)
 - Südkreis Neustadt a. Rbge., Garbsen
 - Wingst (Kreis Land Hadeln)
4. Wasser- und Bodenverbände:
 - Kreisverband der Wasser- und Bodenverbände, Uelzen
 - Land Wursten in Dorum (Kreis Wesermünde)
 - Teufelsmoor in Worswede (Kreis Osterholz)
 - zur Förderung der Landeskultur in Rheinland
 - in Nordrhein-Westfalen, die auf besonderem Gesetz beruhen (z. B. Großer Ertverband, Ruhrverband, Ruhrtalsperrenverband, Lippe-Verband) und die auf Grund der Ersten Wasserverbandsverordnung gegründet worden sind
 - im Lande Schleswig-Holstein, die hauptamtliches Personal beschäftigen
5. Wasserleitungsverband Altes Land, Dollern
6. Wasserverband
 - Geestniederung Ringstedt (Landkreis Wesermünde)
 - der Ilmenau-Niederung Lüneburg
 - Marienburg (Landkreis Springe)
 - Papenteich-Okertal, Gifhorn
 - Vorsfelde und Umgebung, Vorsfelde (Kreis Helmstedt)
 - Wümmewasserverband, Fischerhude, Landkreis Verden
7. Wasserversorgung Blau-Lautergruppe, Kirchheim/Teck; „Mühlbachgruppe“ Bad Rappenau; „Oberes Elsenzthal“, Richen; Schmerachgruppe
8. Wasserversorgungsgruppe Bergatreute-Roßberg, Bergatreute
9. Wasserversorgungsgruppe für das Untere Schussental, Kehlen
10. Wasserversorgungsgruppe Haugenstein, Bittelbronn
11. Wasserversorgungsverbände Bremervörde, Goslar-West, Othfresen, Kreis Goslar; Grasleben-Mariental, Grasleben, Kreis Helmstedt; Kedingen, Dollern; „Neckargruppe“ Edingen; Rotenburg; „Winterhauchgruppe“, Schollbrunn
12. Wasserversorgungs- und Abwasserzweckverband Landkreis Burgdorf, Wettmar
13. Wasserverteilungsverbände Verden Mitte Nord, Ost und West in Verden/Aller
14. Weidachverband Öfftingen-Schmidn, Schmidn
15. Westfälisch-Lippischer Sparkassen- und Giroverband, Münster, und die ihm angeschlossenen öffentlich-rechtlichen Sparkassen
16. Westfälische Provinzial- und Feuersozietät zu Münster, Münster
17. Westfälische Provinzial-Lebensversicherungsanstalt, Münster
18. Wirtschaftskammer Bremen
19. Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen
20. Wohnungsbaukreditanstalt
 - a) Berlin
 - b) des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
21. Württembergische Gebäudebrandversicherungsanstalt, Stuttgart
22. Württembergische Prüfungsanstalt für Körperschaften, Stuttgart
23. Württembergischer Gemeindefallversicherungsverband und Ausführungsbehörde für Unfallversicherung des Landes für die Regierungsbezirke Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern
24. Württembergischer Kommunalen Versorgungsverband, Stuttgart

Z

1. Zahnärztekammern Berlin, Bremen, Niedersachsen, Nordrhein, Westfalen-Lippe (s. auch Landes Zahnärztekammern)
2. Zentralkasse der Viehbesitzer, Stuttgart
3. Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt/Main
4. Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände in Darmstadt, Darmstadt
5. Zusatzversorgungskasse für die Gemeinden und Gemeindeverbände des Regierungsbezirks Wiesbaden, Wiesbaden
6. Zweckverbände:
 - Abwasserreinigung Calw-Hirsau, Calw

- Abwasserreinigung Wildbad-Calmbach, Calmbach
- „Abwasserverband Elz-Neckar“, Neckarelz
- Abwasserverband Appenweiler-Nesselried-Urloffen, Urloffen
- Abwasserverband Osterriede, Langenhagen
- Abwasserzweckverbände Achim-Bierden-Uphusen, Achim
- „Mittlere Fils“, Salach
- Albwasserversorgungsgruppen III; IV, V
- Berufsschulzweckverbände der Landkreise Alfeld (Leine); Grafenschaft Bentheim/Stadt Nordhorn, Nordhorn
- Bodenkulturzweckverband für die Landgemeinden des Kreises Meppen und die Stadt Haselünne, Lingen
- der Bodenseewasserversorgung, Stuttgart
- der Berufs- und Handelsschulen, Celle (Stadt und Land)
- der Realschule Fürstenau
- der Schmiechgemeinden, Ebingen
- Elektrizitätsversorgung Krauchenwies-Albach, Krauchenwies
- Ferngasverband Hochrhein, Waldshut
- Filderwasserversorgung
- für das Friedhofswesen Hechingen und Stetten, Hechingen
- für die Landgemeinden des Kreises Einbeck, Einbeck
- für die Wasserversorgung der Gemeinden des Hügellandes zwischen Alb und Pfalz, Stupferich
- für Kulturpflege in Kreis und Stadt Einbeck, Einbeck
- für Rinderbesamung in Nordbaden, Helmstedt, Landkreis Sinsheim
- für Tierkörperbeseitigung, Buchen
- für Tierkörperbeseitigung, Karlsruhe
- für Tierkörperbeseitigung, Lahr
- für Tierkörperbeseitigung, Stockach
- für Tierkörperbeseitigung, Waldshut
- Gasfernversorgung Baar, Villingen
- Gäuwasserversorgung, Bondorf
- Goldberg-Gymnasium Böblingen-Sindelfingen
- Gründelbach, Belhingen
- Gruppenwasserversorgung am alten Brunnen, Schwarzach
- „Gruppenwasserversorgung Hohberg“, Östringen
- „Gruppenwasserversorgung Neckarelz-Diedesheim“, Neckarelz
- Gruppenwasserversorgung Sittenwald, Lengelschurst
- Gruppenklärwerk Wendlingen, Kirchheim/Teck
- Gymnasium Gr. Burgwedel, Gr. Burgwedel, Kreis Burgdorf
- Gymnasium Uetze, Kreis Gifhorn
- „Hallenschwimmbad Groß Ilse“, Peine
- „Haus der Jugend“ Osterode am Harz
- Harzwasserwerke des Landes Niedersachsen, Hildesheim
- Heidenheimer Alb, Gerstetten
- Heilstätte Langendamm, Langendamm
- Heimatmuseum, Alfeld (Leine)
- Heimbachwasserversorgungsgruppe, Dornhan
- Heuberg-Wasserversorgungsgruppe links der Donau, Egesheim
- Heuberg-Wasserversorgungsgruppe rechts der Donau, Gutenstein
- Hohenloher Wasserversorgungsgruppe
- Kläranlage Böblingen-Sindelfingen, Sindelfingen
- Klärlwerk Reichenbach, Musberg;
- Krankenhaus Bramsche, Kreis Bersenbrück
- Krankenhaus Eberbach, Landkreis Heidelberg
- Krankenhaus Einbeck
- Krankenhaus Neckarbischofsheim, Landkreis Sinsheim
- Krankenhaus und Altersheim, Blumenfeld
- Kreisschlauchpflegerei Osterholz, Osterholz-Scharmbeck
- Kreis- und Stadtkrankenanstalten Nordhorn, Nordhorn
- Kreis- und Stadtparkassen Norden, Norden
- Mannenbach-Wasserversorgungsgruppe, Döbel
- Mittelpunktschulen Hitzacker, Schweinemark, Schnega
- Mittelschule Schude, Kreis Burgdorf
- Müllabfuhr-Zweckverbände der Gemeinden der Landkreise Alfeld, Burgdorf, Hameln-Pyrmont in Alferde, Hildesheim-Marien- burg in Groß-Düngen, Hannover in Hemmingen-Westerfeld, Springe, Weddel/Lehre in Weddel, Wolfenbüttel
- Nachbarschaftszweckverband Georgsmarienhütte-Oesede, Georgs- marienhütte
- Realschulzweckverband Emlichheim
- Sammelklärwerk Oberes Echaztal, Pfullingen
- Schulzweckverbände
- Bad Rothenfelde; Belm-Powe-Gretesch, Belm; Borgloh-Wellen- dorf, Borgloh; Dissen-Nolle-Aschen, Dissen; Engelbostel-Schulen- borg, Engelbostel; Gildehaus-Hagelschoek, Gildehaus; Hasbergen- Ohrbeck, Hasbergen; Holtermoor-Langholt-Potshausen, Holter- moor; Holzhausen-Ohrbeck, Holzhausen; „Kloster Barthe“, Hesel; „Lengenerland“, Stapel; Lüstingen-Gretesch-Darum-Natbergen, Lüstingen; Mittelpunktschulen Lehre, Sickinge, Vechede; Natrup- Hagen-Gellenbeck, Gellenbeck; „Niederhelderland“, Jemgum; „Overledinger Geest“, Collinghorst; „Overledingen-Süd“, West- hauerferhn; „Rheiderland-West“, Bunde; Schleddehausen; Sickinge; Veldhausen-Grasdorf, Veldhausen; Volksschule mit Förderstufe und Realschulzug Uplengen, Remels; Wendeburg; „Westergaste“, Brinkum
- Stadt- und Kreisheimatmuseum Wolfenbüttel
- Theaterzweckverband „Landesbühne Niedersachsen Mitte“, Ver- den
- Vieh- und Schlachthof Böblingen-Sindelfingen
- „Wasserversorgung Kraichbachgruppe“, Forst
- Wasserversorgung der Rißgruppe, Biberach a. d. Riß
- Wasserversorgung Jagstgruppe
- Wasserversorgung Höhenberggruppe, Schömberg
- Wasserversorgung Linkenheim-Hochstetten, Linkenheim
- „Wasserversorgung Lußhardt“, Kirrlach
- Wasserversorgung Mittlere Lauchert, Hettlingen
- Wasserversorgung Nordostwürttemberg
- „Wasserversorgung Oberhausen-Rheinhausen“, Oberhausen
- Wasserversorgung Zollernalb, Balingen
- Wasserversorgungsverband Mauracherberg, Denzlingen
- Wasserwirtschaftlicher Zweckverband Häcklingen-Rettmer, Oedeme
- Wegeverband Ulm IV
- Wegeverband Stade
- zum Betriebe der Kreis- und Stadtparkasse Leer
- zum Betriebe der Sparkasse Weener-Holzhausen, Weener, Kreis Leer
- zur Förderung des Bade- und Fremdenverkehrs Norden-Nord- deich, Norden
- 7. Zweckverbandssparkasse Uchte, Kreis Nienburg (Weser), und Stolzenau, Kreis Nienburg (Weser)

1023**Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT (Angestellte in der Datenverarbeitung) vom 15. November 1971**

Bezug: Mein Rundschreiben vom 20. Januar 1972 (StAnz. S. 323)

In Abschnitt II Nr. 7 des Bezugsrundschreibens wird aus gegebenem Anlaß folgender Unterabsatz angefügt:

„Wie sich aus der Protokollnotiz Nr. 8 ergibt, nach der die Vergütungsgruppe V c für den Fall der Ausbildung bei demselben Arbeitgeber die Mindestvergütungsgruppe darstellt, erfaßt das Tätigkeitsmerkmal nur Angestellte, die aus einer beruflichen Tätigkeit bei demselben oder einem anderen Arbeitgeber in eine zusätzliche DV-Ausbildung eintreten. Auf Berufsanfänger, die ihr Berufsleben mit einer DV-Ausbildung beginnen, ist das Tätigkeitsmerkmal nicht anzuwenden.“

Wiesbaden, 19. 7. 1972

Der Hessische Minister des Innern
I A 61 — P 2105 A — 322
StAnz. 33/1972 S. 1422

1024**Änderungstarifverträge vom 16. September und 7. Dezember 1971 zum Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte nach besoldungsrechtlichen Vorschriften vom 28. September 1970;**

hier: Anschlußtarifverträge

Bezug: Meine Rundschreiben vom 22. November 1971 (StAnz. S. 2044) und 20. Januar 1972 (StAnz. S. 370)

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat am 8. Dezember 1971 mit

- der Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund,
- der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands und
- der Gewerkschaft der Polizei

je einen Anschlußtarifvertrag zu den Änderungstarifverträgen vom 16. September und 7. Dezember 1971 zum Tarifvertrag über Zulagen an Angestellte nach besoldungsrechtlichen Vorschriften vom 28. September 1970 abgeschlossen.

Ich bitte um Kenntnisnahme.

Von einer Veröffentlichung der Anschlußtarifverträge und einer nochmaligen Bekanntgabe der Änderungstarifverträge sehe ich ab.

Wiesbaden, 26. 7. 1972 **Der Hessische Minister des Innern**
I A 63 — P 2048 A — 27
StAnz. 33/1972 S. 1422

1025**Versorgung der früheren Beamten des Aufsichts-, Werk- und Sanitätsdienstes im Strafvollzug**

Nach § 197 Abs. 2 HBG i. d. F. des 1. HBesAnpG gelten die Vorschriften der §§ 194 bis 196 HBG auch für die Beamten des Strafvollzugsdienstes, die im Aufsichts-, Werk- und Sanitätsdienst tätig sind. Aus gegebener Veranlassung weise ich darauf hin, daß die §§ 195, 196 HBG auf solche Versorgungsfälle aus dem Kreis des Aufsichts-, Werk- und Sanitätsdienstes im Strafvollzug angewendet werden können, die vom Tage des Inkrafttretens des Art. 9 § 2 Nr. 8 des 1. HBesAnpG an, also nach dem 30. Juni 1971, eingetreten sind.

Für die unter § 63 Abs. 1 G 131 fallenden Personen finden nach § 2 des Versorgungsanpassungsgesetzes i. d. F. des Anpassungsgesetzes zum HBG vom 21. März 1962 (GVBl. I S. 213) — über die Verweisung auf § 29 G 131 — die versorgungsrechtlichen Bestimmungen des Bundesbeamtengesetzes Anwendung. Abschnitt V des Bundesbeamtengesetzes sieht keine Regelung vor, die § 197 Abs. 2 HBG entspricht. Schon aus diesem Grunde muß für die von § 63 Abs. 1 G 131 erfaßten Versorgungsempfänger aus dem Kreis des Strafvollzugsdienstes die Ruhegehaltsskala des § 195 Abs. 1 HBG und die qualifizierte Dienstunfallversorgung nach § 196 HBG unberücksichtigt bleiben.

Wiesbaden, 1. 8. 1972 **Der Hessische Minister des Innern**
I A 5 b — P 1602 A — 78
StAnz. 33/1972 S. 1422

1026**Öffentliches Vereinsrecht;**

hier: Bekanntmachung des Verbots und der Auflösung des „Euroclub (e. V.)“ mit Sitz in Mariensiel, Landkreis Friesland

Gemäß § 3 Abs. 4 Satz 2 des Vereinsgesetzes vom 5. August 1964 (BGBl. I S. 593) gebe ich nachstehend den verfügenden Teil des vom Niedersächsischen Minister des Innern am 12. Juli 1972 — 21. — 21. 63. 20 — erlassenen und im Bundesanzeiger 1972 Nr. 132 Seite 4, veröffentlichten Verbots bekannt:

Verbotsverfügung

- Der „Euroclub (e. V.)“ mit Sitz in Mariensiel, Landkreis Friesland, ist eine Vereinigung, deren Zweck und Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen. Sie ist daher nach Artikel 9 Abs. 2 des Grundgesetzes verboten.
- Der „Euroclub (e. V.)“ wird aufgelöst.
- Es ist verboten, Organisationen zu bilden, die an Stelle des „Euroclubs (e. V.)“ dessen Ziele und Tätigkeiten weiterverfolgen oder fortführen.
- Das Vermögen des „Euroclubs (e. V.)“ wird beschlagnahmt und zugunsten des Landes Niedersachsen eingezogen, soweit es nicht bereits im Rahmen eines Strafverfahrens beschlagnahmt worden ist und eingezogen wird.
- Die sofortige Vollziehung der vorstehenden Verfügung wird angeordnet.

Hannover, 12. 7. 1972

**Der Niedersächsische Minister
des Innern**
Im Auftrage
Baier

Wiesbaden, 28. 7. 1972

Der Hessische Minister des Innern
II 3 — 5 b 02/06 — 27/72 — 6
StAnz. 33/1972 S. 1422

1027**Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hessen in Frankfurt am Main über die zahnärztliche Versorgung der heilfürsorgeberechtigten Beamten der Hessischen Bereitschaftspolizei**

hier: Vergütung für zahnärztliche Leistungen

Absatz 2 Satz 1 der Anlage 2 zum Vertrag zwischen dem Land Hessen und der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hessen in Frankfurt am Main über die zahnärztliche Versorgung der heilfürsorgeberechtigten Beamten der Hessischen Bereitschaftspolizei vom 22. Dezember 1970 (StAnz. 1971 S. 243) erhält mit Wirkung vom 1. Januar 1972 folgende Fassung:

„Zu den einfachen Sätzen des Gebührenverzeichnisses wird ein Zuschlag von 60% gezahlt.“

Im übrigen gilt der Vertrag in unveränderter Form weiter.

Wiesbaden, 13. 7. 1972

Der Hessische Minister des Innern
III A 12 — 12 b 02 01
StAnz. 33/1972 S. 1422

1028**Organisation und örtliche Zuständigkeit der staatlichen Vollzugspolizei;**

hier: Örtliche Zuständigkeit der Kriminalpolizei im Wetteraukreis

Bezug: Mein Erlaß vom 29. Mai 1972 (StAnz. S. 1090)

(1) Bis zum Tage der Errichtung des Kriminalkommissariats des Landrats des Wetteraukreises nimmt das Staatliche Kriminalkommissariat Friedberg die Aufgaben der Kriminalpolizei in dem Teil des Wetteraukreises wahr, der dem bisherigen Landkreis Büdingen entspricht.

(2) Dieser Erlaß tritt am 1. August 1972 in Kraft.

Wiesbaden, 27. 7. 1972

Der Hessische Minister des Innern
III B 5 — 21 b 02
StAnz. 33/1972 S. 1422

1029**Gemeindegebietsreform in Hessen;**

hier: Zusammenschlüsse und Eingliederungen von Gemeinden

Die Hessische Landesregierung hat am 23. Mai 1972 beschlossen:

Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. Juli 1972 die Gemeinde **Lenzhahn** in die Stadt **Idstein** im Untertaunuskreis eingegliedert.

Die Hessische Landesregierung hat am 20. Juni 1972 beschlossen:

Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. Juli 1972 die Gemeinde **Reimershausen** in die Gemeinde **Lohra** im Landkreis Marburg eingegliedert.

Die Hessische Landesregierung hat am 11. Juli 1972 beschlossen:

1. Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. August 1972 die Gemeinde **Michelsberg** in die Stadt **Schwalmstadt** im Landkreis Ziegenhain eingegliedert.
2. Gemäß § 17 Abs. 2 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) wird mit Wirkung vom 1. August 1972 die Gemeinde **Dorlar** im Landkreis Wetzlar in die Stadt **Wetzlar** eingegliedert.

Wiesbaden, 26. 7. 1972

Der Hessische Minister des Innern

IV A 11 — 3 k 08/05

StAnz. 33/1972 S. 1423

1030**Ausbildungsvorschriften für die Feuerwehren;**

hier: „Die Gruppe im Löscheinsatz“

Die Feuerwehrdienstvorschrift FwDV 4 „Die Gruppe im Löscheinsatz“ setze ich gemäß § 50 Abs. 2 Nr. 2 Brandschutzhilfleistungsgesetz mit sofortiger Wirkung als Ausbildungsvorschrift für die Feuerwehren im Lande Hessen in Kraft.

Wiesbaden, 19. 7. 1972

Der Hessische Minister des Innern

VI 5 — 65 b 08

StAnz. 33/1972 S. 1423

*) zu beziehen beim Deutschen Gemeindeverlag GmbH, 62 Wiesbaden, Postfach 3025.

1031**Genehmigung eines Wappens und einer Flagge der Stadt Taunusstein, Untertaunuskreis, Regierungsbezirk Darmstadt**

Die Stadt Taunusstein im Untertaunuskreis, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene und abgebildete Wappen und die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

**Taunusstein**

Wiesbaden, 25. 7. 1972

Wappenbeschreibung:

„In Blau ein rotbewehrter goldener Löwe, in seinen Pranken ein silberner Schild mit durchgehendem roten Kreuz.“

Flaggenbeschreibung:

„Zwischen schmalen blauen Seitenstreifen eine breite gelbe Mittelbahn, im oberen Drittel das Stadtwappen.“

Der Hessische Minister des Innern

IV A 22 — 3 k 06 — 35/72

StAnz. 33/1972 S. 1423

1032**Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Hermannstein, Landkreis Wetzlar**

Der Gemeinde Hermannstein im Landkreis Wetzlar, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

„Die Flagge zeigt die beiden Farben Rot und Weiß, im oberen Drittel belegt mit dem Gemeindewappen.“

Wiesbaden, 25. 7. 1972

Der Hessische Minister des Innern

IV A 22 — 3 k 06 — 35/72

StAnz. 33/1972 S. 1423

1033

An die Herren Regierungspräsidenten

Darmstadt — Kassel

Durchführung des Bundesbaugesetzes;

hier: Baugebiete für landwirtschaftliche Betriebsgebäude

Die Standortfrage von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden muß heute von der Landwirtschaft neu überdacht werden. Aussiedlungen in den Außenbereich und Althofsanierungen werden allein nicht den gewünschten Erfolg bringen. Bei der Durchführung von Bauvorhaben im Zuge von Maßnahmen der ländlichen Siedlung und der Agrarstrukturverbesserung wird man daher in Zukunft neue Wege beschreiten müssen. Damit in agrarstrukturierten Gemeinden die Belange der Landwirtschaft — insbesondere hinsichtlich moderner Organisationsformen der einzelnen Betriebe — bei der Aufstellung von Bauleitplänen stärker berücksichtigt werden können, ergehen im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt die folgenden Hinweise:

Zweckmäßig dürfte sein, die landwirtschaftlichen Betriebsgebäude in einem besonderen ortsnahen Baugebiet zusammenzufassen. Das Gebiet soll vorwiegend für die Bebauung mit landwirtschaftlichen Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsanlagen bestimmt sein. Ausnahmen können für Wohnungen der Aufsichts- und Bereitschaftspersonen zugelassen werden. Bei der Festlegung des Baugebietes ist zu beachten, daß:

1. störende Einwirkungen auf andere Baugebiete vermieden werden,
2. eine gute Anbindung an das landwirtschaftliche Wegenetz besteht oder vorgenommen wird,
3. die Mehrzahl der in der Gemeinde ansässigen und entwicklungsfähigen landwirtschaftlichen Betriebe auf dieses Baugebiet ausweichen können und
4. das Gebiet erweitert werden kann.

Ein entsprechendes Baugebiet kann entweder nach § 11 Abs. 1 BauNVO als „Sondergebiet für landwirtschaftliche Betriebsgebäude“ oder nach § 5 Abs. 3 BauNVO als „Dorfgebiet für landwirtschaftliche Betriebsgebäude“ dargestellt oder festgesetzt werden. Der Ausweitung eines nach der Art der zulässigen Nutzung gegliederten Dorfgebietes ist der Vorzug zu geben.

Ich bitte zu veranlassen, daß die Gemeinden in geeigneter Weise unterrichtet werden.

Wiesbaden, 24. 7. 1972

Der Hessische Minister des Innern

V A 6 — 61 d 02/01 — 20/72

StAnz. 33/1972 S. 1423

1034**Befreiung von § 24 Abs. 1 und 2 DVO HBO (Lager- und Abstellräume)**

Gemäß Nr. 24 Abs. 13 der Wohnungsbaurichtlinien sind Wohngebäude mit sechs und mehr Vollgeschossen mit Sammelheizung auszustatten. Für diese Wohngebäude gelten wegen ihrer Ausstattung mit Sammelheizung regelmäßig die herabgesetzten Anforderungen hinsichtlich der Größe der

Lager- und Abstellräume. Trotz dieser Herabsetzung der Mindestanforderung ist es bei diesen vielgeschossigen Gebäuden häufig erforderlich, zusätzliche Geschosse zu bauen, um die notwendigen Lager- und Abstellräume erstellen zu können. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Gebäude überwiegend kleine Wohnungen enthalten. Da kleine Wohnungen (Einzimmer- bis Eineinhalbzimmerwohnungen) regelmäßig zum Bewohnen durch nur eine Person bestimmt sind, ist der Bedarf an Lager- und Abstellräumen in diesen Fällen geringer. Aus diesem Grunde sowie auch aus wirtschaftlichen Gründen halte ich es für vertretbar, in den Gebäuden mit sechs und mehr Vollgeschossen die Mindestanforderungen an Lager- und Abstellräumen bei Kleinwohnungen zu unterschreiten. Sofern die Bauaufsichtsbehörden entsprechende Befreiungen erteilen, kann deshalb bei Gebäuden mit sechs und mehr Vollgeschossen wie folgt verfahren werden:

Sofern die Wohnungen höchstens 1½ Zimmer enthalten, kann die Größe des Lagerraums für Wintervorräte auf 1,5 qm und die Größe des Abstellraums außerhalb der Wohnung auf 2,5 qm vermindert werden. Der Abstellraum von mindestens 1 qm innerhalb der Wohnung muß jedoch vorhanden sein.

In diesem Rahmen bestehen auch keine Bedenken gegen die Erteilung von Befreiungen von den Vorschriften des § 24 Absatz 1 und Abs. 2, 1. Halbsatz DVO HBO.

Wiesbaden, 27. 7. 1972

Der Hessische Minister des Innern
V B 31 — 62 c 44 — 209/72
StAnz. 33/1972 S. 1423

1035

Vorbereitung und Durchführung der Gemeinde-, Ortsbeirats- und Kreiswahlen am 22. Oktober 1972;

hier: Maßgebliche Einwohnerzahlen der Gemeinden und Landkreise

Bezug: Erlaß vom 25. Juli 1972 (StAnz. S. 1365)

In Ergänzung meines Erlasses vom 25. Juli 1972 (Abschnitt III) werden als Anlage die vom Hessischen Statistischen Landesamt nach dem Bevölkerungsstand vom 31. März 1972 festgestellten Einwohnerzahlen sämtlicher Gemeinden und Landkreise veröffentlicht.

In der Aufstellung konnten noch nicht die Veränderungen in den Einwohnerzahlen berücksichtigt werden, die sich durch die Umgemeindung von Flurstücken im Rahmen der Neugliederungsgesetze ergeben haben.

Bestehen im Einzelfall Zweifel über die für die Wahl maßgebliche Einwohnerzahl und haben diese Zweifel Bedeutung für die Zahl der zu wählenden Vertreter oder für die Feststellung, ob eine Gemeindevertretung zu wählen ist, so ist mir unverzüglich auf schnellstem Wege zu berichten.

Wiesbaden, 4. 8. 1972

Der Hessische Minister des Innern
IV A 11 — 3 e 02

StAnz. 33/1972 S. 1424

Anlage

Maßgebliche Einwohnerzahlen der Gemeinden und Landkreise für die Kommunalwahlen am 22. Oktober 1972

Regierungsbezirk Darmstadt

Kreisfreie Städte

Darmstadt, Stadt	141 485
Frankfurt am Main, Stadt	676 808
Gießen, Universitätsstadt	77 637
Hanau, Stadt	57 534
Offenbach am Main, Stadt	120 167
Wiesbaden, Landeshauptstadt	252 285

Landkreis Bergstraße

Abtsteinach	2 111
Bensheim, Stadt	33 032
Biblis	8 190
Birkenau	9 378
Bürrstadt, Stadt	15 428
Einhausen	4 376
Fürth	8 881
Gorxheimertal	3 793
Grasellenbach	2 990
Groß-Rohrheim	3 389
Hoppenheim a. d. Bergstr., Stadt	23 284
Hirschhorn (Neckar), Stadt	3 993
Lampertheim, Stadt	30 779
Lautertal	6 599
Lindensfels, Stadt	4 581
Lorsch, Stadt	10 313
Mörlenbach	7 690
Neckarsteinach, Stadt	3 807
Rimbach	6 770
Viernheim, Stadt	28 556
Wald-Michelbach	9 632
Zwingenberg, Stadt	4 594

Landkreis Biedenkopf

Achenbach	526
Allendorf am Hohenfels	687
Angelburg	2 259
Bellnhausen	202
Biedenkopf, Stadt	9 689
Bischoffen	1 135
Bottenhorn	1 324
Breidenbach	3 090
Breidenstein, Stadt	1 411

Buchenau (Lahn)	1 952
Damshausen	231
Dautphe	2 240
Dernbach	295
Diedenshausen	124
Elmshausen	339
Endbach	3 662
Erdhausen	952
Friebertshausen	116
Friedensdorf	1 445
Frohnhausen b. Gladenbach	292
Gladenbach, Stadt	4 315
Gönnern	1 435
Hartenrod	2 765
Herzhausen	537
Holzhausen am Hünstein	1 963
Hommertshausen	705
Hülshof	23
Kehlrbach	104
Mornshausen a. D.	765
Mornshausen a. S.	1 462
Niederdieten	566
Niederweidbach	1 256
Oberdieten	667
Oberweidbach	265
Quotshausen	551
Rachelshausen	174
Römershausen	386
Roth	488
Rüchenbach	180
Silberg	413
Simmersbach	1 055
Sinkershausen	303
Steffenberg	2 714
Steinperf	929
Wallau (Lahn)	4 225
Weidenhausen	2 249
Wiesnbach	640
Wilsbach	382
Wolfgruben	495
Wolzhausen	701

Landkreis Darmstadt

Alsbach	3 444
Asbach	657
Bickenbach	4 008
Brandau	1 445

Braunshardt	2 244
Ernstshofen	727
Erzhausen	5 844
Eschollbrücken	2 771
Frankenhausen	500
Gräfenhausen	3 587
Griesheim, Stadt	17 565
Hähnlein	2 644
Jugenheim a. d. Bergstraße	4 061
Klein-Bieberau	422
Messel	2 334
Modau	1 879
Modautal	543
Neutsch	164
Nieder-Beerbach	1 457
Nieder-Ramstadt	6 358
Ober-Ramstadt, Stadt	9 879
Pfungstadt, Stadt	19 685
Roßdorf	7 672
Schneppenhausen	1 506
Seeheim	8 702
Traisa	2 663
Weiterstadt	8 237
Wembach	649
Wixhausen	4 453

Landkreis Dieburg

Babenhhausen, Stadt	12 546
Dieburg, Stadt	12 267
Dorndiel	314
Eppertshausen	5 011
Fischbachtal	2 201
Georgenhausen	1 053
Groß-Bieberau, Stadt	3 759
Groß-Umstadt, Stadt	10 518
Groß-Zimmern	9 163
Gundernhausen	2 754
Heubach	1 533
Kleestadt	1 080
Klein-Umstadt	1 601
Klein-Zimmern	1 568
Mosbach	1 319
Münster	9 575
Nieder-Roden	10 831
Ober-Roden	9 805
Otzberg	5 523
Radheim	768
Reinheim, Stadt	10 369

Richen	1 320
Schaafheim	4 781
Semd	1 725
Sickenhofen	964
Urberach	7 758

Dillkreis 104 269

Allendorf	1 627
Arborn	498
Beilstein	2 077
Breitscheid	2 192
Burg	3 744
Dietzhöhlztal	5 066
Dillenburg, Stadt	14 408
Donsbach	1 734
Driedorf	2 591
Erdbach	614
Eschenburg	5 533
Fellerdilln	1 336
Fleisbach	1 313
Frohnhausen	3 698
Gusternhain	483
Haiger, Stadt	6 728
Haigerseelbach	878
Herborn, Stadt	10 827
Herbornseelbach	3 475
Hirschberg	240
Hirzenhain	2 020
Hörsbach	1 247
Langenaubach	2 039
Mademühlen	685
Medenbach	994
Merkenbach	1 339
Mittenaar	4 967
Nenderoth	427
Niederscheid	2 605
Oberscheid	2 538
Odersberg	310
Offdilln	718
Rittershausen	1 041
Roßbachtal	1 006
Roth	767
Schönbach	1 462
Sechshelden	1 823
Seilhofen	181
Siegbach	2 976
Sinn	4 191
Steinbach	724
Waldaubach	426
Weidelbach	721

Landkreis Gelnhausen 94 196

Bieber	3 068
Biebergemünd	3 726
Birstein	4 552
Brachtal	3 431
Flörsbachtal	1 112
Freigericht	12 364
Gelnhausen, Kreisstadt	13 727
Gründau	9 521
Hasselroth	4 024
Höchst	1 539
Jossatal	2 793
Lettgenbrunn	355
Linsengericht	7 283
Lohrhaupten	1 010
Meerholz	2 891
Mernes	790
Niedermittlau	2 586
Oberland	1 214
Orb, Bad, Stadt	8 131
Udenhain	786
Wächtersbach, Stadt	9 293

Landkreis Gießen 119 715

Allendorf a. d. Lumda, Stadt	2 622
Alten-Buseck	2 548
Arnsburg	73
Bellersheim	926
Bersrod	706
Beuern	1 730
Daubringen	1 830

Ettingshausen	842
Fernwald	4 285
Großen-Buseck	5 013
Großen-Linden, Stadt	4 823
Grünberg, Stadt	11 157
Heuchelheim	6 943
Hungen, Stadt	7 725
Inheiden	965
Lang-Göns	4 085
Langsdorf	1 209
Laubach, Stadt	8 802
Leihgestern	3 862
Lich, Stadt	10 305
Lindenstruth	572
Lollar	8 368
Mainzlar	1 662
Obbornhofen	832
Pohlheim	12 465
Rabenau	5 115
Reiskirchen	4 728
Staufenberg, Stadt	1 806
Treis a. d. Lumda	2 174
Villingen	1 542

Landkreis Groß-Gerau 222 537

Astheim	2 391
Biebesheim	6 152
Bischofsheim	10 984
Büttelborn	4 009
Crumstadt	2 805
Dornheim	3 116
Erfelden	2 556
Geinsheim	2 236
Gernsheim, Stadt	8 349
Ginsheim-Gustavsburg	15 588
Goddellau	5 510
Groß-Gerau, Stadt	14 255
Hessenaue	258
Kelsterbach, Stadt	15 346
Klein-Gerau	1 920
Leeheim	2 139
Mörfelden, Stadt	12 303
Nauheim	7 122
Raunheim, Stadt	13 615
Rüsselsheim, Stadt	61 439
Stockstadt am Rhein	4 205
Trebur	4 480
Walldorf, Stadt	14 393
Wallerstädten	2 015
Wolfskehlen	2 664
Worfelden	2 687

Landkreis Hanau 148 922

Bergen-Enkheim, Stadt	15 219
Bischofsheim	11 582
Bruchköbel	12 354
Dörnigheim, Stadt	16 669
Erlensee	10 995
Großauheim, Stadt	15 667
Großkrotzenburg	6 253
Hammersbach	3 018
Hochstadt	4 337
Langensfeld	9 865
Neuberg	3 991
Nidderau, Stadt	8 737
Niederdorfelden	2 586
Ostheim	3 093
Rodenbach	7 438
Ronneburg	2 537
Roßdorf	2 198
Schöneck	9 543
Wachenbuchen	2 840

Hochtaunuskreis 183 023

Friedrichsdorf, Stadt	15 780
Glashütten	3 990
Grävenwiesbach	3 707
Homburg v. d. H., Bad, Stadt	50 834
Königstein i. Ts., Stadt	15 536
Kronberg, Stadt	16 407
Neu-Anspach	6 149
Oberursel (Taunus), Stadt	36 928

Schmitten	6 361
Steinbach a. Ts.	7 947
Usingen, Stadt	8 843
Wehrheim	5 572
Weilrod	4 969

Landkreis Limburg 93 045

Brechen	4 342
Camberg, Stadt	5 276
Dehrn	1 977
Dombach	247
Dornburg	6 553
Eisenbach	1 942
Elbgrund	633
Elbtal	1 361
Ellar	1 979
Elz	6 932
Erbach	2 195
Eschhofen	2 358
Hadamar, Stadt	10 867
Haintchen	821
Hünfelden	7 057
Langendernbach	1 633
Limburg a. d. Lahn, Stadt	20 534
Linten	1 093
Niederselters	2 386
Oberbrechen	2 083
Oberselters	1 009
Offheim	1 641
Schwickershausen	419
Staffel	2 565
Waldbrunn	3 028
Würges	2 114

Main-Taunus-Kreis 195 259

Altenhain	1 548
Auringen	1 334
Breckenheim	1 784
Bremthal	2 851
Deikheim	3 812
Ehlhalten	850
Eppstein, Stadt	2 277
Eschborn, Stadt	17 015
Fischbach	4 155
Flörsheim, Stadt	15 521
Hattersheim, Stadt	20 405
Hochheim a. M., Stadt	11 349
Hofheim a. Ts., Stadt	26 482
Kelkheim, Stadt	16 842
Kriftel	7 311
Liederbach	4 843
Massenheim	1 259
Medenbach	1 426
Naurod	2 766
Neuenhain	4 684
Niedernhausen	5 498
Nordenstadt	2 164
Rossert	2 933
Schwalbach a. Ts., Stadt	14 210
Soden a. Ts., Bad, Stadt	10 553
Sulzbach a. Ts.	6 421
Vockenhausen	1 838
Wallau	2 334
Wildsachsen	764

Oberlahnkreis 59 800

Altenkirchen	691
Beselich	4 790
Edelsberg	591
Elkerhausen	831
Kubach	913
Löhnberg	4 424
Mengerskirchen	4 768
Merenberg	2 373
Münster	1 047
Philippstein	863
Runkel, Stadt	6 635
Selters	372
Villmar	6 569
Weilburg, Stadt	12 299
Weilmünster	9 429
Weinbach	3 205

Odenwaldkreis	81 180	Sterbfritz	3 205	Breitenbach	214
Beerfelden, Stadt	6 749	Ulmbach	2 342	Cleeberg	701
Brensbach	3 910	Züntersbach	691	Daubhausen	388
Breuberg, Stadt	6 899			Dornholzhausen	772
Brombachtal	2 639	Untertaunuskreis	78 029	Dutenhofen	2 627
Erbach, Stadt	10 231	Aarbergen	6 681	Ebersgöns	658
Fränkisch-Crumbach	2 454	Bechtheim	443	Edingen	1 157
Hesseneck	832	Engenhahn	717	Ehringshausen	5 407
Höchst i. Odw.	7 825	Görsroth	650	Espa	193
König, Bad	7 812	Heidenrod	5 615	Frankenbach	1 014
Lützelwiebelsbach	5 794	Hilgenroth	90	Garbenheim	2 191
Michelstadt, Stadt	13 758	Hohenstein	4 861	Greifenstein	785
Mossautal	2 121	Hünstetten	3 198	Hermannstein	4 527
Reichelsheim i. Odw.	6 929	Idstein, Stadt	15 951	Hohenahr	3 112
Rothenberg	2 180	Lindschied	401	Hüttenberg	2 597
Sensbachtal	1 047	Niederseelbach	869	Katzenfurt	1 970
		Oberauroff	228	Kleenheim	1 757
Landkreis Offenbach	265 795	Oberjosbach	1 087	Kölschhausen	686
Buchschlag	2 983	Oberseelbach	387	Krofdorf-Gleiberg	4 364
Dietzenbach, Stadt	16 059	Schlangenbad	4 484	Launsbach	1 849
Dreieichenhain, Stadt	7 034	Schwalbach, Bad, Stadt	8 232	Leun, Stadt	4 482
Dudenhofen	4 982	Taunusstein, Stadt	18 950	Lützellinden	1 712
Egelsbach	8 055	Waldems	3 886	Mudersbach	410
Froschhausen	3 039	Wallrabenstein	1 299	Münchholzhausen	1 733
Götzenhain	4 494			Nauborn	2 912
Hainhausen	2 258	Vogelsbergkreis	111 934	Naunheim	3 774
Hainstadt	6 449	Alsfeld, Stadt	17 735	Niederbiel	1 429
Hausen	9 740	Antrifttal	2 093	Niederlemp	428
Heusenstamm, Stadt	14 451	Feldatal	3 061	Reiskirchen	617
Jügesheim	8 373	Freiensteinau	3 374	Schöffengrund	5 265
Klein-Auheim	7 089	Gemünden	3 250	Schwingbach	2 804
Klein-Krotzenburg	5 342	Grebenu, Stadt	3 017	Solms	6 344
Klein-Welzheim	2 148	Grebenhain	4 886	Steindorf	1 725
Lämmerspiel	3 718	Herbstein, Stadt	4 757	Ulmatal	2 610
Langen, Stadt	30 577	Homburg, Stadt	7 465	Volpertshausen	811
Mainflingen	3 151	Kirtorf, Stadt	3 480	Waldgirmes	3 177
Mühlheim am Main, Stadt	21 199	Lautertal	15 048	Waldsolms	4 004
Neu-Isenburg, Stadt	34 574	Mücke	2 547	Werdorf	2 394
Obertshausen	9 580	Romrod, Stadt	2 963	Wetzlar, Stadt	37 828
Offenthal	2 990	Schlitz, Stadt	9 546	Wißmar	3 863
Rembrücken	1 879	Schotten, Stadt	9 793		
Seligenstadt, Stadt	12 380	Schwalmatal	3 432	Regierungsbezirk Kassel	
Spremlingen, Stadt	22 989	Ulrichstein, Stadt	3 331	Kreisfreie Städte	
Steinheim am Main, Stadt	9 855	Wartenberg	3 416	Fulda, Stadt	60 202
Weiskirchen	4 967			Kassel, Stadt	214 167
Zellhausen	3 761	Wetteraukreis	238 718	Marburg a. d. Lahn, Universitätsstadt	47 319
Zeppelinheim	1 679	Altenstadt	7 343		
		Büdingen, Stadt	16 767	Landkreis Eschwege	73 319
Rheingaukreis	61 384	Butzbach, Stadt	20 749	Berkatal	2 034
Aßmannshausen	3 007	Echzell	4 638	Eltmannsee	57
Eitville am Rhein, Stadt	8 654	Florstadt	7 388	Eschwege, Stadt	24 972
Erbach (Rheingau)	4 005	Friedberg, Stadt	24 667	Herleshausen	3 581
Espenschied	333	Gedern, Stadt	6 571	Hetzerode	186
Geisenheim, Stadt	10 573	Glauburg	2 961	Meinhard	5 945
Hallgarten	1 806	Hirzenhain	2 738	Meißner	3 786
Kiedrich	3 548	Karben, Stadt	15 893	Netratal	1 919
Lorch, Stadt	4 231	Kefenrod	2 268	Oberhone	1 063
Martinthal	1 091	Limeshain	2 951	Ringgau	2 003
Oestrich-Winkel, Stadt	9 052	Münzenberg, Stadt	4 470	Sontra, Stadt	10 051
Presberg	580	Nauheim, Bad, Stadt	24 912	Waldkappel, Stadt	5 533
Ransel	423	Nidda, Stadt	16 324	Wanfried, Stadt	5 531
Rauenthal	1 591	Niddatal, Stadt	7 524	Wehretal	5 127
Rüdesheim a. Rh., Stadt	7 120	Ober-Mörlen	4 554	Weißborn	1 326
Stephanshausen	503	Ortenberg, Stadt	7 776	Wolfterode	205
Walluf	4 679	Ranstadt	3 765		
Wollmerschied	188	Reichelsheim, Stadt	5 113	Landkreis Frankenberg	52 853
		Rockenberg	3 764	Allendorf-Eder	4 433
Landkreis Schlüchtern	42 985	Rosbach, Stadt	8 627	Battenberg (Eder), Stadt	4 517
Altengronau	1 683	Vilbel, Bad, Stadt	24 153	Bottendorf	1 609
Hintersteinau	746	Wölfersheim	7 785	Bromskirchen	1 489
Jossa	742	Wöllstadt	5 017	Burgwald	2 796
Neustall	185			Dainrode	249
Niederzell	596	Landkreis Wetzlar	158 162	Eifa	415
Oberzell	1 056	Altenkirchen	650	Ellrode	36
Salmünster, Stadt	5 162	Aßlar	9 111	Frankenau, Stadt	2 805
Schlüchtern, Kreisstadt	13 143	Atzbach	2 540		
Sinntal	2 148	Biebertal	8 341		
Soden b. Salmünster, Bad, Stadt	4 234	Bielhausen	4 385		
Steinau, Stadt	7 052	Braunfels, Stadt	7 836		

Frankenberg-Eder, Stadt	15 510	Kirchheim	3 673	Neustadt, Stadt	6 397
Frohnhausen	468	Ludwigsau	5 914	Niederasphe	924
Gemünden an der Wohra, Stadt	3 347	Nentershausen	3 852	Niederklein	1 646
Haina/Kloster	4 556	Neuenstein	3 125	Niederwalgern	1 105
Hatzfeld/Eder, Stadt	2 088	Niederaula	5 518	Oberwalgern	493
Hessenstein	1 375	Philippsthal	5 724	Rauschholzhausen	1 033
Ittertall	1 577	Ronshausen	2 670	Rauschenberg, Stadt	4 398
Marienhagen	545	Rotenburg a. d. Fulda, Stadt	13 551	Rollshausen	217
Oberasphe	349	Schenklengsfeld	4 750	Schiffelbach	343
Obernburg	368	Wildeck	6 304	Schröck	1 344
Reddighausen	799			Seelbach	62
Rosenthal, Stadt	2 074	Landkreis Kassel	201 848	Simtshausen	463
Vöhl	1 478	Ahnatal	6 651	Speckswinkel	513
		Baunatal, Stadt	18 291	Stadt Allendorf,	
Landkreis Fritzlar-Homberg	85 820	Breuna	3 647	Landkreis Marburg	13 070
Allendorf	179	Calden	6 235	Stedebach	28
Arnsbach	632	Ernstal	5 425	Treisbach	661
Berndshausen	317	Espenau	3 903	Warzenbach	491
Besse	2 631	Fuldabrück	5 465	Wehrda	3 888
Borken (Bez. Kassel), Stadt	8 831	Fuldatal	11 508	Wehrshausen	762
Densberg	485	Grebenstein, Stadt	6 012	Weimar	3 946
Edermünde	3 580	Habichtswald	3 819	Weipoltshausen	405
Fritzlar, Stadt	14 083	Helsa	6 125	Weitershausen	225
Grebenhagen	219	Hofgeismar, Stadt	13 305	Wetter (Hessen-Nassau), Stadt	6 823
Großenenglis	1 118	Immenhausen, Stadt	6 350	Wohratal	2 162
Gudensberg, Stadt	7 304	Karlshafen, Stadt	4 675	Wolferode	422
Homberg, Bez. Kassel, Stadt	14 376	Kaufungen	10 396	Wolfshausen	248
Hundshausen	372	Liebenau, Stadt	3 780	Wollmar	663
Jesberg	2 120	Lohfelden	11 283		
Kleinenglis	2 156	Naumburg, Stadt	4 896	Landkreis Melsungen	46 065
Knüllwald	3 026	Nieste	1 415	Altmorschen	2 542
Leuderode	177	Niestetal	9 621	Beiseförth	1 177
Mosheim	450	Oberweser	3 802	Bischofferode	218
Nassenerfurth	705	Reinhardshagen	4 368	Brunslar	2 137
Neuental	3 435	Schauenburg	8 974	Felsberg, Stadt	3 930
Niederstein, Stadt	4 333	Söhrewald	4 329	Gensungen	4 282
Niederbeisheim	834	Trendelburg, Stadt	5 891	Guxhagen	4 147
Rengshausen	1 078	Vellmar	10 991	Harle	836
Römersberg	339	Wahlsburg	2 846	Heina	227
Sipperhausen	266	Wolfhagen, Stadt	12 095	Helmshausen	78
Trockenerfurth	967	Zierenberg, Stadt	5 748	Hilgershausen	278
Verna	1 409			Körle	2 221
Wabern	7 482	Landkreis Marburg	118 756	Konnefeld	440
Zwesten	2 916	Altenvers	466	Landefeld	191
		Amöneburg, Stadt	4 529	Malsfeld	1 862
Landkreis Fulda	129 217	Bauerbach	721	Melsungen, Stadt	12 861
Burghaun	5 758	Bellnhäusen	380	Neumorschen	825
Dipperz	2 343	Beltershausen	706	Ostheim	468
Ebersburg	3 656	Braunstein	961	Rhünda	635
Ehrenberg	2 852	Brungershausen	72	Schwarzenberg	437
Eichenzell	7 052	Bürgeln	1 155	Spangenberg, Stadt	6 104
Eiterfeld	7 135	Cappel	6 693	Weidelbach	169
Flieden	7 612	Cölbe	4 623		
Gersfeld, Stadt	5 779	Cyriaxweimar	323	Landkreis Waldeck	100 269
Großenlüder	7 317	Dilschhausen	144	Arolsen, Stadt	10 631
Hilders	4 750	Ebsdorf	850	Dehringhausen	176
Hofbieber	5 067	Ebsdorfergrund	3 208	Diemelsee	5 077
Hosenfeld	3 933	Elnhausen	613	Diemelstadt, Stadt	5 568
Hünfeld, Stadt	13 626	Emsdorf	729	Edertal	6 096
Kalbach	5 289	Erbenhausen	68	Freinhagen, Stadt	799
Künzell	11 060	Fronhausen	2 428	Gembeck	354
Neuhof	9 974	Ginseldorf	414	Kleinern	493
Nüsttal	2 438	Gisselberg	585	Korbach, Stadt	22 940
Petersberg	11 573	Göttingen	178	Landau, Stadt	1 043
Poppenhausen	2 575	Großseelheim	1 376	Lichtenfels, Stadt	4 407
Rasdorf	1 700	Hachborn	893	Mengeringhausen, Stadt	3 248
Salzschlirf, Bad	2 617	Haddamshausen	333	Ober-Werbe	183
Tann, Stadt	5 111	Hassenhausen	319	Twistetal	4 217
		Hermershausen	259	Upland	2 401
Landkreis		Holzhausen	28	Volkhardinghausen	144
Hersfeld-Rotenburg	131 660	Ilschhausen	107	Volkmarsen, Stadt	6 792
Alheim	4 748	Kehna	61	Waldeck, Stadt	6 082
Bebra, Stadt	15 635	Kirchhain, Stadt	12 467	Wildungen, Bad, Stadt	15 511
Breitenbach a. Herzberg	2 075	Kirchvers	693	Willingen	3 219
Cornberg	2 009	Lahnfels	2 084	Züschon, Stadt	888
Friedewald	2 633	Lahntal	2 657		
Hauneck	2 995	Leidenhofen	667	Landkreis Witzenhausen	50 473
Haunetal	3 299	Lohra	3 018	Albshausen	76
Heringen	10 379	Marbach	3 653	Berlepsch-Ellerode	82
Hersfeld, Bad, Stadt	28 950	Momberg	1 237	Blickershausen	267
Hohenroda	3 856	Münchhausen	1 240	Ellingerode	309
		Nesselbrunn	86		

Emschwerd	894	Trubenhäusen	524	Mengsberg	876
Friedrichsbrück	259	Uengsterode	476	Moischaid	402
Fürstenhagen	2 253	Velmeden	727	Neukirchen, Stadt	5 903
Gertenbach	963	Walburg	907	Oberaula	2 159
Großalmerode, Stadt	4 800	Witzenhausen, Stadt	11 763	Olberode	384
Hausen	328	Ziegenhagen	497	Ottrau	2 597
Hess. Lichtenau, Stadt	8 382			Ransbach	32
Hollstein	149			Röllshausen	1 153
Hopfelde	335	Landkreis Ziegenhain	51 299	Salmshausen	76
Hubenrode	178	Antrefftal	2 453	Schönstein	184
Kammerbach	399	Friedigerode	357	Schrecksbach	2 045
Kleinalmerode	948	Frielendorf	3 091	Schwalmstadt, Stadt	18 294
Küchen	288	Gilserberg	2 295	Schwarzenborn, Stadt	1 263
Laudenbach	1 296	Grenzebach	1 648	Sebbeterode	417
Neu-Eichenberg	1 910	Großropperhausen	858	Seigertshausen	742
Quentel	567	Ibra	197	Spieskappel	682
Rommerode	1 406	Leimbach	43	Steina	429
Roßbach	774	Loshäusen	903	Wahlshausen	353
Sooden-Allendorf, Bad, Stadt	8 716			Wasenberg	1 463

1036

Der Hessische Minister der Justiz

Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes (JSAO) vom 25. Juli 1972

Auf Grund des § 17 Abs. 2 des Hessischen Beamtengesetzes (HBG) in der Fassung vom 16. Februar 1970 (GVBl. I S. 110), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. März 1972 (GVBl. I S. 71), und des § 27 der Hessischen Laufbahnverordnung (HLVO) in der Fassung vom 16. Dezember 1971 (GVBl. I S. 317) wird im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes und der Landespersonalkommission folgende Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes erlassen:

I. Auswahl und Einstellung

§ 1 Kreis der Bewerber

(1) In den Vorbereitungsdienst für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes können Bewerber eingestellt werden, die

1. die Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis nach dem Hessischen Beamtengesetz erfüllen,
2. den erfolgreichen Besuch einer Hauptschule oder einen entsprechenden Bildungsstand nachweisen,
3. mindestens 16 und höchstens 35 Jahre alt sind.

(2) Abs. 1 Nr. 3 gilt nicht für Inhaber eines Eingliederungs- oder Zulassungsscheins.

(3) Angestellte oder Arbeiter, die sich mindestens drei Jahre im öffentlichen Dienst bewährt haben, sowie Schwerbeschädigte können bis zum 40. Lebensjahr in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden.

§ 2 Ausschreibung, Bewerbungsgesuche

(1) Der Minister der Justiz setzt die Zahl der Bewerber fest, die in den Vorbereitungsdienst eingestellt werden sollen. Der Präsident des Oberlandesgerichts schreibt die Stellen aus.

(2) Die Bewerbung ist an den Präsidenten des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main zu richten. Ihr sind beizufügen:

1. ein handgeschriebener Lebenslauf,
2. das Schulabgangszeugnis oder das letzte Schulzeugnis,
3. Zeugnisse über Beschäftigungen seit der Schulentlassung,
4. eine Erklärung darüber, ob und ggf. welche Schulden der Bewerber hat,
5. eine Erklärung darüber, ob gegen den Bewerber wegen eines Verbrechens oder ein gerichtliches Strafverfahren oder ein staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren anhängig ist,
6. die Einverständniserklärung der gesetzlichen Vertreter, wenn der Bewerber minderjährig ist.

Bewerber, deren Einstellung in Aussicht genommen ist, haben auf Anforderung ferner vorzulegen:

7. die Geburtsurkunde,
8. ein amtsärztliches Gesundheitszeugnis.

Soweit die erforderlichen Nachweise in den Personalakten enthalten sind, kann auf sie Bezug genommen werden.

(3) Bewerber, die sich bereits im Justizdienst befinden, reichen ihr Gesuch auf dem Dienstweg bei dem Präsidenten des Oberlandesgerichts ein. Der Leiter der Beschäftigungsbehörde hat sich eingehend über die Allgemeinbildung, die bisherigen Leistungen, die Eignung und die Führung des Bewerbers zu äußern.

§ 3 Auswahl

(1) Die Bewerber werden nach dem Ergebnis einer Eignungsprüfung ausgewählt. Über die Einstellung in den Vorbereitungsdienst entscheidet der Präsident des Oberlandesgerichts.

(2) Bewerber nach § 2 Abs. 3, die sich mindestens ein Jahr im Justizdienst bewährt haben, sowie Aufstiegsbeamte können von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts von der Eignungsprüfung befreit werden.

II. Ausbildung

1. Praktikum

§ 4 Dauer des Praktikums, Rechtsstellung des Praktikanten

(1) Bewerber, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können zu einem Praktikum (§ 23 a HBG) von bis zu zweijähriger Dauer zugelassen werden.

(2) Während der Dauer des Praktikums führt der Bewerber die Dienstbezeichnung Justizpraktikant.

(3) Die Praktikanten erhalten während des Praktikums eine Unterhaltsbeihilfe nach den hierfür geltenden Bestimmungen.

(4) Über die Zulassung zum Praktikum und die Dauer des Praktikums entscheidet der Präsident des Oberlandesgerichts.

§ 5 Praktische und theoretische Ausbildung

(1) Der Praktikant ist nach einem von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts aufzustellenden Ausbildungsplan in die Aufgaben und den Aufbau der Gerichte und Staatsanwaltschaften einzuführen. Durch die Erledigung geeigneter Arbeiten soll er die Aufgabengebiete des mittleren Justizdienstes kennenlernen.

(2) Der Praktikant nimmt an den Lehrveranstaltungen teil, die der Präsident des Oberlandesgerichts für Praktikanten bestimmt.

§ 6 Beschäftigungsnachweis, Befähigungsberichte

(1) Der Praktikant führt einen Beschäftigungsnachweis nach dem Muster der Anlage 1, der monatlich dem ausbildenden Beamten sowie in angemessenen Abständen dem Leiter der Ausbildungsbehörde oder dem von ihm bestimmten Beamten vorzulegen ist.

(2) Von jeder Ausbildungsstelle ist dem Leiter der Ausbildungsbehörde oder dem von ihm bestimmten Beamten am Ende des Ausbildungsabschnitts ein Befähigungsbericht nach dem Muster der Anlage 2 vorzulegen.

(3) Zwei Monate vor Abschluß des Praktikums berichtet der Leiter der Ausbildungsbehörde dem Präsidenten des Oberlandesgerichts unter Beifügung des Beschäftigungsnachweises (Anlage 1), der Befähigungsberichte (Anlage 2) und der Personalakten, ob der Praktikant für den Vorbereitungsdienst geeignet erscheint.

(4) Die Beurteilungen nach Abs. 2 und 3 sind dem Praktikanten zur Kenntnis zu bringen.

§ 7 Ende des Praktikums

(1) Das Praktikum endet mit der Berufung des Praktikanten in das Beamtenverhältnis auf Widerruf oder durch Entlassung.

(2) Der Präsident des Oberlandesgerichts kann das Praktikum um höchstens ein Jahr verlängern, wenn dies aus besonderem Grund angebracht erscheint.

2. Vorbereitungsdienst

§ 8 Ernennung, Bezüge

(1) Die Bewerber werden zum Justizsekretäranwärter ernannt und in das Beamtenverhältnis auf Widerruf berufen.

(2) Die Anwärter erhalten während des Vorbereitungsdienstes einen Unterhaltszuschuß nach den hierfür geltenden Bestimmungen.

§ 9 Ziel und Grundsätze der Ausbildung

(1) Ziel der Ausbildung ist es, für den mittleren Justizdienst Beamte heranzubilden, die die erforderlichen allgemeinen und fachlichen Kenntnisse besitzen und sich ihren Aufgaben im Sinne der freiheitlich demokratischen Grundordnung verpflichtet fühlen.

(2) Die Ausbildung für den mittleren Justizdienst ist eine praxisbezogene Fachausbildung. Im Vorbereitungsdienst ist der Anwärter so zu fördern, daß er nach bestandener Prüfung den Aufgaben des mittleren Justizdienstes gewachsen ist. Er ist in allen anfallenden Geschäften zu unterweisen.

§ 10 Dauer und Gliederung des Vorbereitungsdienstes

(1) Der Vorbereitungsdienst dauert zwei Jahre.

(2) Er gliedert sich in:

1. die Einführung in die amtsgerichtliche Tätigkeit, Dauer: 6 Monate (Ausbildungsabschnitt I);
2. einen Fachlehrgang bei einem Verwaltungsseminar des Hessischen Verwaltungsschulverbandes, Dauer: 4 Monate (Ausbildungsabschnitt II);
3. die praktische Ausbildung
 - a) bei einem Amtsgericht, Dauer: 10 Monate (Ausbildungsabschnitt III);
 - b) bei einem Landgericht, Dauer: 2 Monate (Ausbildungsabschnitt IV);
 - c) bei einer Staatsanwaltschaft bei einem Landgericht, Dauer: 2 Monate (Ausbildungsabschnitt V).

(3) Der Präsident des Oberlandesgerichts kann die zeitliche Einordnung der Ausbildungsabschnitte anderweitig bestimmen und in Einzelfällen aus wichtigem Grund die Dauer der Ausbildungsabschnitte I, III, IV und V abweichend festsetzen.

(4) Über eine Verlängerung des Vorbereitungsdienstes (§ 8 Absatz 3 Satz 1 HLVO) und über eine Anrechnung von Vordienzeiten (§ 8 Abs. 4 HLVO) entscheidet der Präsident des Oberlandesgerichts.

§ 11 Ausbildungsbehörden, Ausbildungsleiter

(1) Der Präsident des Oberlandesgerichts regelt und überwacht die Ausbildung. Er bestimmt das Gericht und — im Einvernehmen mit dem Leiter der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht — die Staatsanwaltschaft, bei denen der Anwärter ausgebildet wird (Ausbildungsbehörde).

(2) Der Leiter der Ausbildungsbehörde ist für die Ausbildung des Anwärters verantwortlich. Er bestimmt unter Beachtung des von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts aufgestellten Ausbildungsplans die Reihenfolge und die Dauer der Ausbildungsstationen des Anwärters innerhalb der Behörde. Mit der Ausbildung sind Beamte zu betrauen, die nach ihrer Persönlichkeit hierzu geeignet sind und über die nötigen fachlichen Kenntnisse und das erforderliche pädagogische Geschick verfügen.

§ 12 Praktische Ausbildung

(1) Im Ausbildungsabschnitt I wird der Anwärter in der Geschäftsstelle in die Aufgaben des Amtsgerichts, die Dienstobliegenheiten des mittleren Justizdienstes und den Geschäftsgang eingeführt. Die Ausbildung soll sich auf die Sachgebiete

1. Strafprozeß,
2. Zivilprozeß einschließlich Mobiliar-Zwangsvollstreckung,
3. Grundbuchsachen,
4. Vormundschaftssachen,
5. Nachlaßsachen,
6. Registersachen

erstrecken und sicherstellen, daß der Anwärter einen Einblick in die Tätigkeit des mittleren Justizdienstes einschließlich der Grundzüge der Kostenberechnung gewinnt und das erforderliche Maß an praktischer Anschauung zum Verständnis des im Ausbildungsabschnitt II vorgesehenen Lehrstoffes erhält.

(2) Die Ausbildung in den Abschnitten III, IV und V soll den Anwärter dazu führen, die in der bisherigen praktischen und theoretischen Ausbildung erworbenen Kenntnisse in der Praxis anzuwenden und zu vertiefen. Der Präsident des Oberlandesgerichts bestimmt im Rahmen des § 10 Abs. 2 Nr. 3 die Sachgebiete, in denen der Anwärter ausgebildet wird, und die Dauer der hierauf zu verwendenden Zeitabschnitte. In der Regel soll der Anwärter vornehmlich folgenden Stationen zugewiesen werden:

1. bei dem Amtsgericht (Ausbildungsabschnitt III)
 - a) der Geschäftsstelle in Strafprozefsachen, Zivilprozeß- einschließlich Mobiliarzwangsvollstreckungssachen, Konkurs-, Vergleichs-, Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungssachen, Grundbuchsachen, Vormundschaftssachen, Nachlaßsachen, Registersachen,
 - b) der Gerichtskasse,
 - c) dem Kosten- und Anweisungsbeamten;
2. bei dem Landgericht (Ausbildungsabschnitt IV)
 - a) der Geschäftsstelle der Zivil- und Strafkammern,
 - b) dem Kosten- und Anweisungsbeamten;
3. bei der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht (Ausbildungsabschnitt V)
 - a) dem Zentralregister und dem Erziehungsregister,
 - b) der Asservatenverwaltung,
 - c) der Geschäftsstelle,
 - d) dem Kostenbeamten.

(3) Der Anwärter darf mit einfacheren, regelmäßig wiederkehrenden Arbeiten nur insoweit beschäftigt werden, als dies seiner Ausbildung dient.

(4) Auf die Ausbildung im Kosten- und Kassenwesen sowie in den Aufgaben des Geschäftsstellenbeamten und des Urkundensbeamten der Geschäftsstelle, insbesondere der Protokollführung, ist besonderer Wert zu legen.

(5) Der Anwärter hat, nachdem er zuvor Nebenprotokoll geführt hat, während der Ausbildungsabschnitte III, IV und V mehrmals in mündlichen Verhandlungen in Zivilprozeßverfahren und Hauptverhandlungen in Strafverfahren Protokoll zu führen. Der Vorsitzende äußert sich in einem Zeugnis über den Zeitpunkt der Beendigung der Sitzung und der Ablieferung der Protokolle sowie darüber, ob die Protokolle das Wesentliche enthalten oder erhebliche Mängel aufweisen.

(6) Bis zum Ende des Ausbildungsabschnitts III muß der Anwärter ausreichende Fertigkeiten im Maschinenschreiben und in der Kurzschrift nachweisen.

(7) Während der Ausbildungsabschnitte III, IV und V können Anwärter, die in der Ausbildung genügend fortgeschritten sind, bis zur Dauer von insgesamt sechs Wochen mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Beamten des mittleren Justizdienstes in eigener Verantwortung beauftragt werden. Die Entscheidung trifft der Präsident des Oberlandesgerichts.

§ 13 Fachlehrgang

(1) In dem Lehrgang bei einem Verwaltungsseminar des Hessischen Verwaltungsschulverbandes (Ausbildungsabschnitt II) wird dem Anwärter neben der staats- und verwaltungskundlichen Ausbildung das Fachwissen vermittelt, das zur Erfüllung der Berufsaufgaben des mittleren Justizdienstes notwendig ist.

(2) Der Lehr- und Stoffplan für den Lehrgang wird von dem Minister der Justiz im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes und dem Hessischen Verwaltungsschulverband aufgestellt.

(3) Während des Lehrgangs fertigt der Anwärter schriftliche Arbeiten unter Aufsicht an. Die Arbeiten sind zu bewerten und mit dem Anwärter zu besprechen.

(4) Nach Beendigung des Lehrgangs bildet die Dozentenkonferenz auf Grund der in dem Lehrgang gezeigten schriftlichen und mündlichen Leistungen eine Erfahrungsnote. Die Beurteilungen mit der Erfahrungsnote und die schriftlichen Arbeiten werden dem Präsidenten des Oberlandesgerichts übersandt.

§ 14 Begleitunterricht

(1) Die praktische Ausbildung wird durch Unterricht und Übungen ergänzt, die in Kursen bei den von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts bestimmten Landgerichten durchgeführt werden.

(2) Den Lehr- und Stoffplan erstellt der Präsident des Oberlandesgerichts.

§ 15 Beurteilung, Bewertung der Leistungen

(1) Jeder Ausbilder hat sich nach Beendigung der Ausbildung in einem Befähigungsbericht nach dem Muster der Anlage 2 über die Kenntnisse, Fähigkeiten und Leistungen sowie die Führung des Anwärters zu äußern. Die Beurteilungen sind dem Leiter der Ausbildungsbehörde vorzulegen.

(2) Am Ende der Ausbildung in den Abschnitten I, III, IV und V erstattet der Leiter der Ausbildungsbehörde einen Befähigungsbericht nach dem Muster der Anlage 2 und legt ihn mit den Beurteilungen der Ausbilder dem Präsidenten des Oberlandesgerichts vor.

(3) Für die Bewertung der Leistungen im Vorbereitungsdienst und in der Prüfung gilt § 10 Abs. 3 HLVO.

(4) Alle Beurteilungen sind dem Anwärter in ihrem vollen Wortlaut zu eröffnen und auf Wunsch mit ihm zu besprechen. Die Eröffnung ist aktenkundig zu machen und mit der Beurteilung zu den Personalakten zu nehmen.

3. Aufstiegsbeamte

§ 16 Zulassung zum Aufstieg, Einführungszeit

(1) der Präsident des Oberlandesgerichts kann Beamte des einfachen Justizdienstes, die die Voraussetzungen des § 14 Abs. 1 HLVO erfüllen, zur Ausbildung für den mittleren Justizdienst (Einführungszeit) zulassen.

(2) Die Einführungszeit dauert zwei Jahre. Sie kann insoweit gekürzt werden, als die Beamten während ihrer bisherigen Tätigkeit schon hinreichend Kenntnisse, wie sie für die neue Laufbahn gefordert werden, erworben haben. Für die Aufstiegsbeamten gelten, soweit nichts anderes bestimmt ist, die Vorschriften über den Vorbereitungsdienst und die Prüfung der Justizsekretäranwärter.

(3) Während der Einführungszeit verbleiben die Beamten in ihrer bisherigen Rechtsstellung.

§ 17 Beamte des Justizvollziehungsdienstes

Auf Beamte des Justizvollziehungsdienstes, die in die Laufbahn des mittleren Justizdienstes übertreten wollen, sind die für die Aufstiegsbeamten geltenden Bestimmungen entsprechend anzuwenden.

III. Prüfung für den mittleren Justizdienst

§ 18 Zeitpunkt und Einteilung der Prüfung

(1) Die Prüfung für den mittleren Justizdienst wird in unmittelbarem Anschluß an den Vorbereitungsdienst abgelegt. Sie besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Der schriftliche Teil geht dem mündlichen voran.

(2) Der Präsident des Oberlandesgerichts bestimmt im Einvernehmen mit den Vorsitzenden der Prüfungsausschüsse die Prüfungstermine.

§ 19 Prüfungsausschuß

(1) Zur Abnahme der Prüfung werden bei dem Präsidenten des Oberlandesgerichts Prüfungsausschüsse gebildet.

(2) Jedem Prüfungsausschuß gehören an:

1. ein Richter oder ein Beamter, der die Befähigung zum Richteramt besitzt, als Vorsitzender,
2. ein Beamter, der die Befähigung für die Rechtspflegerlaufbahn besitzt,
3. ein Beamter des mittleren Justizdienstes,
4. ein Vertreter der Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften, der Beamter des mittleren, gehobenen oder höheren Justizdienstes in Hessen sein muß.

(3) Der Minister der Justiz bestellt im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes den Vorsitzenden und die Mitglieder der Prüfungsausschüsse sowie die stellvertretenden Vorsitzenden und Mitglieder auf die Dauer von vier Jahren. Der Vertreter der Gewerkschaften wird von den für das Land Hessen zuständigen Spitzenorganisationen der in Betracht kommenden Gewerkschaften vorgeschlagen.

(4) Der Präsident des Oberlandesgerichts bildet aus dem Kreis der bestellten Vorsitzenden und Mitglieder sowie deren Stellvertretern die erforderliche Zahl von Prüfungsausschüssen.

(5) In ihren Prüfungsentscheidungen sind die Prüfer unabhängig.

(6) Der Prüfungsausschuß entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 20 Prüfungsgebiete

In der Prüfung soll der Anwärter nachweisen, daß er das Ausbildungsziel erreicht hat. In diesem Rahmen werden verlangt:

1. Gründliche Kenntnisse
 - a) im Registraturwesen, in der Aktenführung und in den Bestimmungen über den Geschäftsgang,
 - b) im Kostenrecht einschließlich des Rechts der Entschädigung der Zeugen und Sachverständigen,
 - c) im Kassenwesen,
 - d) in der Protokollführung,
 - e) des Zustellungs- und Ladungswesens;
2. Kenntnis der Grundzüge
 - a) des bürgerlichen Rechts und des Handelsrechts,

- b) der Kernbereiche der freiwilligen Gerichtsbarkeit, insbesondere des Grundbuchwesens, des Vormundchaftswesens, des Nachlaßwesens und des Registerwesens,
 - c) des Zivilprozeßrechts einschließlich des Rechts der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen und des Konkursrechts,
 - d) des Strafprozeßrechts;
3. Grundkenntnisse auf den Gebieten
- a) des Staats- und Verwaltungsrechts,
 - b) des Gerichtsverfassungsrechts,
 - c) des Strafrechts und der Strafvollstreckung,
 - d) des Gesellschaftsrechts,
 - e) der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen und des Vergleichsrechts,
 - f) der Justizverwaltung.

§ 21 Schriftliche Prüfung

(1) In der schriftlichen Prüfung hat der Anwärter an drei Tagen unter Aufsicht sechs Arbeiten anzufertigen. Die Dauer der Bearbeitung der Aufgaben an einem Tag soll 5 Stunden nicht übersteigen.

(2) Die Prüfungsaufgaben sind den in § 20 aufgeführten Prüfungsgebieten zu entnehmen; sie werden von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts auf Vorschlag des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses gestellt.

(3) Dem Anwärter werden die zur Bearbeitung erforderlichen Hilfsmittel, die der Präsident des Oberlandesgerichts bestimmt, zur Verfügung gestellt. Die Benutzung anderer Hilfsmittel ist unzulässig.

(4) Die Aufsicht bei der Anfertigung der Arbeiten führt ein Beamter des gehobenen oder mittleren Justizdienstes, der von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts bestimmt wird.

(5) Der Anwärter versieht jede Arbeit an Stelle des Namens mit einer ihm zugeteilten Kennziffer, die bei jeder Prüfungsarbeit wechselt. Er hat die Arbeit spätestens bis zum Ablauf der Bearbeitungsfrist mit seiner Kennziffer zu versehen und ohne auf seine Person deutende besondere Kennzeichen an den Aufsichtsführenden abzuliefern. Beizufügen sind alle Entwürfe und Arbeitsbogen einschließlich der Nebenrechnungen.

(6) Der aufsichtführende Beamte fertigt eine Niederschrift an und vermerkt jede Unregelmäßigkeit. Er bezeichnet auf jeder Arbeit den Zeitpunkt der Ablieferung und übersendet die Arbeiten in einem versiegelten Umschlag dem von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmten Mitglied.

§ 22 Bewertung der schriftlichen Prüfungsarbeiten

(1) Jede Prüfungsarbeit ist von zwei Mitgliedern des Prüfungsausschusses unabhängig voneinander zu bewerten; Prüfer und Reihenfolge der Bewertung werden von dem Vorsitzenden bestimmt. Die Prüfungsarbeit ist bei abweichenden Beurteilungen mit dem Mittel, das sich aus den beiden Noten ergibt, zu bewerten. Weichen die Beurteilungen um mehr als eine ganze Note voneinander ab, so setzt der Prüfungsausschuß die endgültige Bewertungsnote fest.

(2) Vor der endgültigen Bewertung dürfen den Prüfern die Namen der Anwärter nicht bekanntgegeben werden.

(3) Nach der endgültigen Bewertung werden die Prüfungsarbeiten und Bewertungen allen Mitgliedern des Prüfungsausschusses zur Einsichtnahme vorgelegt.

(4) Dem Anwärter werden die Bewertungen der schriftlichen Prüfungsarbeiten mit der Ladung zur mündlichen Prüfung bekanntgegeben. Auf Antrag des Anwärters wird von der Bekanntgabe abgesehen. Der Antrag ist innerhalb einer Woche nach der Anfertigung der letzten schriftlichen Prüfungsarbeit bei dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen.

§ 23 Ausschluß von der mündlichen Prüfung

Der Anwärter, von dessen schriftlichen Prüfungsarbeiten mindestens fünf mit „mangelhaft“ oder „ungenügend“ bewertet worden sind, ist von der mündlichen Prüfung ausgeschlossen und hat die Prüfung nicht bestanden.

§ 24 Mündliche Prüfung

(1) In der mündlichen Prüfung sind in der Regel nicht mehr als sechs Anwärter gleichzeitig zu prüfen. Die Prüfungszeit soll für jede Prüfungsgruppe vier Stunden nicht überschreiten. Sie ist durch eine angemessene Pause zu unterbrechen.

(2) Vor der mündlichen Prüfung soll der Vorsitzende des Prüfungsausschusses mit jedem einzelnen Anwärter Rücksprache nehmen, um ein Bild von dessen Persönlichkeit zu gewinnen. Der Vorsitzende berichtet dem Prüfungsausschuß über den Werdegang des Anwärters und seine Leistungen im Vorbereitungsdienst.

(3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses hat darauf zu achten, daß die Anwärter unter Beachtung des § 20 befragt werden. Neben der Beantwortung von Fragen soll den Anwärtern durch kleine Referate oder Rundgespräche die Möglichkeit gegeben werden, eigene Gedanken vorzutragen.

(4) Der Minister der Justiz und der Direktor des Landespersonalamtes können Vertreter zu der Prüfung entsenden. Diese Vertreter nehmen nicht an der Beratung teil.

(5) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses kann Anwärtern für die Laufbahn des mittleren Dienstes, die noch nicht unmittelbar zur Prüfung heranstehen, und sonstigen Personen, die ein berechtigtes Interesse haben, die Anwesenheit bei der mündlichen Prüfung gestatten, sofern kein Prüfling widerspricht.

§ 25 Bewertung der Prüfungsleistungen, Abschlußnote

(1) Der Prüfungsausschuß beschließt im Anschluß an die mündliche Prüfung in geheimer Sitzung über das Ergebnis der mündlichen Prüfung und der Prüfung insgesamt. Dabei ist für die mündliche Prüfung eine Note zu bilden.

(2) Die Abschlußnote der Prüfung ist aus der Erfahrungsnote (§ 13 Abs. 4), der aus den Einzelnoten der schriftlichen Prüfungsarbeiten zu bildenden Durchschnittsnote und der Note der mündlichen Prüfung zu bilden. Sie wird in der Weise ermittelt, daß

die Erfahrungsnote mit zwei,

die Durchschnittsnote der schriftlichen Prüfungsarbeiten mit fünf,

die Note für die mündliche Prüfung mit drei

multipliziert werden und die hieraus gebildete Summe durch zehn geteilt wird. Die Durchschnittsnote und die Abschlußnote werden bis auf die zweite Dezimalstelle errechnet; die dritte Dezimalstelle wird nicht berücksichtigt.

(3) Die Prüfung ist für bestanden zu erklären mit der Abschlußnote

sehr gut bei einem Zahlenwert der Abschlußnote bis 1,60

gut bei einem Zahlenwert der Abschlußnote von 1,61 bis 2,50

befriedigend bei einem Zahlenwert der Abschlußnote von 2,51 bis 3,50

ausreichend bei einem Zahlenwert der Abschlußnote von 3,51 bis 4,20.

(4) Die Prüfung ist nicht bestanden, wenn der Zahlenwert der Abschlußnote höher als 4,20 ist.

(5) Die Abschlußnote und die ihr zugrunde liegenden Noten sind dem Anwärter nach der Prüfung bekanntzugeben. Auf schriftlichen Antrag, der innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses an den Präsidenten des Oberlandesgerichts zu richten ist, ist dem Anwärter Einsicht in seine Prüfungsarbeiten einschließlich der Beurteilungen zu gewähren.

(6) Der Prüfungsausschuß erklärt die Prüfung für nicht bestanden, wenn der Anwärter

1. ohne triftigen Grund der schriftlichen oder mündlichen Prüfung fernbleibt oder Prüfungsstücke unterbricht,

2. ohne Genehmigung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses von der Prüfung zurücktritt.

§ 26 Prüfungszeugnis, Prüfungsniederschrift

(1) Der Präsident des Oberlandesgerichts erteilt dem Anwärter über die bestandene Prüfung ein Prüfungszeugnis mit der erzielten Abschlußnote.

(2) Ist die Prüfung nicht bestanden oder für nicht bestanden erklärt worden, so erhält der Anwärter vom Präsidenten des Oberlandesgerichts einen mit Rechtsmittelbelehrung versehenen schriftlichen Bescheid.

(3) Über den Verlauf und das Ergebnis der Prüfung ist eine Niederschrift anzufertigen und zu den Prüfungsakten zu nehmen.

Die Niederschrift enthält:

1. Angaben über Art, Tag und Dauer der Prüfung,
2. die Namen der Mitglieder des Prüfungsausschusses,
3. die Namen der Prüfungsteilnehmer,
4. die Namen der sonstigen Anwesenden,
5. den Prüfungsstoff,
6. die vollständigen Notenlisten aller Teilnehmer.

§ 27 Verstöße gegen die Prüfungsordnung

Versucht ein Anwärter, das Ergebnis der Prüfung durch Täuschung zu beeinflussen, so entscheidet der Prüfungsausschuß, ob — je nach Schwere der Verfehlung — die Prüfung für nicht bestanden zu erklären ist oder ob einzelne Prüfungsleistungen mit „ungenügend“ zu bewerten sind.

§ 28 Erkrankung, Versäumnis

(1) Ist der Anwärter durch Krankheit oder aus sonstigen von ihm nicht zu vertretenden Gründen an der Ablegung der Prüfung oder einzelner Prüfungsabschnitte verhindert, so hat er dies unverzüglich nachzuweisen. In Krankheitsfällen ist ein ärztliches Zeugnis — auf Verlangen das eines Amtsarztes — vorzulegen.

(2) Eine aus triftigem Grund abgebrochene oder nicht angetretene schriftliche oder mündliche Prüfung gilt als nicht abgelegt; sie ist an einem von dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu bestimmenden Termin nachzuholen. Der Prüfungsausschuß entscheidet, ob und in welchem Umfang bereits abgelieferte schriftliche Prüfungsarbeiten anzurechnen sind.

§ 29 Wiederholung der Prüfung

(1) Hat der Anwärter die Prüfung für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes nicht bestanden oder ist sie für nicht bestanden erklärt worden, so verbleibt er im Vorbereitungsdienst. Er kann die Prüfung frühestens nach sechs Monaten einmal wiederholen. Der Prüfungsausschuß setzt fest, wann der Anwärter zur Wiederholung der Prüfung zugelassen werden kann. Der Präsident des Oberlandesgerichts bestimmt, welche Ausbildungsabschnitte während dieser Zeit zu wiederholen sind.

(2) Besteht der Anwärter die Wiederholungsprüfung nicht, so ist er aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen.

(3) Für die Aufstiegsbeamten nach § 16 gilt Abs. 1 entsprechend. Beamte, die die Laufbahnprüfung für den mittleren Justizdienst nach Wiederholung nicht bestehen, treten in ihr früheres Beschäftigungsverhältnis zurück.

IV. Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 30 Übergangsvorschriften

(1) § 10 gilt nur für Anwärter, die den Vorbereitungsdienst nach dem 23. Dezember 1971 begonnen haben (Art. 1 Nr. 10 i. V. m. Art. 4 der VO v. 16. 12. 1971 — GVBl. I S. 313).

(2) Anwärter, die den Vorbereitungsdienst vor dem 24. Dezember 1971 begonnen haben, werden nach den bisherigen Vorschriften ausgebildet und geprüft.

(3) Für die Aufstiegsbeamten gelten Abs. 1 und 2 entsprechend.

§ 31 Aufhebung von Vorschriften

Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des mittleren Justizdienstes vom 22. Juni 1966 (JMBl. S. 202 = StAnz. S. 914) wird aufgehoben; § 30 bleibt unberührt.

§ 32 Inkrafttreten

Diese Ausbildungs- und Prüfungsordnung tritt am 1. August 1972 in Kraft.

Wiesbaden, 25. 7. 1972

Der Hessische Minister der Justiz
SH 2326 — I 3 — 304/72
gez. Hemfler

StAnz. 33/1972 S. 1428

Anlage 1
(zu § 6 Abs. 1)

Beschäftigungsnachweis

des Justizpraktikanten

Ausbildungsgericht behörde	von bis	Darstellung der Beschäftigung	Sicht- vermerk

Anlage 2
(zu § 6 Abs. 2, § 15 Abs. 1, 2)

(Ausbildungsbehörde, Ausbildungsgericht)

Befähigungsbericht

für d..... Justizsekretäranwärter
— Justizpraktikant —

für die Zeit der Ausbildung bei
vom bis

Dienstversäumnis (Krankheit, Urlaub, sonstige Gründe)
vom bis Grund

D..... Justizsekretäranwärter — Justizpraktikant —
wurde in folgenden Arbeitsgebieten ausgebildet:

1. Leistungsbild
 - a) Auffassungsgabe
 - b) Urteilsfähigkeit
 - c) Ausdrucksfähigkeit, mündlich
 - d) Ausdrucksfähigkeit, schriftlich
 - e) Organisationsfähigkeit
 - f) Initiative
 - g) Arbeitssorgfalt
 - h) Arbeitstempo
 - i) Umfang der Fachkenntnisse
 - k) Berufliches Interesse
 - l) Allgemeines Bildungsstreben
2. Persönlichkeitsbild
 - a) Pflichtbewußtsein
 - b) Bereitschaft zur Verantwortung
 - c) Führung, dienstlich
 - d) Führung, außerdienstlich
3. Ist das Ziel des Ausbildungsabschnitts — der Ausbildung — erreicht?
Falls nein, Angabe der Gründe und Mängel.
Es bestehen noch folgende Lücken in der Ausbildung:
4. Besondere Umstände, die bei der Gesamtbeurteilung zu berücksichtigen sind:
5. Zusammenfassendes Urteil
(ggf. besondere Befähigung oder Mängel, bemerkenswerte Wesenseigenschaften):

(Unterschrift, Dienststellung)

1037

Der Hessische Kultusminister

Diplomprüfungsordnung für Physik der Justus Liebig-Universität Gießen in der Fassung vom 7. 8. 1942

Gemäß § 36 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Hessen (GVBl. I 1970 S. 315 ff.) habe ich, um den praktischen Bedürfnissen gerecht zu werden, mit Erlaß vom 15. 5. 1972 (ABl. S. 626) folgende vorläufige Änderung der Prüfungsordnung vom 7. 8. 1942 genehmigt:

1. In Abschnitt II § 5 wird der letzte Satz gestrichen.
2. In Abschnitt III § 2 wird nach dem ersten Absatz eingefügt:

„Auf Wunsch des Kandidaten kann die mündliche Prüfung in zwei Teilen abgelegt werden, und zwar so, daß alle Fächer vor dem Beginn der Diplomarbeit geprüft werden können, bis auf das Fach, in dem die Diplomarbeit angefertigt wird.“

Wiesbaden, 6. 6. 1972

Der Hessische Kultusminister
V A 5 — 424/604 — 3
St.Anz. 33/1972 S. 1433

1038

Diplom-Prüfungsordnung der Technischen Hochschule Darmstadt (Fassung vom Mai 1971 — ABl. S. 605 = St.Anz. S. 1204)

Gemäß § 36 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Hessen (GVBl. I 1970 S. 315 ff.) habe ich mit Erlaß vom 12. 5. 1972 (ABl. S. 624) eine Änderung der Besonderen Ausführungsbestimmungen der Fachrichtung Architektur zur Diplom-Vorprüfung Teil (B) der Diplom-Prüfungsordnung genehmigt. Nachstehend wird die Neufassung bekanntgegeben.

Wiesbaden, 20. 6. 1972

Der Hessische Kultusminister
V A 3.1 — 424/700 — 173
St.Anz. 33/1972 S. 1433

*

(B) Besondere Ausführungsbestimmungen des Fachbereichs — Architektur —**Diplomvorprüfung****zu § 8 Nachweise bei der Meldung zur Prüfung**

Der Meldung zum letzten Abschnitt der Vorprüfung ist der Nachweis über eine fünfmonatige praktische Tätigkeit gemäß der Praktikantenordnung des Fachbereichs beizufügen.

zu § 9 Meldefristen; Prüfung in Abschnitten

Studien- und Prüfungsleistungen der Diplomvorprüfung sollen bis zum Beginn des 6. Semesters erbracht werden. Die Vorprüfung als Ganzes und — auf Antrag des Studenten — die Prüfung in einzelnen Fächern kann in zwei Abschnitte unterteilt werden, deren erster frühestens nach dem 3. Semester, deren letzter spätestens vor dem 6. Semester abgelegt werden soll. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung durch den Fachbereich. Die Prüfungsnote ist dann der Mittelwert der Noten der einzelnen Prüfungsabschnitte.

zu § 12 Studienleistungen

zur Diplomprüfung sind aus den folgenden Lehrbereichen des ersten Studienjahres anerkannte Studienleistungen nachzuweisen:

1. Projektarbeit in Planung und Entwurf
2. Konstruktion und Bautechnik
3. Gesellschafts- und naturwissenschaftliche Grundlagen
4. Gestaltung und Darstellung

zur Diplomvorprüfung sind außerdem anerkannte Studienleistungen des zweiten Studienjahres aus den gewählten Prüfungsfächern und den Projektarbeiten im Hochbau und Städtebau nachzuweisen. Studienleistungen aus dem

Lehrbereich 2 (Konstruktion und Bautechnik) werden durch konstruktive Projekte nachgewiesen (vgl. zu § 15).

In Baugeschichte und Kunstgeschichte müssen anerkannte Studienleistungen des ersten Studienjahres nachgewiesen werden.

zu § 15 Prüfungsfächer

sind in den Lehrbereichen

1. Planung und Entwurf wahlweise Hochbau oder Städtebau
2. Konstruktion und Bautechnik; Baukonstruktion, Statik, Haustechnik
3. Gesellschafts- und naturwissenschaftliche Grundlagen wahlweise Soziologie, Stadtbaugeschichte, Baugeschichte, Kunstgeschichte, Mathematik, Ökonomie, Recht
4. Gestaltung und Darstellung wahlweise Zeichnen und Malen, Plastisches Gestalten oder Konstruktive Geometrie

Bei den Wahlfächern aus den Lehrbereichen 1, 3 und 4 können an Stelle eines zweisemestrigen Faches auch zwei einsemestrige Fächer gewählt werden. Bei der Ermittlung des Gesamturteils geht die Mittelnote zweier einsemestriger Fächer wie die Note eines zweisemestrigen Prüfungsfaches ein. Auf Antrag kann der Fachbereich auch andere Fächer als Prüfungsfächer anerkennen, wenn ein Studium entsprechenden Umfangs nachgewiesen wird.

zu § 16 Prüfungsform

Die Prüfung im Fach Statik findet im Regelfall als Klausurprüfung über den gesamten Stoff des Fachgebietes statt. Ihr gehen Semester-Klausurprüfungen über Teilgebiete der einzelnen Fachsemester voraus, deren Ergebnisse bei der Note der Studienleistungen berücksichtigt werden. Bei erforderlichem Abschluß aller Semester-Klausurprüfungen kann die Gesamt-Klausurprüfung erlassen werden. Die Prüfungsnote ist dann die Mittelnote der Semester-Klausurprüfungen.

zu § 20 Gesamturteil bei bestandener Prüfung

Bei der Berechnung des Notendurchschnitts zur Feststellung des Gesamturteils geht die Mittelnote der beiden Projektarbeiten des zweiten Studienjahres mit einem Viertel, die Mittelnote der sechs Prüfungsfächer und der übrigen Studienleistungen mit drei Vierteln ein. Die Mittelnote jener Studienleistungen wird dabei wie die Note eines zweisemestrigen Prüfungsfaches gewertet.

Beschlossen in der Fachbereichskonferenz am 20. Januar 1972 und am 20. April 1972.

1039

Einziehung der Studentenschaftsbeiträge an den Fachhochschulen

Nach § 33 Abs. 2 des Hochschulgesetzes werden die vom Studentenparlament festgesetzten Studentenschaftsbeiträge „von der Kasse der Hochschule“ gebührenfrei eingezogen. Da die Fachhochschulen im Land Hessen keine eigenen Kassen eingerichtet haben, blieb die nähere Ausgestaltung des Einzugsverfahrens bislang den Studentenschaften überlassen.

Nunmehr hat sich der Hessische Finanzminister mit Schreiben vom 23. 6. 1972 damit einverstanden erklärt, daß die für die Fachhochschulen zuständigen Staatskassen in Darmstadt, Frankfurt a. M., Gießen und Wiesbaden mit der Einziehung der nach § 26 Abs. 4 des Hochschulgesetzes vorgeschriebenen Pflichtbeiträge zur Erfüllung der Aufgaben der Studentenschaft beauftragt werden. Wie mir der HMdF mitgeteilt hat, haben die genannten Staatskassen je eine Durchschrift des Schreibens vom 23. 6. 1972 erhalten.

Das Einzugsverfahren bitte ich entsprechend der Empfehlung des HMdF in seinem o. g. Schreiben ab sofort wie folgt durchzuführen:

Die Beiträge werden von der Staatskasse angenommen — und zwar möglichst unbar auf Grund der von der Fachhochschule ausgegebenen Zahlkarten — und bei den Verwahrungen gebucht. Nach Monatsluß teilt die Kasse der FHS unter Beifügung der Zahlkartenabschnitte und etwaiger sonstiger Einzahlungsbelege die Höhe der eingegangenen Beiträge mit. Die FHS erteilt eine Annahmeanordnung über den monatlich eingegangenen Betrag und gibt dabei die Zahlkartenabschnitte pp. an die Kasse zurück. Die Kontrolle wird von der FHS ausgeübt, die auch die Überweisung der Geldgänge auf ein von der Studentenschaft eingerichtetes Konto bei einem Geldinstitut veranlaßt.

Dieses Verfahren, das bei der Staatskasse Kassel für die Studentenschaftsbeiträge der Gesamthochschule Kassel bereits praktiziert wird, kann mit dem geringstmöglichen Arbeitsaufwand durchgeführt werden und ist daher als das zweckmäßigste anzusehen.

Dieser Erlaß wird in meinem Amtsblatt veröffentlicht

Wiesbaden, 20. 7. 1972

Der Hessische Kultusminister
V B 3 — 485/140 — 7
StAnz. 33/1972 S. 1433

1040

Der Hessische Sozialminister

Einziehung von Masern-Mischimpfstoffen

- Bezug: 1. Erlaß des MHfAVG vom 28. Januar 1966 (StAnz. S. 261)
2. Erlaß des Hess. Sozialministers vom 4. Februar 1972 (StAnz. S. 471)

Nachprüfungen gem. § 39 der o. a. Vorschriften haben ergeben, daß die

Masern-, Diphtherie-, Pertussis-, Tetanus-, Poliomyelitis-Impfstoffe

mit den Kontroll-Nrn.

5536 (fünftausendfünfhundertsechsdreißig)

und

5544 (fünftausendfünfhundertvierundvierzig)

aus der Behringwerke AG Marburg/Lahn

in ihrer Wirksamkeit nicht mehr den Anforderungen des § 34 entsprechen.

Die Impfstoffe werden daher gem. § 38 zum Einzug bestimmt.

Wiesbaden, 21. 7. 1972

Der Hessische Sozialminister
III A 6 a — 18 m 02 — 11
StAnz. 33/1972 S. 1434

1041

An die Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt — Kassel

Ärztliche Untersuchung von Ausländern vor Erteilung der Aufenthaltserlaubnis

1. Gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Ausländergesetzes vom 7. 7. 1967, Nr. 26 und 31 Buchst. 1 zu § 21 (GMBl. S. 231) haben sich Ausländer, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 21 Ausländergesetz vom 28. 4. 1965 (BGBl. I S. 353) vor der Einreise erhalten oder nach der Einreise beantragen, auf Aufforderung der Ausländerbehörden einer ärztlichen Untersuchung zu unterziehen.

Diese Untersuchung ist vom Gesundheitsamt, einem mit Einverständnis des Gesundheitsamtes benannten oder durch einen vom Gesundheitsamt beauftragten Arzt durchzuführen. Freipraktizierende Ärzte können für die ärztliche Untersuchung auf Antrag vom Gesundheitsamt, in dessen Bereich die Praxis liegt, zugelassen werden, wenn sie über

- eine Röntgeneinrichtung,
- eine Laboratoriumseinrichtung verfügen, in der bakteriologische Untersuchungen von Stuhl- und Urinproben sowie serologische Untersuchungen auf Lues durchgeführt werden können und
- sich verpflichten, nach Ziffer 2 zu verfahren und dem zuständigen Gesundheitsamt jeweils eine Durchschrift der Befunderhebung nach Anlage 1 und der Bescheinigung nach Anlage 2 unverzüglich zu übermitteln.

Das Gesundheitsamt übersendet der zuständigen Ausländerbehörde eine Liste der zugelassenen Ärzte und nachfolgend laufend etwaige Ergänzungen bzw. Berichtigungen.

2. Die ärztliche Untersuchung umfaßt:

- In jedem Fall eine Röntgenaufnahme der Atmungsorgane. Grundsätzlich abzulehnen sind Ausländer mit Tuberkulose aller Formen, die nicht offensichtlich ausgeheilt ist. Bei Ausländern aus EWG-Staaten ist Ablehnungsgrund nur eine Tuberkulose der Atmungsorgane (aktive Form), der Haut oder der übrigen Organe (siehe § 12 Abs. 6 Nr. 1 des Gesetzes über Einreise und Aufenthalt von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (AufenthG/EWG) vom 22. Juli 1969 (BGBl. I S. 927).
- Ebenso in jedem Fall eine serologische Untersuchung auf Lues und — nur bei Männern — eine Inspektion der äußeren Geschlechtsorgane (bei Ausfluß zusätzlich eine mikroskopische Untersuchung des Abstrichs) auf Gonorrhoe.
- Sofern Anhaltspunkte vorliegen, eine Untersuchung auf das Bestehen einer nach § 3 Abs. 1 und 2 BSeuchG meldepflichtigen Krankheit, einer Ausscheidung von Erregern im Sinne des § 3 Abs. 4 BSeuchG sowie von Suchtkrankheiten, schweren geistigen oder seelischen Störungen, Psychosen mit Erregungszuständen, Wahnvorstellungen oder Sinnestäuschungen mit Verwirrungszuständen.
- Bei Personen, die unter die Bestimmungen der §§ 17, 18 BSeuchG fallen, in jedem Fall eine Untersuchung auch auf die Feststellung einer etwaigen Ausscheidung von Erregern übertragbarer Darmkrankheiten.

Die Untersuchungsbefunde sind nach dem Muster der Anlage 1 zu erheben. Über das Ergebnis der Befunderhebung ist die zuständige Ausländerbehörde nach dem Muster der Anlage 2 unmittelbar zu unterrichten.

3. Für die Verständigung zwischen dem Arzt und dem zu untersuchenden Ausländer sind in Anlage 3 die wichtigsten Redewendungen in Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Griechisch, Portugiesisch, Serbokroatisch und Türkisch aufgeführt.

4. Die Kosten der Untersuchung hat der Ausländer zu tragen.

5. Erfährt das Gesundheitsamt außer bei Gelegenheit der ärztlichen Erst-Untersuchungen, daß ein Ausländer an einer der unter 2 aufgeführten Krankheiten, insbesondere an einer übertragbaren Krankheit leidet oder Ausscheider ist, hat es die erforderlichen Ermittlungen anzustellen und das Ergebnis unter Beachtung der ärztlichen Schweigepflicht in geeigneter Weise der zuständigen Ausländerbehörde mitzuteilen.

Die Erlasse des HMAVG vom 26. 10. 1962, 22. 7. 1963 und 14. 10. 1963 — 18 d 04 — (n. v.) sind durch die Erlaßbereinigung bereits zwischenzeitlich aufgehoben worden

Wiesbaden, 19. 7. 1972

Der Hessische Sozialminister
StS — III B 5 — 18 d 04
StAnz. 33/1972 S. 1434

Anlage 1

Ärztlicher Untersuchungsbefund zur Erlangung der Aufenthaltserlaubnis
(bleibt bei der untersuchenden Stelle)

I. Personalangaben

Name Vorname

Geboren in am

Ausgewiesen durch Reisepaß —

Personalausweis Nr. ausgestellt von

..... am

Aufenthalt während der letzten 3 Monate vor der Einreise

.....

Jetzige Anschrift

.....

II. Ärztlicher Befund

Befund der Atmungsorgane auf Grund einer Röntgenaufnahme:

Serologische Untersuchung auf Lues:

Sonstige wichtige Befunde:

.....

....., den

(Stempel)

(Unterschrift des Arztes)

Anlage 2

Ärztliche Bescheinigung zur Erlangung der Aufenthaltserlaubnis

Personalangaben

Name Vorname

Geboren in am

Ausgewiesen durch Reisepaß —

Personalausweis Nr. ausgestellt von

..... am

Jetzige Anschrift

.....

Die vorgenannte Person ist von mir heute zur Erlangung der Aufenthaltserlaubnis untersucht worden. Gegen die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis bestehen in gesundheitlicher Hinsicht keine Bedenken.

....., den

(Unterschrift des Arztes)

(Stempel)

Anlage 3

Anleitung zur Verständigung mit Ausländern, die zwecks Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung ärztlich zu untersuchen sind

Deutsch

I. Personalangaben

1. Wie heißen Sie? Name? Vorname?
2. Wo sind Sie geboren?
3. Wann sind Sie geboren?
4. Geben Sie mir bitte Ihren Paß.
5. Wo waren Sie während der letzten drei Monate?
6. Wo wohnen Sie jetzt? Straße?

II. Untersuchung

1. Ich muß Sie untersuchen.
2. Fühlen Sie sich gesund? krank? lassen.
3. Ich will Ihre Lunge röntgen lassen.
4. Machen Sie bitte den Oberkörper frei.
5. Ziehen Sie sich bitte aus.
6. Ich will Ihnen Blut abnehmen.
7. Keine Angst, es tut nicht weh.

Englisch

I. Personal Details

1. What is your name, please? Family name? Christian name?
2. Where are you born?
3. Tell me your birth-date.
4. Will you let me have your passport, please.
5. Where have you been during the last three months?
6. Where do you stay now? Street? Rue?

II. Medical Examination

1. I have to examine you.
2. Do you feel well? Ill?
3. I will have your lungs x-rayed.
4. Please undress the upper body.
5. Please undress completely.
6. I will have to take a sample of your blood.
7. No fear, it won't hurt.

Französisch

I. Dates personnelles

1. Comment vous appelez vous? 1.. Nom de famille? Prénom?
2. Où êtes vous né?
3. Quand êtes vous né?
4. Donnez moi votre passeport, s'il vous plaît.
5. Où avez vous été pendant les derniers trois mois?
6. Où habitez vous maintenant? Rue?

II. Examen médicale

1. Je dois vous examiner.
2. Vous vous sentez bien? malade?
3. J'arrangerai pour la radiographie de vos poumons.
4. Découvrez la partie supérieure, s'il vous plaît.
5. Déshabillez vous, s'il vous plaît.
6. Il faut que je prenne un peu de sang.
7. N'avez pas peur, ça ne fait pas mal.

Italienisch

I. Generalità

1. Come si chiama? Nome? Cognome?
2. Dove è nato?
3. Quando è nato?
4. Mi dia il passaporto per favore.
5. Dove è stato durante gli ultimi tre mesi?
6. Dove abita adesso? Via?

II. Visita

1. Devo visitar La.
2. Si sente in buona salute? ammalato?
3. Vorrei far fare una radioscopia del Suoi polmoni.
4. Si metta a petto nudo.
5. Si spogli, prego.
6. Le prenderò un po' di sangue.
7. Non abbia paura, non fa male.

Spanisch

I. Datos personales

1. Cómo se llama Vd.? Nombre? Apellidos?
2. Dónde ha nacido?
3. Cuándo ha nacido?
4. Su pasaporte, por favor.
5. Dónde ha estado Vd. los 3 meses últimos?
6. Donde vive Vd. ahora? Calle?

II. Reconocimiento

1. Tengo que reconocerle a Vd.
2. Se siente Vd. bien? enfermo?
3. Voy a hacer una radiografía de los pulmones.
4. Deje descubierta la parte superior del cuerpo.
5. Desnúdese Vd.
6. Voy a hacer una toma de sangre.
7. No tenga miedo, no duele. (Fortsetzung S. 1436)

<p>Deutsch</p> <p>III. Sonstiges</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ziehen Sie sich bitte wieder an. 2. Ich gebe Ihnen Ihren Paß zurück. 3. Ich gebe Ihnen hier eine ärztliche Bescheinigung. 4. Ich kann Sie nicht verstehen. 5. Holen Sie bitte einen Kameraden, der besser Deutsch spricht. 6. Sie müssen sich in ärztliche Behandlung begeben. 	<p>Englisch</p> <p>III. Miscellaneous</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. You may dress again please. 2. I render you your passport. 3. Here you have a medical certificate. 4. I cannot understand you. 5. Please fetch a comrade who speaks German better. 6. You will have to undergo a medical treatment. 	<p>Französisch</p> <p>III. Divers</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vous pouvez vous habiller, s'il vous plaît. 2. Voilà votre passeport de retour. 3. Ici je vous donne une attestation médicale. 4. Je ne vous comprends pas. 5. Cherchez un camarade qui parle mieux l'allemand. 6. Vous devez subir un traitement médical. 	<p>Italienisch</p> <p>III. Altro</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Si rivesta presto. 2. Le restituisco il Suo passaporto. 3. Ecco un certificato medico. 4. Non La capisco. 5. Mi porti prego un Suo compagno che parli meglio il tedesco. 6. Lei deve subire un trattamento medico. 	<p>Spanisch</p> <p>III. Varios</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vístase. 2. Aquí tiene Vd. su pasaporte. 3. Aquí tiene Vd. un certificado médico. 4. No puedo entenderle. 5. Traiga Vd. un compañero que hable mejor el alemán. 6. Tiene Vd. que someterse a un tratamiento médico.
<p>Deutsch</p> <p>I. Personalangaben</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wie heißen Sie? Name? Vorname? 2. Wo sind Sie geboren? 3. Wann sind Sie geboren? 4. Geben Sie mir bitte Ihren Paß. 5. Wo waren Sie während der letzten drei Monate? 6. Wo wohnen Sie jetzt? Straße? <p>II. Untersuchung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ich muß Sie untersuchen. 2. Fühlen Sie sich gesund? krank? 3. Ich will Ihre Lunge röntgen lassen. 4. Machen Sie bitte den Oberkörper frei. 5. Ziehen Sie sich bitte aus. 6. Ich will Ihnen Blut abnehmen. 7. Keine Angst, es tut nicht weh. <p>III. Sonstiges</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ziehen Sie sich bitte wieder an. 2. Ich gebe Ihnen Ihren Paß zurück. 3. Ich gebe Ihnen hier eine ärztliche Bescheinigung. 4. Ich kann Sie nicht verstehen. 5. Holen Sie bitte einen Kameraden, der besser Deutsch spricht. 6. Sie müssen sich in ärztliche Behandlung begeben. 	<p>Grifonisch</p> <p>I. Proposiká alichia</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Pos lefest? Epónymon? 'Onoma? 2. Pú jénithikate? 3. Póte jénithikate? 4. Mu dínete tó diabatirión sas parakaló? 5. Pú isaate tús telefírus trís mines? 6. Pú katikite tóra? Odós? <p>II. Exetasis</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Prepi ná sás exetáso. 2. Estháneste ijhis? árostos? 3. Thélo ná aktinographiso tús pnéwmonés sas. 4. Gdithite parakaló ós tí mésl. 5. Gdithite parakaló telios. 6. Thélo ná sás páro éma. 7. Mí towáste, dén tha ponási. <p>III. Diaphora</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Dithite páli, parakaló. 2. Sas epistréfo tó diawatirion sas. 3. Sas díno edó miá iatriki pistopifli. 4. Déni sas katalawéno. 5. Fére mu éna sinacéifó sas, pu xéri kalífers jermaniká. 6. Prépi na kánete miá iherápia sto jatró. <p>Aussprache-Erklärungen zu Grifonisch: D = englisch th bei that. Th = englisch th bei thing. S = immer scharfes s, stimmlos. J = s (-w).</p>	<p>Portugiesisch</p> <p>I. Dados pessoais</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Como se chama o Senhor? Apellido? Nome Próprio? 2. Onde nasceu? 3. Quando nasceu? 4. O seu passaporte, por favor! 5. Onde esteve o Senhor nos últimos três meses? 6. Onde mora actualmente? Rua? <p>II. Exame médico</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Tenho que examiná-lo. 2. O Senhor sente-se bem? doente? 3. Vou tirar-lhe uma radiografia aos pulmões. 4. Dispa-se, por favor, da cintura para cima. 5. Dispa-se completamente, por favor. 6. Necessito de tirar-lhe uma prova de sangue. 7. Não tenha medo ná dói. <p>III. Diversos</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vista-se, por favor, novamente. 2. Devo-lho-lhe o seu passaporte. 3. Dou-lhe um atestado médico. 4. Não consigo entendê-lo. 5. Traga um colega que fale melhor alemão. 6. O Senhor tem de entrar em tratamento médico. 	<p>Portugiesisch</p> <p>I. Lični Podaci</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kako se zovete? Prezime? Ime? 2. Gde ste rodjeni? 3. Kada ste rodjeni? 4. Molim, vaš pasoš. 5. Gde ste bili poslednje tri meseca? 6. Gde sada stanujete? Ulica? <p>II. Lekarski Pregled</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Moram da vas pregledam. 2. Da li se osećate zdrav? bolestan? 3. Uputiću vas na rentgenski pregled pluća. 4. Svucite odelo do pojasa. 5. Svucite se sasvim. 6. Uzeću vam krv za analizu. 7. Ne bojte se, neće vas boleti. <p>III. Razno</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Obucite se. 2. Evo vam vaš pasoš. 3. Evo vam lekarsko unverenje. 4. Ne razumem vas. 5. Molim vas dovedite jednog drugu koji govori bolje nemački. 6. Moraćete idći na lečenje. <p>Aussprache-Erklärung zu Serbo-Kroatisch: C = immer wie deutsches Z Z = weiches S S = scharfes S Z = Sch wie bei Etage S = immer wie deutsches Sch C u. C = immer wie deutsches Tsch Dj = englisch j bei John.</p>	<p>Türkisch</p> <p>I. Kimligi</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Soyadiniz? adiniz? 2. Dogum yeriniz? 3. Dogum tarhiniz? 4. Pasaportunuz veriniz. 5. Son 3 ay zarfinda nerede idiniz? 6. Simidi nerede oturuyorsunuz? Sokak? <p>II. Muayene</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Sizi muayene etmem lazim. 2. Kendinizi iyi hissediyormusunuz? Hastasiniz? 3. Akcigerinizin röntgenini almam lazim. 4. Beiden yukarisini soyununuz. 5. Soyununuz. 6. Kaninizi almam lazim. 7. Korkmayiniz, acimaz. <p>III. Çeşitli cümleler</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Tekrar giyinebilirsiniz. 2. Pasaportunuzun geri veriyoruz. 3. Size tibbi bir belge veriyoruz. 4. Sizi anlayamiyorum. 5. Daha iyi almanca bilen bir arkadaşinizi getirin. 6. Tibbi muayene olmanız gerek.

1012

An das Landesversorgungsamt Hessen
Frankfurt/Main

Versorgung im Wege des Härteausgleichs nach § 89 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) bei Anspruch auf Einkommensausgleich nach § 17 Abs. 4 Buchst. b BVG

Beim Empfänger eines Unterhaltsbeitrages nach § 26 Abs. 4 BVG ist gemäß § 17 Abs. 4 Buchst. b BVG der Berechnung des Einkommensausgleichs als Nettoeinkommen ein Betrag in Höhe des Unterhaltsbeitrages zugrunde zu legen. Zur Festsetzung des Unterhaltsbeitrages sind die einkommensabhängigen Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes auf den Bedarf anzurechnen. Während nach § 2 Abs. 1 Nr. 10 DVO zu § 33 BVG der Unterhaltsbeitrag selbst nicht zu berücksichtigendes Einkommen ist und zu keiner Kürzung der einkommensabhängigen Versorgungsleistungen führt, ist der an Stelle des Unterhaltsbeitrages gezahlte, der Höhe nach von diesem abgeleitete Einkommensausgleich bei der Feststellung der vom Einkommen abhängigen Versorgungsbezüge leistungsmindernd zu berücksichtigen.

Diese Berücksichtigung führt abweichend vom Normalfall, in dem der Einkommensausgleich an die Stelle von Arbeitseinkommen tritt und so wie dieses anzurechnen ist, zu einer vom Gesetzgeber nicht gewollten Benachteiligung derjenigen Schwerbeschädigten, die beim Eintritt der Voraussetzungen des § 17 Abs. 1 BVG einen der Höhe nach durch die einkommensabhängigen Versorgungsleistungen bestimmten Unterhaltsbeitrag nach § 26 Abs. 4 BVG bezogen haben. Anders als im Normalfall mindern sich hier in der Zeit, in der Einkommensausgleich zusteht, Ausgleichsrente, Ehegattenzuschlag und Kinderzuschlag um den Betrag, mit dem der Einkommensausgleich als Einkommen anzurechnen ist; entsprechendes gilt für den Berufsschadensausgleich.

Diese Minderung der einkommensabhängigen Versorgungsbezüge begründet eine besondere, nach § 89 Abs. 1 BVG ausgleichbare Härte. Nach § 89 Abs. 2 BVG stimmt der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung mit Rundschreiben vom 11. Juli 1972 — V a 3 — 5214 — 548/72 — deshalb einem Härteausgleich in Höhe des Betrages zu, um den sich die einkommensabhängigen Versorgungsbezüge bei Nichtberücksichtigung des Einkommensausgleichs des § 17 Abs. 4 Buchst. b BVG erhöhen würden.

Meiner Zustimmung für die Entscheidung über diesen Härteausgleich bedarf es nicht.

Wiesbaden, 25. 7. 1972

Der Hessische Sozialminister
StS — I A 5 — 5176/5245
St.Anz. 33/1972 S. 1437

1043

Staatliche Prüfung von Sera;

hier: Gehalt an Konservierungsmitteln

Bezug: Erlaß des Hess. Ministers für AVG vom 10. Mai 1967 (St.Anz. S. 681)

Auf Grund des § 15 der Preußischen Vorschriften über Impfstoffe und Sera vom 15. Juli 1929 (Volkswohlfahrt S. 663) und § 15 der Verordnung des Hessischen Innenministers vom 3. März 1930, Verordnungen und Vorschriften über Impfstoffe und Sera betreffend (Hess. Reg.Bl. S. 20) bestimme ich:

Sera, die von gesunden, erkrankt gewesenen oder immunisatorisch vorbehandelten Tieren gewonnen wurden und zur Anwendung beim Menschen oder bei Tieren zu Schutz- und Heilzwecken bestimmt sind, dürfen nur zum Verkehr zugelassen werden, wenn sie nicht mehr als 0,5 vom Hundert Phenol oder 0,4 vom Hundert Trikresol enthalten. Die Verwendung eines anderen geeigneten Konservierungsmittels ist gestattet. Alle dieser Regelung entgegenstehenden Anordnungen werden aufgehoben.

Wiesbaden, 12. 7. 1972

Der Hessische Sozialminister
StS III A 6 — 18 m 02 — 99
St.Anz. 33/1972 S. 1437

1044

An das Landesversorgungsamt Hessen
Frankfurt/Main

Versorgung im Wege des Härteausgleichs nach § 89 des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) bei Ausschluß des Anspruchs auf Heil- und Krankenbehandlung nach § 10 Abs. 6 Buchst. a BVG

Nach § 10 Abs. 6 Buchst. a BVG sind die Ansprüche auf Heil- und Krankenbehandlung nach den Absätzen 2 und 4 ausgeschlossen, wenn und soweit u. a. ein entsprechender Anspruch auf Tuberkulosehilfe besteht. Die Träger der Tuberkulosehilfe verlangen, daß die Empfänger dieser Leistung und deren unterhaltspflichtige Angehörige bei günstigen Einkommens- und Vermögensverhältnissen einen angemessenen Kostenbeitrag leisten. Hingegen entfällt für Mitglieder der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherungen auch bei Erkrankungen an Tuberkulose eine Kostenbeteiligung ebenso wie für Personen, die wegen anderer Erkrankungen Heil- und Krankenbehandlung nur nach den Vorschriften des Bundesversorgungsgesetzes erhalten. Diese ungleiche Behandlung war mit dem Ausschluß der Tuberkulosekranken von der Heil- und Krankenbehandlung nach dem Bundesversorgungsgesetz indessen nicht beabsichtigt; sie führt zu einer besonderen Härte im Sinne von § 89 Abs. 1 BVG.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung stimmt daher mit Rundschreiben vom 17. Juli 1972 — V a 3 — 5208.21 — 332/72 — nach § 89 Abs. 2 BVG allgemein zu, daß in Höhe der Kostenbeteiligung Versorgung im Wege des Härteausgleichs gewährt wird, wenn das Einkommen die Jahresarbeitsverdienstgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht übersteigt und keine anderen Ausschließungsgründe im Sinne des § 10 Abs. 6 BVG vorliegen.

Von der Prüfung eines wirtschaftlichen Bedürfnisses ist Abstand zu nehmen (VV Nr. 2 letzter Satz zu § 89 BVG).

Meiner Zustimmung für die Entscheidung über diesen Härteausgleich bedarf es nicht.

Wiesbaden, 25. 7. 1972

Der Hessische Sozialminister
I A 5 — 5166/5245
St.Anz. 33/1972 S. 1437

1045

An die Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt — Kassel

An den Verwaltungsausschuß des Landeswohlfahrtsverbandes
Hessen
Kassel

Hausbrandbeihilfen für Sozialhilfeempfänger und Empfänger von Kriegsopferfürsorge für die Heizperiode 1972/73

Bezug: Erlaß vom 29. Juni 1971 (St.Anz. S. 1314)

Bei der Festsetzung der Hausbrandbeihilfen für die Heizperiode 1972/73 empfehle ich, von folgenden Mindestbeträgen auszugehen:

- a) 195 DM für Haushalte mit 1 bis 2 Personen,
- b) 245 DM für Haushalte mit 3 und mehr Personen.

Die Erhöhung des Betrages gegenüber dem Vorjahr ist auf die gestiegenen Kohlenpreise zurückzuführen.

Ich weise darauf hin, daß es sich bei diesen Beträgen um Mindestbeträge handelt, die auf der Grundlage der mir von den Landesverbänden des Brennstoffhandels zur Verfügung gestellten Preislisten sorgfältig errechnet worden sind und grundsätzlich keine Unterschreitung mehr zulassen. Nach Lage des Einzelfalles sind höhere Beihilfen zu gewähren, wenn besondere Umstände (z. B. Krankheit, Alter, schlechte Wohnungsverhältnisse) dies erforderlich machen.

Der Personenkreis der Empfangsberechtigten ergibt sich aus § 11 in Verbindung mit § 21 Abs. 1 und 2 BSHG. Danach haben auch Personen, die keine laufenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten, weil ihr Einkommen die maß-

gebenden Sozialhilferegelsätze zuzüglich Mehrbedarfzuschlägen und Mieten erreicht, einen Anspruch auf Hausbrandbeihilfe. Ob und in welchem Umfang die Hausbrandbeihilfe bei Hilfesuchenden gekürzt wird, deren monatliches Nettoeinkommen die vorgenannte Bedarfsgrenze übersteigt, muß dem pflichtgemäßen Ermessen der Sozialhilfeträger überlassen bleiben. Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen haben nur dann Anspruch auf Hausbrandbeihilfe, wenn sie gleichzeitig Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten (z. B. gemäß §§ 33 Abs. 2, 41 und 42 sowie 51 ff. BSHG) und nicht in Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen untergebracht sind.

Entsprechendes gilt für Empfänger von Leistungen der Kriegsofopferfürsorge. Beschädigte und Hinterbliebene erhalten bei Vorliegen der wirtschaftlichen Voraussetzungen die nach dem Bundessozialhilfegesetz vorgesehenen Leistungen zum Lebensunterhalt (also auch die Hausbrandbeihilfe) als Leistungen der Kriegsofopferfürsorge gemäß § 27 a Abs. 1 BVG, wenn und soweit sie infolge der Schädigung oder des Verlustes des Ernährers wirtschaftlich nicht in der Lage sind, sich diese Leistungen zu beschaffen.

Damit ich mir einen Überblick verschaffen und dem Landtag erforderlichenfalls ohne zeitraubende Rückfragen berichten kann, bitte ich die kreisfreien Städte und die Landkreise, den Regierungspräsidenten bis zum 15. 10. 1972 über die Höhe der von ihnen festzusetzenden Hausbrandbeihilfen zu berichten. Die Regierungspräsidenten bitte ich, mir einen vorläufigen zusammenfassenden Bericht bis zum 31. 10. 1972 vorzulegen. Abschließenden Bericht über die Höhe der Aufwendungen und die Zahl der Beihilfenempfänger in der bisher üblichen Form legen die kreisfreien Städte und die Landkreise den Regierungspräsidenten bis zum 15. 3. 1973 vor. Die zusammenfassenden Schlußberichte der Regierungspräsidenten und den Bericht des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen erbitte ich bis zum 31. 3. 1973.

Mein Erlaß vom 29. 6. 1971 (StAnz. S. 1314) ist damit gegenstandslos geworden.

Wiesbaden, 5. 7. 1972

Der Hessische Sozialminister
II A 1 a — 50 f 0401

StAnz. 33/1972 S. 1437

1046

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt

Forstfiskalische Fischereigewässer;

hier: Wasserlagerung von Stammholz

Bei der Neuverpachtung oder der Verlängerung von Fischerei-Pachtverträgen für Wasserflächen und staubare Bachläufe, die für die Naßlagerung von Holz geeignet sind oder entsprechend ausgebaut werden können, sind — soweit sie nicht mit Rücksicht auf eine Holzlagerung überhaupt pachtfrei bleiben müssen — ab sofort in den Fischerei-Pachtvertrag (Landesbeschaffungsstelle Bestell-Nr. 9.41) folgende Zusätze aufzunehmen:

§ 4 Abs. 3:

Wird während der Pachtperiode aus einem der in § 15 genannten Gründe Holz eingelagert, so ist für die Dauer der Einlagerung der anteilige Pachtpreis dem Pächter zum Ende des Pachtjahres zu erstatten. Der zu erstattende Betrag errechnet sich nach der Zahl der Monate, in denen das Holz eingelagert war.

§ 8 Abs. 4:

Werden durch Holzeinlagerung erhebliche Schäden an den Dämmen, Ufern oder sonstigen Einrichtungen (z. B. Mönche) verursacht, hat der Verpächter diese alsbald zu beseitigen, nötigenfalls Einrichtungen zu erneuern.

§ 9 Abs. 5:

Werden durch Holzeinlagerung erhebliche Schäden am lebenden Fischbestand verursacht, sind diese dem Pächter zu ersetzen. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach dem Gutachten des Regierungspräsidenten — Fischereidezernat —.

§ 10 Abs. 6:

Wird Holz in das Gewässer eingelagert, entfällt für die Dauer der Einlagerung die Verpflichtung zum Fischbesatz.

§ 12 Abs. 5:

Der Pächter ist zur Kündigung des Vertrages zum Ende jeden Pachtjahres berechtigt, wenn eine Einlagerung von Holz nach § 15 vorgenommen wird.

§ 15:

Sofern ein Bedarf zur Einlagerung von Holz besteht, insbesondere im Falle einer Naturkatastrophe, holzwirtschaftlichen Notstands- oder Wirtschaftsrezession, ist der Verpächter berechtigt, das Gewässer vorübergehend, ununterbrochen jedoch nur bis höchstens auf die Dauer von drei Jahren, zur Naßlagerung von Holz zu verwenden.

Bei laufenden Pachtverträgen bitte ich mit dem Pächter einen entsprechenden Nachtragsvertrag zu schließen.

Den Besitzern des Körperschafts- und staatlich beförsterten Privatwaldes bitte ich die Notwendigkeit der Wasserlagerung von Stammholz zu erläutern und zu empfehlen, sofern sie fischereiberechtigt sind, in den von ihnen abzuschließenden Fischerei-Pachtverträgen analoge Regelungen aufzunehmen.

Bis zur Neuauflage des Vordrucks „Fischerei-Pachtvertrag“ (Bestell-Nr. 9.41), mit der ich die Landesbeschaffungsstelle alsbald beauftragen werde, sind die bisherigen Vordrucke entsprechend zu ergänzen.

Neuanlagen von Teichen dürfen bis auf weiteres nur dann vorgenommen werden, wenn diese gleichzeitig für die Holzlagerung entsprechend ausgebaut werden.

Wiesbaden, 31. 7. 1972

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt
III A 5 — 3158 — J 55

StAnz. 33/1972 S. 1434

1047

Überwachung nach dem Benzinbleigesetz;

hier: Beauftragte zur Durchführung der Überwachung

Ich habe die nachfolgend genannten Bediensteten der Hessischen Landesanstalt für Umwelt mit der Einholung von Auskünften nach dem Gesetz zur Verminderung von Luftverunreinigungen durch Bleiverbindungen in Ottokraftstoffen für Kraftfahrzeugmotoren (Benzinbleigesetz — BzBlG) vom 5. August 1971 (BGBl. I S. 1234) beauftragt:

1. Dr. Otto N ü n d e l, geb. 13. Juli 1921,

2. H. Peter B i c k e l m a i e r, geb. 22. Januar 1947.

Sie sind gemäß § 5 Abs. 3 des genannten Gesetzes befugt, Grundstücke, Anlagen und Geschäftsräume des Auskunftspflichtigen zu betreten, dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen, Stichproben zu entnehmen und in die geschäftlichen Unterlagen des Auskunftspflichtigen Einsicht zu nehmen, sowie sonst Auskünfte einzuholen.

Wiesbaden, 19. 7. 1972

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt
VB 5 — 79 o 08.01 — 3607/72

StAnz. 33/1972 S. 1438

1048

Rufnummer der Außenstelle Hanau des Wasserwirtschaftsamtes Wiesbaden

Die neue Telefonnummer der Außenstelle Hanau des Wasserwirtschaftsamtes Wiesbaden ist:

(06181) 29 91

Wiesbaden, 26. 7. 1972

Der Hessische Minister
für Landwirtschaft und Umwelt
IA 1 — 7 c 21 (WI)

StAnz. 33/1972 S. 1438

1049

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**Regierungspräsident in Darmstadt**

ernannt:

zu **Polizeihauptkommissaren** die **Polizeioberkommissare** (BaL) Herbert Willi Siegfried Fischer, Gustav Heinrich Schuß (beide 27. 6. 1972);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 16 **Kriminaldirektor** (BaL) Konrad Gaulke (26. 6. 1972);

Regierungspräsident in Kassel

ernannt:

zum **Kriminalhauptkommissar** **Kriminaloberkommissar** (BaL) Hans Heinrich Schuchhardt (29. 6. 1972);

zu **Kriminaloberkommissaren** die **Kriminalkommissare** (BaL) Ottomar Henrion, Gerhard Christian Riehm (beide 29. 6. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Kriminalkommissar (BaP) Jörg Wacker (19. 6. 1972);

Hessisches Landeskriminalamt

ernannt:

zu **Kriminalhauptkommissaren** die **Kriminaloberkommissare** (BaL) Adolf Werner Fuhr, Rolf Petri (beide 26. 6. 1972);

zum **Kriminaloberkommissar** **Kriminalkommissar** (BaL) Hansjürgen Lentz (27. 6. 1972);

Hessisches Wasserschutzpolizeiamt

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Polizeimeister (BaP) Hermann Augsburg (28. 6. 1972);

Wirtschaftsverwaltungsamt der Hessischen Polizei

in den Ruhestand versetzt:

Oberamtsrat (BaL) Walter Achenbach (30. 6. 1972);

Fernmeldeleitstelle der Hessischen Polizei

versetzt:

von der Schutzpolizei der Stadt Wiesbaden **Polizeimeister** (BaP) Robert Streb (1. 6. 1972).

Wiesbaden, 31. 7. 1972

Der Hessische Minister des Innern
III B 43 — 8 b 4
StAnz. 33/1972 S. 1439

D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen**Ministerium**

ernannt:

zum **Amtmann** **Oberinspektor** (BaL) Theodor Evers (29. 5. 1972);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe B 3 **Ministerialrat** (BaL) Heinrich Horlbeck (19. 7. 1972);

Staatliche Rechnungsprüfungsämter

ernannt:

zum **Amtsrat** **Amtmann** (BaL) Friedrich Oesterling (6. 7. 1972);

zum **Techn. Oberinspektor** **Techn. Inspektor** (BaL) Otto Wolf (17. 7. 1972);

versetzt:

von der **Nassauischen Brandversicherungsanstalt** **Inspektor** (BaL) Michael Schoenwiese (1. 6. 1972);

Staatskassen

ernannt:

zu **Amtmännern** die **Oberinspektoren** (BaL) Willi Saure (30. 5. 1972), Helmut Stalla (13. 7. 1972);

zum **Amtsinspektor** **Hauptsekretär** (BaL) Ulrich Knörck (14. 6. 1972);

zu **Hauptsekretären** die **Obersekretäre** (BaL) Otto Ernst, Volker Hopf (beide 7. 7. 1972);

zum **Sekretär z. A.** (BaP) **Sekretäranwärter** (BaW) Werner Wunderlich (5. 6. 1972);

versetzt:

an das **Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg** **Oberinspektor** (BaL) Wolfgang Durstewitz (1. 7. 1972);

in den Ruhestand versetzt:

Hauptsekretär Wilhelm Gaub (1. 6. 1972) gem. § 51 Abs. 3 HBG;

entlassen:

Sekretär z. A. Hans-Günther Roth (30. 6. 1972) gem. § 39 HBG;

Landesfinanzschule Hessen

ernannt:

zum **Steueramtmann** **Steueroberinspektor** (BaL) Horst Hessler (26. 5. 1972);

in den Ruhestand versetzt:

Oberamtsmeister Gustav Vesper (1. 6. 1972) gem. § 51 Abs. 3 HBG;

Landesbeschaffungsstelle Hessen

ernannt:

zum **Inspektoranwärter** (BaW) **Verwaltungsangestellter** Günther Kirchner (30. 6. 1972).

Wiesbaden, 21. 7. 1972

Der Hessische Minister der Finanzen
P 1400 A — 26 — I A 14
StAnz. 33/1972 S. 1439

Steuerverwaltung

ernannt:

zu **Steuerräten** die **Steueramtänner** (BaL) Erwin Cadina, FA Offenbach-Land (19. 4. 1972), Otto Philipp, FA Friedberg (21. 4. 1972), Philipp Prasser FA Frankfurt (M.)-Höchst (7. 4. 1972), Heinz Trester, FA Frankfurt (M.)-Taubunster (18. 4. 1972), Hans Wiest, FA Alsfeld (19. 4. 1972);

zum **Steueramtmann** **Steueroberinspektorin** (BaL) Ute-Monika Pepersack, FA Frankfurt (M.)-Höchst (17. 4. 1972);

zum **Steueramtmann** (BaL) **Steueroberinspektorin** (BaP) Ingrid Schmidt-Schwerdtner, FA Frankfurt (M.)-Börse (27. 4. 1972);

zu **Steuerinspektoren** (BaL) die **Steuerinspektoren z. A.** (BaP) Hans-Eberhard Augustin, FA Homberg (24. 4. 1972), Liesel Binzer, FA Offenbach-Stadt (24. 4. 1972), Horst Braun, FA Darmstadt (24. 4. 1972), Helmut Dillmann, FA Offenbach-Stadt (24. 4. 1972), Heide Gansloser, FA Kassel, Spohrstraße (24. 4. 1972), Udo Heuser, FA Kassel-Goethestraße (24. 4. 1972), Walter Hohmeister, FA Frankfurt (M.)-Taubunster (24. 4. 1972), Manfred Kirchner, FA Witzenhäuser (24. 4. 1972), Jürgen Knies, FA Wiesbaden-Mainzer Straße (24. 4. 1972), Herbert Kniese, FA Wiesbaden-Mainzer Straße (24. 4. 1972), Dieter Kothe, FA Bad Schwalbach (25. 4. 1972), Franz Gerhard Kreihs, FA Frankfurt (M.)-

Stiftstraße (24. 4. 1972), Bernd Menzler, FA Homberg (24. 4. 1972), Hartmut Neumann, FA Darmstadt (24. 4. 1972), Heinz-Rüdiger Pfaff, FA Wetzlar (24. 4. 1972), Klaus Röse, FA Offenbach-Land (24. 4. 1972), Hubert Rommel, FA Fulda (24. 4. 1972), Werner Seibel, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße (24. 4. 1972), Manfred Schmidt, FA Offenbach-Stadt (25. 4. 1972), Otto Schöning, FA Frankfurt (M.)-Taunustor (24. 4. 1972), Eyla Stöhr, FA Wiesbaden-Herrngartenstraße (25. 4. 1972), Folker Stukenbrok, FA Kassel-Goethestraße (24. 4. 1972), Günther Thön, FA Kassel-Goethestraße (24. 4. 1972), Helmut Vogel, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße (24. 4. 1972), Volker Zeh, FA Kassel-Spohrstraße (24. 4. 1972);

zu **Steuerinspektoren** die Steuerinspektoren z. A. (BaP) Willy Adler, FA Wetzlar (24. 4. 1972), Klaus-Peter Amend, FA Groß-Gerau (25. 4. 1972), Gerhard Armer, FA Langen (28. 4. 1972), Lothar Barth, FA Frankfurt (M.)-Börse (25. 4. 1972), Ilse Baumann, FA Darmstadt (24. 4. 1972), Michael Burkardt, FA Darmstadt (24. 4. 1972), Gerd Cornelius, FA Frankenberg (25. 4. 1972), Peter Croll, FA Frankfurt (M.)-Taunustor (24. 4. 1972), Günter Engel, FA Witzhausen (24. 4. 1972), Wolfgang Finger, FA Rudesheim (24. 4. 1972), Harro Franken, FA Rudesheim (24. 4. 1972), Karl-Heinz Furrner, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße (24. 4. 1972), Kurt Galgon, FA Bad Homburg (24. 4. 1972), Ingrid Giersdorf, FA Offenbach-Stadt (24. 4. 1972), Gerhard Greb, FA Langen (24. 4. 1972), Günther Hahn, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße (24. 4. 1972), Gerda Hartenfels, FA Frankfurt (M.)-Taunustor (24. 4. 1972), Burkhard Haub, FA Friedberg (24. 4. 1972), Annelie Hauptvogel, FA Langen (24. 4. 1972), Brigitte Heinzinger, FA Groß-Gerau (24. 4. 1972), Anne-Marie Hillenbrand, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße (24. 4. 1972), Friedhelm Homberger, FA Frankfurt (M.)-Taunustor (24. 4. 1972), Karl Horr, FA Eschwege (24. 4. 1972), Klaus-Jürgen Huber, FA Frankfurt (M.)-Börse (24. 4. 1972), Helmut Jordan, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee (28. 4. 1972), Horst Käsemann, FA Hanau (24. 4. 1972), Jörg Kästner, FA Dieburg (24. 4. 1972), Carla Kirmse, FA Bad Schwalbach (25. 4. 1972), Ulrike Kuhl, FA Gießen (24. 4. 1972), Gerd Leo, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee (24. 4. 1972), Ferdinand Löffler, FA Wiesbaden-Mainzer Straße (24. 4. 1972), Wilfried Löw, FA Rudesheim (24. 4. 1972), Margot Mandler, FA Friedberg (24. 4. 1972), Horst Marquart, FA Wiesbaden-Mainzer Straße (24. 4. 1972), Eveline Mötzing, FA Rotenburg (24. 4. 1972), Rudolf Münnich, FA Bad Homburg (24. 4. 1972), Hans-Ulrich Muth, FA Frankfurt (M.)-Höchst (24. 4. 1972), Wolfgang Nöll, FA Frankfurt (M.)-Taunustor (24. 4. 1972), Georg Paar, FA Frankfurt (M.)-Höchst (24. 4. 1972), Gerhard Paus, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße (24. 4. 1972), Eberhard Peter, FA Bensheim (26. 4. 1972), Klaus-Dieter Rühle, FA Gießen (24. 4. 1972), Karl-Heinz Sauer, FA Schwalmstadt (24. 4. 1972), Horst Siebert, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee (24. 4. 1972), Bernhard Suck, FA Kassel-Goethestraße (24. 4. 1972), Helmut Schäfer, FA Frankfurt (M.)-Börse (24. 4. 1972), Reiner Schembs, FA Darmstadt (24. 4. 1972), Udo Schermoly, FA Wiesbaden-Herrngartenstraße (24. 4. 1972), Dieter Schilling, FA Darmstadt (24. 4. 1972), Peter Schimmelpennig, FA Hanau (21. 4. 1972), Horst Schuricht, FA Offenbach-Land (24. 4. 1972), Gerhard Stollberg, FA Fulda (24. 4. 1972), Helmuth Stroh, FA Bad Homburg (25. 4. 1972), Wolfgang Töniges, FA Bad Homburg (24. 4. 1972), Irmgard von Thomsen, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße (27. 4. 1972), Hartmut Weyel, FA Dillenburg (24. 4. 1972), Heiner Woitschell, FA Wiesbaden-Herrngartenstraße (24. 4. 1972), Margot Zickler, FA Darmstadt (24. 4. 1972), Gerhard Ziehn, FA Frankfurt (M.)-Höchst (24. 4. 1972);

zu **Amtsinspektoren** die Steuerhaupteckretäre (BaL) Werner Hild, FA Weilburg, Ernst Huhn, FA Kassel-Goethestraße, Wolfgang Riese, FA Gießen (sämtlich 24. 4. 1972);

zu **Steuerhaupteckretären** die Steuerobersekretäre (BaL) Wilhelm Cohrs, FA Gießen (24. 4. 1972), Willy Dorgerloh, FA Kassel-Goethestraße (24. 4. 1972), Winfried Flach, FA Darmstadt (20. 4. 1972), Georg Geyer, FA Eschwege (20. 4. 1972), Heinrich Geyer, FA Dillenburg (24. 4. 1972), Alfred Heimann, FA Biedenkopf (21. 4. 1972), Alwin Höser, FA Bad Homburg (24. 4. 1972), Anton Kahsnitz, FA Wetzlar (24. 4. 1972), Tilbert Kirst, FA Fulda (24. 4. 1972), Horst Klem, FA Frankenberg (24. 4. 1972), Paul Knoblich, FA Homberg (24. 4. 1972), Roland Leicht, FA Eschwege (20. 4. 1972), Horst Linn, FA Friedberg (24. 4. 1972), Karl Mangel, FA Kassel-Goethestraße (24. 4. 1972), Erich Samstag, FA Bensheim (26. 4. 1972), Walter Slepica, FA Gießen (24. 4. 1972), Walter Schwesig, FA Wetzlar (24. 4. 1972), Armin Wenzel, FA Dieburg (24. 4. 1972), Gerhard Vazansky, FA

Bad Homburg (24. 4. 1972), Johann Zemanek, FA Weilburg (20. 4. 1972);

zur **Steuerhaupteckretärin** die Steuerobersekretärin (BaP) Ursula Keht, FA Limburg (21. 4. 1972);

zu **Steuerobersekretären** die Steuersekretäre (BaL) Otto Achenbach, FA Frankfurt (M.)-Taunustor (24. 4. 1972), Hans-Bernd Allendorf, FA Frankfurt (M.)-Höchst (24. 4. 1972), Claus Arend, FA Friedberg (24. 4. 1972), Hans Arnold, FA Bensheim (26. 4. 1972), Gerd Blazyczek, FA Kassel-Goethestraße (24. 4. 1972), Hartmut Bluschke, FA Eschwege (20. 4. 1972), Heinrich Fischer, FA Wetzlar (24. 4. 1972), Reinhold Großmann, FA Frankfurt (M.)-Höchst (24. 4. 1972), Wolfgang Hanstein, FA Rotenburg (24. 4. 1972), Horst Katz, FA Nidda (24. 4. 1972), Herbert Krämling, FA Friedberg (24. 4. 1972), Reinhold Krüger, FA Bad Homburg (24. 4. 1972), Georg Olt, FA Michelstadt (24. 4. 1972), Eduard Rebert, FA Bensheim (26. 4. 1972), Werner Rieß, FA Gelnhausen (24. 4. 1972), Wolfgang Söder, FA Eschwege (20. 4. 1972), Arthur Schneider, FA Kassel-Spohrstraße (24. 4. 1972), Horst Thierolf, FA Bensheim (26. 4. 1972), Heinz Vaterrodt, FA Marburg (24. 4. 1972);

zu **Steuerobersekretären** die Steuersekretäre (BaP) Dorothea Arend, FA Friedberg (24. 4. 1972), Ursula Bickel, FA Homberg (27. 4. 1972), Gottfried Böcke, FA Nidda (24. 4. 1972), Heike Burdack, FA Offenbach-Stadt (24. 4. 1972), Doris Dörr, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße (27. 4. 1972), Edeltraut Donhauser, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße (24. 4. 1972), Erika Fuchs, FA Fulda (24. 4. 1972), Heinz-Ludwig Haas, FA Nidda (24. 4. 1972), Erich Hopf, FA Frankfurt (M.)-Höchst (24. 4. 1972), Werner Ille, FA Darmstadt (20. 4. 1972), Werner Jung, FA Weilburg (24. 4. 1972), Marion Keller, FA Homberg (24. 4. 1972), Gisela Koltermann, FA Witzhausen (24. 4. 1972), Gerd Müller, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße (27. 4. 1972), Annemarie Nill, FA Marburg (25. 4. 1972), Wolfgang Quint, FA Frankfurt (M.)-Höchst (24. 4. 1972), Reinhard Reichwagen, FA Hanau (21. 4. 1972), Ingrid Reinwarth, FA Langen (28. 4. 1972), Manfred Rueß, FA Offenbach-Stadt (25. 4. 1972), Jürgen Schäfer, FA Bad Hersfeld (24. 4. 1972), Wolfgang Schenk, FA Frankenberg (24. 4. 1972), Wilfried Schlegel, FA Michelstadt (25. 4. 1972), Karin Theinert, FA Groß-Gerau (24. 4. 1972), Robert Voigt, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee (24. 4. 1972), Otmar Wörthe, FA Dieburg (24. 4. 1972), Manfred Wolf, FA Bensheim (26. 4. 1972);

zu **Steuersekretären** (BaL) die Steuersekretäre z. A. (BaP) Jürgen Leonhardt, FA Frankfurt (M.)-Taunustor, Reinhard Meyer, FA Wetzlar, Winfried Schad, FA Offenbach-Stadt, Robert Stede, FA Friedberg (sämtlich 24. 4. 1972);

zu **Steuersekretären** die Steuersekretäre z. A. (BaP) Wilfried Brück, FA Frankenberg (25. 4. 1972), Helmut Kistner, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee (24. 4. 1972), Werner Lohrey, FA Frankfurt (M.)-Taunustor (27. 4. 1972), Zita Müller, FA Wiesbaden-Mainzer Straße (24. 4. 1972), Dieter Seifert, FA Biedenkopf (21. 4. 1972), Helma Schmidt, FA Gießen (24. 4. 1972), Hans-Albert von Willich, FA Darmstadt (24. 4. 1972);

zur **Steuersekretärin** (BaL) Verwaltungsangestellte Elfriede Schnell, FA Offenbach-Land (7. 4. 1972);

zu **Steuersekretären** (BaP) die Steueranwärter (BaW) Karl Otto Claudy, FA Frankfurt (M.)-Taunustor, Werner Floth, FA Gelnhausen, Karl-Heinz Friedrich, FA Frankfurt (M.)-Höchst, Hans Joachim Judt, FA Langen, Hans-Josef Kümmel, FA Bad Homburg v. d. H., Wolf-Burkhard Mahler, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Herwig Winkler, FA Fulda (sämtlich 1. 6. 1972);

zu **Steuersekretären** z. A. (BaP) die Steueranwärter (BaW) Bernd Altenhofen, FA Bad Schwalbach, Harmut Balazs, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Josef Berg, FA Offenbach-Stadt, Jürgen Berthold, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße, Reinhard Bieneck, FA Frankfurt (M.)-Höchst, Michael Böhringer, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Ursula Burkert, FA Frankfurt (M.)-Taunustor, Brunhilde Cramer, FA Wiesbaden-Herrngartenstraße, Gerhard Czi-schek, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Heiner Demke, FA Bad Homburg v. d. H., Gertrud Diegelmann, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Norbert Dietz, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Bernd Drexler, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Hans-Josef Faber, FA Weilburg, Hans Joachim Ferch, FA Frankfurt (M.)-Taunustor, Ingrid Franke, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße, Lore Franke, FA Frankfurt (M.)-Taunustor, Gudrun Gieg, FA Dieburg, Kurt

Golz, FA Frankfurt (M.)-Taunustor, Udo Grosch, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße, Renate Hartmann, FA Groß-Gerau, Wolfgang Heberer, FA Offenbach-Stadt, Georg Herche, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße, Hans-Rudolf Hölper, FA Frankfurt (M.)-Börse, Roswitha Hohmann, FA Frankfurt (M.)-Taunustor, Helga Imke, FA Melsungen, Ilona Jung, FA Friedberg, Christina Jurzok, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße, Klaus Keidel, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße, Brigitte Kettmann, FA Bensheim, Reinhold Kiehl, FA Dieburg, Petra Klinke, FA Frankfurt (M.)-Höchst, Gerd Kloske, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Monika Knapp, FA Frankfurt (M.)-Höchst, Christine Kosmala, FA Darmstadt, Günter Lahnstein, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Gertrud Laibach, FA Gelnhausen, Gerd Lambmann, FA Nidda, Beate Lautenschlager, FA Frankfurt (M.)-Taunustor, Silvia Leber, FA Wiesbaden-Herrngartenstraße, Sonja Leneis, FA Friedberg, Bernt Leps, FA Frankfurt (M.)-Höchst, Hans-Jürgen Liebaug, FA Kassel-Goethestraße, Ute Löb, FA Kassel-Spohrstraße, Gabriel Miko, FA Darmstadt, Edwin Mörschel, FA Friedberg, Karl Günter Müller, FA Michelstadt, Ursula Münzberg, FA Darmstadt, Carola Nickel, FA Frankfurt (M.)-Taunustor, Dieter Ober, FA Bad Schwalbach, Ingeborg Ofenloch, FA Bensheim, Joachim Olbrich, FA Bad Homburg vor der Höhe, Jürgen Pechatschek, FA Friedberg, Udo Pfalzgraf, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee Ursula Rau, FA Wetzlar, Wilhelm Reinhardt, FA Frankenberg, Heidi Rink, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Brigitte Rinn, FA Frankfurt (M.)-Börse, Jutta Rolau, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Elke Rompel, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Theresia Rupaner, FA Langen, Heinz-Werner Salzmann, FA Friedberg, Heidrun Sammet, FA Rotenburg, Wolfram Seibert, FA Frankfurt (M.)-Taunustor, Heinz Spieker, FA Wiesbaden-Mainzer Straße, Anneliese Schauer, FA Frankfurt (M.)-Höchst, Christiane Schmidt, FA Frankfurt (M.)-Taunustor, Gerhard Schneider, FA Marburg, Maria Schreiter, FA Bad Homburg v. d. H., Hans-Dieter Schulz, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße, Margit Stöhr, FA Bad Homburg v. d. H., Hildegunde Völker, FA Darmstadt, Bernhard Wagner, FA Frankfurt (M.)-Börse, Hans Walter, FA Darmstadt, Hans-Joachim Weber, FA Groß-Gerau, Thomas Weber, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Brunhilde Weigand, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße, Siegbert Wilken, FA Bensheim, Werner Witt, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee, Gudrun Zahrt, FA Friedberg, Otto Zembsch, FA Frankenberg (sämtlich 1. 6. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Steueroberinspektoren Brigitta Baron, FA Wiesbaden-Mainzer Straße (5. 4. 1972), Kurt Dechert, FA Alsfeld (19. 4. 1972), Bernd Farnung, FA Alsfeld (19. 4. 1972), Wolfgang Frera, FA Frankfurt (M.)-Taunustor (11. 4. 1972), Hans Ripper, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße (6. 4. 1972);

die Steuerinspektoren Richard Bönning, FA Frankfurt (M.)-Hamburger Allee (18. 4. 1972), Ewald Neidert, FA Gelnhausen (5. 4. 1972), Helmut Siebiger, FA Alsfeld (19. 4. 1972), Alfred Slansky, FA Dillenburg (13. 4. 1972), Heribert Scheib, FA Frankfurt (M.)-Stiftstraße (4. 4. 1972);

die Steuerobersekretäre Frauke Führling, FA Kassel-Spohrstraße (10. 4. 1972), Manfred Kirschner, FA Wiesbaden-Mainzer Straße (20. 4. 1972), Heinz Kühl, FA Wiesbaden-Mainzer Straße (4. 4. 1972).

Frankfurt(Main), 25. 7. 1972

Oberfinanzdirektion

P 1400 A — 50 — St I 72

St.Anz. 33/1972 S. 1439

F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

des Regierungsbezirks Darmstadt

— Gymnasien —

ernannt:

zu Studienassessoren/-innen (BaP) die Assessoren/-innen des Lehrsamts Eugen Zitzmann, Limburg (1. 2. 1972), Gertraud Schäfer, Hanau (1. 2. 1972), Joachim Martini, Langenselbold (1. 2. 1972), Ursel Mehnert, Hanau (1. 2. 1972), Horst Lachmann, Hanau (1. 2. 1972), Klaus Eckermann, Langen (1. 2. 1971), Cornelia Helfrich, Wiesbaden (1. 2. 1972), Hadmut-Helena Hindorf, Michelstadt (Odw.) (1. 2.

1972), Jürgen Weiß, Hanau (1. 2. 1972), Dieter Pochop, Erlensee (1. 2. 1972), Johann-Georg Kiefer, Dörnigheim (1. 2. 1972), Elke Möbert, Frankfurt/Main (1. 2. 1972), Anneliese Hanstein, Darmstadt (1. 2. 1972), Ekkehard Schirmer, Frankfurt/Main (1. 2. 1972), Ruth Jakobs, Hadamar (1. 2. 1972), Gabriele Hanschke, Offenbach/Main (1. 2. 1972), Günter Faust, Darmstadt (1. 2. 1972), Renate Schwarz, Darmstadt (1. 2. 1972), Wilhelm Lauer, Neu-Isenburg (1. 2. 1972), Harald Zimmermann, Wetzlar (1. 2. 1972), Bernd Wellhausen, Geisenheim/Rhein (1. 2. 1972), Manfred Maixner, Herborn (1. 2. 1972), Walter Herber, Bischofsheim (1. 2. 1972), Manfred Berberich, Viernheim (1. 2. 1972), Gisa Sauerwald, Atzbach (1. 2. 1972), Herbert Faßrainer, Wetzlar (1. 2. 1972), Uta Bergmann, Wiesbaden (1. 2. 1972), Matthias Wachsmann, Frankfurt/Main (23. 3. 1972), Hannelore Stanzel, Wiesbaden (1. 2. 1972), Christina Hinkel, Bad Vilbel (1. 2. 1972), Donata Lahr, Darmstadt (1. 2. 1972), Dieter Nennstiel, Bad Vilbel (1. 2. 1972), Wilfried Buls, Gernsheim (1. 2. 1972), Hartmut Rückert, Solms (1. 2. 1972), Brigitte Zey, Hadamar (1. 2. 1972), Wolfram Helbich, Bischofsheim (1. 2. 1972), Mechthild Reuter-Kuhl, Hadamar (1. 2. 1972), Michael Wojahn, Wiesbaden (1. 2. 1972), Arnulf Rädercke, Bad Homburg (1. 2. 1972), Diether Scholz, Atzbach (1. 2. 1972), Hildburg Geißler, Bensheim (1. 2. 1972), Hans-Albert Grodeck, Neu-Isenburg (1. 2. 1972), Lothar Weber, Homburg (1. 2. 1972), Margrit Lindenberg, Hofheim/Ts. (16. 3. 1972), Dietlind Maier-Metz, Biedenkopf (1. 2. 1972), Bernd Reinhardt, Bensheim (1. 3. 1972);

zum/zur Studienrat/-in z. A. (BaP) Assessor/-in des Lehrsamts (BaW) Werner Koch, Viernheim (21. 4. 1972), Wilfriede Ninow, Darmstadt (1. 8. 1972);

zu Studienräten die Studienassessoren (BaP) Klaus Dürr, Groß-Gerau (10. 4. 1972), Norbert Weiß, Schlüchtern (15. 4. 1972), Walter Stroh, Darmstadt (18. 5. 1972), Horst Ludolph, Biedenkopf (19. 4. 1972);

zum Studienrat (Studienrat z. A. (BaP) Hermann Eigl, Hofheim/Ts. (26. 5. 1972);

zu Studienrät/-innen (BaL) die Studienassessoren/-innen (BaP) Else Ulamer, Frankfurt/Main (17. 3. 1972), Helmut Weber, Gießen (24. 3. 1972), Dr. Horst Wagner, Seeheim a. d. B. (13. 1. 1972), Gudrun Jope, Frankfurt/Main (28. 3. 1972), Wolfgang Rauch, Frankfurt/Main (17. 3. 1972), Dietmar Schöbel, Neu-Isenburg (14. 2. 1972), Dr. Melita Streb, Neu-Isenburg (1. 3. 1972), Dr. Eberhard Thomas, Gießen (10. 4. 1972), Wiltrud Angerhausen, Oberursel (10. 4. 1972), Stephan Nicola Geweniger, Seeheim a. d. B. (10. 4. 1972), Uta Jung, Frankfurt/Main-Höchst (14. 4. 1972), Thomas Kunke, Wiesbaden (12. 4. 1972), Sibylle Kaiser, Frankfurt/Main (10. 4. 1972), Klaus Teichler, Frankfurt/Main (14. 4. 1972), Ingrid Strauch, Oberursel (4. 4. 1972), Sabine Rauch, Sprendlingen (14. 4. 1972), Heide Gerhold, Bad Homburg (17. 4. 1972), Georg Hartmann, Biedenkopf (19. 4. 1972), Karlheinz Schmitt, Friedberg (13. 1. 1972), Elisabeth Bluhm, Darmstadt (20. 4. 1972), Hellmut Förster, Frankfurt/Main (25. 2. 1972), Luhr Grolle, Wetzlar (20. 4. 1972), Klaus Uwe Koch, Biedenkopf (22. 4. 1972), Karlheinz Hagelhans, Langen (20. 4. 1972), Dieter Hagen, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Karin Treptow, Wiesbaden (18. 4. 1972), Dr. Hans Otto Wurstmacher, Biedenkopf (21. 2. 1972), Karl-Heinz Köhler, Frankfurt/Main (14. 4. 1972), Hans Ulrich Häuser, Rüsselsheim (10. 4. 1972), Walter Gebert, Butzbach (29. 3. 1972), Ludwig Keppel, Dieburg (5. 2. 1971), Dieter Heymann, Rüsselsheim (10. 4. 1972), Christel Weis, Sulzbach/Ts. (13. 5. 1972), Jürgen Skiba, Hanau (25. 1. 1972), Klaus Allendörfer, Rüsselsheim (11. 4. 1972), Dr. Gudrun Vögler, Schlitz (2. 2. 1972);

die Studienrät/-innen z. A. Hans Wilhelm Wolff, Gießen (28. 4. 1972), Dr. Bodo Nehring, Ober-Hambach (6. 5. 1972), Erika Knackstedt, Gießen (12. 5. 1972), Helmut Schwab, Hanau (17. 5. 1972), Rainer Sommer, Friedberg (25. 5. 1972), Gudrun Jennings, Oberursel (24. 5. 1972), Hans-Helmut Hoos, Friedberg (27. 5. 1972), Dieter Hainbuch, Hofheim/Ts. (25. 5. 1972), Sieglinde Noll, Groß-Gerau (20. 5. 1972), Brigitte Böhm, Frankfurt/Main (26. 5. 1972);

zum Studienrat Lehrer (BaL) Fritz Geiss, Darmstadt (29. 5. 1972);

zu Oberstudienrät/-innen die Studienrät/-innen (BaL) Rudolf Maurer, Bensheim a. d. B. (30. 3. 1972), Dieter Gail, Gießen (29. 3. 1972), Gerhard Richter, Oberursel (24. 1. 1972), Gerhard Richter, Oberursel (24. 1. 1972), Sieglinde Schneider, Königstein/Ts. (14. 4. 1972), Manfred Hermann,

Hadamar (11. 4. 1972), Brigitte Oswald, Wetzlar (17. 4. 1972), Rudolf Fontagnier, Viernheim (19. 4. 1972), Hilde Holl, Geisenheim/Rh. (20. 4. 1972), Wolfgang Kümmel, Gießen (7. 4. 1972), Günter Schwarz, Darmstadt (28. 4. 1972), Hildegard Semmler, Geisenheim/Rh. (25. 4. 1972), Rudolf Müller, Darmstadt (26. 4. 1972), Klaus Brauer, Usingen (17. 4. 1972), Dr. Karl-Otto Weber, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Manfred Fischer, Laubach (25. 4. 1972), Claus Rühl, Bensheim (28. 4. 1972), Ekkehard Haben, Seeheim a. d. B. (25. 4. 1972), Siegfried Markwart, Seeheim a. d. B. (25. 4. 1972), Reinhard Ostwald, Büdingen (13. 5. 1972), Volker Lorenzen, Seeheim a. d. B. (27. 4. 1972), Wilhelm Köhler, Gießen (26. 4. 1972), Franz Huber, Groß-Umstadt (25. 4. 1972), Friedrich Schickedanz, Bensheim (28. 4. 1972), Ingeborg Beckmann, Büdingen (10. 5. 1972), Günter Scheerer, Heppenheim a. d. B. (28. 4. 1972), Gabriele Linker, Darmstadt (30. 5. 1972), Hansjörg Bühler, Bensheim (22. 4. 1972), Friedrich Bormann, Wiesbaden (25. 5. 1972);

zum **Direktor als ständiger Vertreter des Leiters einer Gesamtschule mit Sekundarstufe I und II** die Direktoren einer Hauptschule (BaL) Friedrich Peter Weber, Groß-Bieberau (20. 4. 1972), Werner Reitz, Hungen (15. 5. 1972);

zum **Direktor einer Gesamtschule mit Sekundarstufe I und II** Oberstudiendirektor (BaL) Gerhard Plass, Gießen (24. 5. 1972);

zu **Studiendirektoren** die Oberstudienräte (BaL) Günter Keller, Frankfurt/Main (28. 3. 1972), Wolfgang Wiersheim, Frankfurt/Main (28. 3. 1972), Eugen Erbs, Gießen (21. 4. 1972), Hermann Steinhauer, Wiesbaden (20. 4. 1972), Karl-Heinrich Möller-Rehm, Wiesbaden (26. 4. 1972), Dieter Beltz, Neu-Isenburg (30. 3. 1972), Werner Kloth, Frankfurt/Main (25. 4. 1972), Hans Joachim Krause, Darmstadt (31. 5. 1972), Hans Teuber, Frankfurt/Main (30. 5. 1972);

zum **Oberstudiendirektor** die Studiendirektoren (BaL) Günter Engelhardt, Bad Vilbel (27. 1. 1972), Dr. Wilhelm Lotz, Darmstadt (31. 5. 1972);

In den Ruhestand getreten:

die Oberstudiendirektoren Dr. Wilhelm Holzapfel, Groß-Umstadt (31. 7. 1972), Heinrich Mentel, Gießen (31. 7. 1972), Heinrich Geiß, Dillenburg (31. 7. 1972), Fritz Schlüsselburg, Langen (31. 7. 1972);

die Studiendirektoren Dr. Peter Petersen, Gießen (31. 7. 1972), Eduard Schinzel, Offenbach/Main (31. 7. 1972), Ludwig Fontius, Darmstadt (31. 7. 1972), Dr. Peter Borig, Friedberg (31. 7. 1972);

die Oberstudienräte Richard Pitthan, Groß-Umstadt (31. 7. 1971), Dr. Heinrich Mann, Gießen (31. 7. 1971), Dr. Heinrich Reibstein, Darmstadt (31. 7. 1972), Friedrich Vogelsberger, Friedberg (31. 7. 1972), Friedrich Amtmann, Friedberg (31. 7. 1972), Friedrich Ramge, Schlüchtern (31. 7. 1972), Hans Buccoli, Hanau (31. 7. 1972), Wilhelm Böhm, Groß-Umstadt (31. 7. 1972), Wilhelm Schmidt, Büdingen (31. 7. 1972);

die Oberstudienrätinnen Frieda Wiegel, Hungen (31. 7. 1972), Grete Glunz, Frankfurt/Main (31. 7. 1972);

In den Ruhestand versetzt:

die Studiendirektoren Dr. Martin Filla, Darmstadt (31. 7. 1972), Paul Härtel, Weilburg (31. 7. 1972), Georg Ahlbach, Offenbach/Main (31. 7. 1972), Wilhelm Schneider, Schlitz (31. 7. 1972);

die Oberstudienräte Ernst Kleinschmidt, Waldmichelbach (31. 7. 1972), Hubert Weisner, Friedberg (31. 7. 1972), Hugo Kliegel, Dillenburg (31. 7. 1972), Georg Brohm, Darmstadt (31. 7. 1972), Hermann Schulz, Darmstadt (31. 7. 1972), Robert Ewald, Gießen (31. 7. 1972), Dr. Otto Buggisch, Darmstadt (31. 7. 1972);

die Oberstudienrätinnen Sigrid Lerch, Gießen (31. 7. 1971), Klara Wurmbach, Dillenburg (31. 7. 1972), Anna-Margarete Briika, Langen (31. 7. 1972), Dr. Irmgard Paetzold, Darmstadt (31. 7. 1971), Christel Plenzat, Frankfurt/Main (31. 7. 1972), Dr. Anneliese Petry, Wetzlar (31. 7. 1972);

Oberschullehrerin Gertrud Leicht, Offenbach/Main (31. 7. 1971);

entlassen:

Studienrätin Dr. Ute Klüger-Zingler, Frankfurt/Main (30. 4. 1972), Studienrat Ludwig Keppel, Dieburg (31. 7. 1972);

— Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen —

ernannt:

zu **apl. Lehrern/-innen (BaW)** die Lehramtsbewerber/-innen Lothar Niemann, Schlitz (3. 1. 1972), Gabriele Rotter-Woletz, Viernheim (16. 3. 1972), Bärbel Linge, Offenbach/M. (6. 3. 1972), Volker Wittenmayer, Frankfurt/Main (4. 4. 1972), Margret Wynnberry, Hanau (30. 3. 1972), Günther Jung, Ginsheim-Gustavsburg (15. 3. 1972), Ingeborg Le-walter, Klein-Krotzenburg (15. 3. 1972), Ursula Kohlmeier, Groß-Gerau (3. 1. 1972), Monika Spamer, Frankfurt/Main (8. 3. 1972), Ernst Wachenfeld, Dillenburg (30. 3. 1972), Bärbel Siebert, Aarbergen-Michelbach (11. 4. 1972), Christel Thiel, Wiesbaden (21. 4. 1972), Bernhard Waldmann, Frankfurt/Main (18. 4. 1972), Hildegard Müller, Gernsheim (17. 4. 1972), Inge Hilgers, Nieder-Roden (26. 4. 1972), Renate Drawe, Heppenheim a. d. B. (14. 4. 1972), Gisela Riech, Offenbach/Main (8. 5. 1972), Christoph Hinkel, Frankfurt/Main (2. 5. 1972), Wilfried Plag, Eschenburg/Eibelshausen (24. 5. 1972), Ruth Kersten, Urberach (2. 5. 1972), Erika Weiss, Viernheim (19. 4. 1972), Günter Bär, Wiesbaden (25. 5. 1972), Roswitha Schmidt, Frankfurt/Main (31. 5. 1972), Eleonore Strauch, Frankfurt/Main (1. 6. 1972), Beate Lillinger, Gräfenhausen (2. 5. 1972), Gunter Schmidt, Frankfurt/Main (31. 5. 1972), Rosemarie Meister, Frankfurt/Main (1. 6. 1972), Ingrid Neugebauer, Frankfurt/Main (1. 6. 1972), Rolf Arbeit, Nidda (5. 6. 1972), Annemarie Kosak, Frankfurt/Main (1. 6. 1972), Brunhilde Pumm, Darmstadt-Eberstadt (29. 5. 1972), Rosemarie Böttche, Frankfurt/Main (1. 6. 1972), Michael Schröter, Nidda (5. 6. 1972), Wolfgang Staab, Wiesbaden (29. 5. 1972);

zu **apl. Lehrerinnen (BaW)** die Lehrerinnen im Angestelltenverhältnis Susanne Justiz, Hainhausen (23. 2. 1972), Romania Schichtel, Frankfurt/Main (23. 2. 1972), Karin Rothe, Frankfurt/Main (22. 1. 1972), Gisela Dederer, Wiesbaden (17. 5. 1972);

ehemalige Lehrerin z. A. Regina Sterzinger, Hochstadt (15. 2. 1972);

Jenny Balk, Viernheim (17. 4. 1972);

zur **apl. Fachlehrerin für musisch-technische Fächer (BaW)** Lehrkraft im Angestelltenverhältnis Lieselotte von Hugo, Limburg (12. 4. 1972);

zum/zu **apl. Lehrer/-innen (BaP)** Lehramtsbewerber Wilfried Bröder, Bad Schwalbach (10. 4. 1972), Ursula Jokisch, Bensheim (1. 4. 1972), Ingrid Gerner, Frankfurt/Main (4. 4. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe:

die apl. Lehrer/-innen (BaW) Uta Cichon, Heusenstamm (6. 4. 1972), Siegfried Schmidt, Hofheim/Ts. (18. 3. 1972), Dietlind Schulz, Hofheim/Ts. (15. 3. 1972), Werner Heinze, Aarbergen-Kettenbach (25. 3. 1972), Gertraud Stahlheber, Idstein (22. 3. 1972), Thora Fink, Hofheim/Ts. (15. 3. 1972), Ortrud Wissner, Sprendlingen (10. 4. 1972), Renate Köhler, Offenbach/Main (10. 4. 1972), Inge Schneider, Offenbach/Main (10. 4. 1972), Jürgen Schmidt, Wiesbaden (10. 4. 1972), Günter Gerdt, Herborn (10. 4. 1972), Haide Heuser, Burg (10. 4. 1972), Horst Peterzelka, Eibelshausen (29. 3. 1972), Theo Wilfried Biedenapp, Reichelsheim (5. 4. 1972), Klaus Trommeshäuser, Rai-Breitenbach (27. 3. 1972), Heidemarie Hillemann, Pfungstadt (6. 4. 1972), Margit Ramert, Ailsfeld (6. 4. 1972), Uwe Zschau, Babenhausen (13. 4. 1972), Margaritha Schwarz, Steinheim/Main (13. 4. 1972), Notburga Fresser, Mühlheim/Main (12. 4. 1972), Elke Markhoff, Keilsterbach (18. 3. 1972), Brigitte Narten, Frankfurt/Main (10. 4. 1972), Gerlinde Konrad, Dörnigheim (1. 2. 1972), David Beck, Hanau (28. 3. 1972), Gisela Bauer, Hanau (23. 3. 1972), Ansgar Hermanns, Rüdesheim (13. 4. 1972), Friedel Bosecke, Atzbach (13. 3. 1972), Roswitha Ried, Eschborn-Niederhöchstädt (10. 4. 1972), Gertrud Weiß, Hofheim a. Ts. (10. 4. 1972), Monika Nötling, Stierstadt/Ts. (10. 4. 1972), Heide Ehrhardt, Bad Homburg (12. 4. 1972), Maria Barbara Elermann, Offenbach/Main (10. 4. 1972), Friedlinde Wünderich, Offenbach/Main (11. 4. 1972), Petronella Stroick, Viernheim (12. 4. 1972), Renate Breuning, Großen-Buseck (17. 4. 1972), Christel Pauschardt, Lampertheim (10. 4. 1972), Harald Schnabel, Usingen (12. 4. 1972), Lore Burgey, Dietzenbach (14. 4. 1972), Karl-Ludwig Michel, Erbach (10. 4. 1972), Maria Meinel, Ober-Roden (13. 4. 1972), Edith Müller, Ober-Roden (13. 4. 1972), Hans Hermann Klierim, Lollar (12. 4. 1972), Karin Gebhardt, Rüsselsheim (11. 4. 1972), Hans Walter Becker, Pfungstadt (13. 4. 1972), Ursula Nowak, Mühlheim/Main (20. 4. 1972), Renate Olamal, Rüssels-

heim/Main (10. 4. 1972), Angelika Franzel, Frankfurt/Main (15. 3. 1972), Irmgard Stay, Birkenau (18. 4. 1972), Mechthild Stephan, Fürth/Odw. (10. 4. 1972), Anita Weiße, Ockstadt (21. 4. 1972), Christa Schneider, Erzhausen (20. 4. 1972), Christel Rohrer, Darmstadt (19. 4. 1972), Edith Wilhelm, Darmstadt (21. 4. 1972), Hannelore Rath, Frankfurt/Main (31. 3. 1972), Ursula Saxena, Bockenheim-Süd (23. 4. 1971), Ingrid Henrich, Flörsheim (17. 4. 1972), Brigitte Kühn, Oberhöchstadt (18. 4. 1972), Armin Weiß, Wiesbaden (20. 4. 1972), Christine Breuer, Gießen (21. 4. 1972), Elisabeth Jung, Klein-Umstadt (27. 4. 1972), Angelika Brauer, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Ellen Klose, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Ursula Braun, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Rotraud Bamberger, Erbach (13. 8. 1971), Ingeborg Isenberg, Nieder-Ramstadt (26. 4. 1972), Evelyn Albach, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Irmtraut Schrabek, Frankfurt/Main (14. 3. 1972), Almut Langlotz, Frankfurt/Main (14. 12. 1971), Kirsten Walz, Dortelweil (28. 4. 1972), Gisela Krüger, Birkenau (18. 4. 1972), Marianne Altegoer, Wiesbaden (26. 4. 1972), Adelheid Gnatzy, Rüsselsheim (15. 4. 1972), Norbert Lorek, Frankfurt/Main (10. 4. 1972), Christian Kretschmer, Frankfurt/Main (26. 4. 1972), Manfred Born, Wiesbaden (29. 4. 1972), Erika Pehler, Sprendlingen (4. 5. 1972), Gunhild Richter, Nieder-Roden (3. 5. 1972), Barbara Spachidis, Urberach (27. 4. 1972), Susanne Seeland, Frankfurt/Main (25. 4. 1972), Karin Witt, Frankfurt/Main (27. 4. 1972), Klaus Glaser, Nieder-Roden (2. 5. 1972), Wolfgang Munk, Ruhlkirchen (22. 9. 1971), Barbara Rockenfelt, Mühlheim/Main (4. 5. 1972), Ulrike Kisch, Bruchköbel-Nord (1. 2. 1972), Anita Trabant, Hanau (3. 5. 1972), Inge-Dorothea Sturm, Hanau (3. 5. 1972), Ursula Gruber, Wiesbaden (2. 5. 1972), Gertrud Krautwurst, Dietzenbach (3. 5. 1972), Mechthild Luding, Hainhausen (4. 5. 1972), Gerlind Gnirs, Neu-Isenburg (5. 5. 1972), Beate Zimmermann, Frankfurt/Main (28. 4. 1972), Rita Fink, Unterflockenbach (3. 5. 1972), Barbara Groß, Wiesbaden (8. 5. 1972), Detlef Steingrobe, Wiesbaden (26. 4. 1972), Rita Rein, Frankfurt/Main (28. 4. 1972), Hiltraud Nobbe, Frankfurt/Main (25. 4. 1972), Ruth Krewer, Grünberg (6. 4. 1972), Heinz Thiel, Rodheim v. d. H. (17. 5. 1972), Ingrid Fuhrmann, Frankfurt/Main (28. 4. 1972), Werner Genzlinger, Atzbach (13. 3. 1972), Charlotte Hauser, Niederselters (27. 4. 1972), Erika Markgraf, Schotten (12. 4. 1972), Dagmar Hasselberg, Gießen (3. 5. 1972), Siegfried Kaus, Grünberg (6. 4. 1972), Kristina Wienskowsky, Bischofsheim (16. 3. 1972), Renate Latzweg, Dietzenbach (14. 4. 1972), Ursula Aust, Lich (11. 4. 1972), Peter Mende, Lollar (22. 3. 1972), Ingrid Scherwinsky, Bärstadt (16. 5. 1972), Barbara Zölich, Darmstadt (19. 4. 1972), Ulrike Hollering, Wiesbaden-Kastel (20. 4. 1972), Ina Beuthner, Dillenburg (2. 5. 1972), Birgit Werner, Stierstadt (19. 4. 1972), Willi Henkel, Neu-Isenburg (4. 5. 1972), Jürgen Schmitt, Bad Homburg (20. 3. 1972);

die apl. Fachlehrer/-innen für musisch-technische Fächer (BaW) Gunther Ihrig, Babenhausen (13. 4. 1972), Brigitte Depner, Neckarsteinach (16. 12. 1971), Eva Pickerodt, Frankfurt/Main (18. 3. 1972), Karin Schlör, Offenbach/Main (7. 3. 1972), Renate Röhrig, Limburg (28. 7. 1971), Brigitte Kleinfischer, Friedberg (10. 4. 1972), Irene Winzkowski, Bergen-Enkheim (10. 4. 1972), Elisabeth Dittgen, Friedberg (13. 4. 1972), Ursula Pollrich, Steinheim (13. 4. 1972), Hildegard Süß, Bürstadt (20. 4. 1972), Ursula Skalitzky, Rodheim v. d. H. (14. 4. 1972), Lydia Neumann, Naurod (12. 4. 1972), Ruth Kugel, Pfungstadt (22. 3. 1972), Siegfried Schilling, Rothenbergen (1. 10. 1971), Berta Dubhorn, Lampertheim (10. 4. 1972), Angelika Heide, Frankfurt/Main (14. 4. 1972), Bärbel Klimmek, Wiesbaden (14. 4. 1972), Irmen Knuth, Offenbach/Main (13. 4. 1972), Karin Sennfelder, Lohrhaupten (15. 5. 1972), Winfried Gärtner, Hochstadt (22. 3. 1972), Walter Ebert, Oestrich (17. 3. 1972), Maria Leinberger-Hanstein, Frankfurt/Main (11. 4. 1972), Dieter Macholdt, Sprendlingen (13. 4. 1972), Heinz Brehm, Friedrichsdorf/Ts. (14. 4. 1972), Kurt Löber, Weiterstadt (18. 4. 1972);

die apl. Lehrer/-innen an einer Sonderschule (BaW) Heidi Marwede, Frankfurt/Main (12. 4. 1972), Gerhard Maier, Lampertheim (21. 4. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe:

Lehrer/-in z. A. (BaW) Hartmut Schäfer, Löhnberg (13. 4. 1972), Sylvia Görtz, Atzbach (8. 5. 1972);

ernannt:

zu **Lehrern/-innen z. A. (BaP)** die Lehrer/-innen (BaW) Inge Weil, Wetzlar (8. 5. 1972), Mechthild Scheidt, Eibelshausen (3. 5. 1972), Heinz Joachim Reitz, Ober-Roden (18.

5. 1972), Sigrun Haselwander, Oberstedten (10. 5. 1972), Renate Hebener, Dillenburg (2. 5. 1972), Isolde Beisler, Mosbach (4. 5. 1972), Heidrun Rexroth, Urberach (2. 5. 1972), Astrid Fischer, Alsfeld (19. 5. 1972), Joachim Vollmann, Kelkheim (9. 5. 1972), Petra Schaper, Bad Soden (5. 5. 1972), Michael Schweisgut, Groß-Felda (19. 5. 1972), Ursula Spies, Lollar (12. 5. 1972), Christiane Bauschulte, Gießen (30. 5. 1972), Angelika Ohly, Ober-Roden (25. 5. 1972), Günter Gohlke, Offenbach/Main (25. 5. 1972), Anne Weitzsäcker, Dieburg (30. 5. 1972), Monika Fritzel, Bad Homburg (26. 5. 1972), Elisabeth Standke, Gießen (26. 5. 1972), Heidi Denzin, Rüdeshheim (5. 5. 1972), Dorothea Eichholz, Eltville (4. 5. 1972), Heide Deppe, Oberursel (31. 5. 1972), Ulrich Remßhardt, Frankfurt/Main (12. 5. 1972), Bernd Türckemüller, Nieder-Ohmen (30. 5. 1972), Hildegard Henze, Nieder-Ohmen (30. 5. 1972), Regina Vogt, Oberursel (26. 5. 1972), Hanns-Michael Homberg/Ohm (25. 5. 1972), Petronella Frühwein, Klein-Krotzenburg (13. 6. 1972), Hans Joachim Nicklos, Frohnhausen (18. 5. 1972), Karola Lommel, Bad Homburg (26. 5. 1972), Ina Horst, Rodenbach (10. 5. 1972), Elisabeth Ruckelshausen, Ober-Wöllstadt (12. 6. 1972);

Barbara von Grawert, Frankfurt/Main (16. 5. 1972), Monika Böckler, Oberursel/Ts. (6. 6. 1972);

Lehramtsbewerberin Margit Ludwig-van der Meulen, Groß-Umstadt (23. 5. 1972);

zur **Realschullehrerin z. A. (BaP)** Barbara Raif, Neu-Isenburg (29. 5. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe:

apl. Lehrer/-in an einer Sonderschule (BaW) Friedrich Weil, Viernheim (12. 4. 1972), Mechthild Heyden, Staufenberg (15. 5. 1972);

ernannt:

zur **Jugendleiterin (BaP)** die Jugendleiterin i. A. Sonja Sorg, Friedberg (16. 2. 1972);

zu **Lehrern/-innen (BaL)** die apl. Lehrer/-innen (BaP) Reiner Gaul, Ehringshausen (11. 4. 1972), Rosemarie Mußmann, Langenselbold (25. 1. 1972), Rudolf Ullsperger, Udenhausen (10. 4. 1972), Ingrid Kagerhuber, Münster (13. 4. 1972), Regina Jakob, Dieburg (13. 4. 1972), Doris Behrens, Hochheim (10. 4. 1972), Waldemar Hausl, Griesheim (29. 3. 1972), Ingrid Zuschlag, Nieder-Roden (13. 4. 1972), Wolfgang Weigand, Naurod (10. 4. 1972), Mechthild Wolz, Flörsheim (10. 4. 1972), Paul-Günter Fraas, Beerfelden (18. 4. 1972), Franz Lox, Okriftel (10. 4. 1972), Helga Käpernick, Beerfelden (15. 4. 1972), Mechthild Sonntag, Urberach (27. 4. 1972), Elke Remdisch, Biskirchen (20. 4. 1972), Annemarie Rübamen, Gießen (21. 4. 1972), Brigitte Mark, Nieder-Roden (27. 4. 1972), Gudrun Wagner, Wetzlar (17. 4. 1972), Ursula Werner, Lorsch (20. 4. 1972), Ulla Römer, Offenbach/Main (17. 4. 1972), Inge Swoboda, Offenbach/Main (10. 3. 1972), Sigrid Rothmann, Rabenau (10. 4. 1972), Lydia Zdyb, Seulberg (24. 3. 1972), Ingrid Wagner, Wiesbaden (10. 4. 1972), Sabine Wellner, Rodheim (13. 4. 1972), Christa Osthoff, Jügesheim (10. 4. 1972), Ursula Preuschen, Steinfurth (12. 4. 1972), Erika Spring, Viernheim (9. 3. 1972), Ingrid Tilger, Fürth (10. 4. 1972), Gisela Petry, Wiesbaden (10. 4. 1972), Gisela Reebs, Weilburg (29. 3. 1972), Helmgard Speidel, Frankfurt/Main (25. 2. 1972), Rita Witte Seligenstadt (18. 4. 1972), Siglinde Zabka, Nieder-Wöllstadt (21. 4. 1972), Ingrid Steinhäuser, Götzenhain (13. 3. 1972), Ursula Schäfer, Camberg (8. 3. 1972), Gudrun Schirmann, Grävenwiesbach (15. 3. 1972), Roland Schmidt, Kelsterbach (10. 4. 1972), Anne-Marie Reith, Offenbach/Main (21. 3. 1972), Sigrun Reuse, Lollar (24. 4. 1972), Ilse Scholderer, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Ute Schröter, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Ingrid Wilhelm, Naurod (21. 2. 1972), Margit Zschörnig, Anspach (9. 3. 1972), Hannelore Schmidt, Usingen (16. 3. 1972), Sylvia Schnöbel, Rechtenbach (10. 4. 1972), Heidrun Wolf, Büttelborn (21. 4. 1972), Barbara Winter, Rüsselsheim (10. 4. 1972), Helga Wunsch, Darmstadt-Arheilgen (10. 4. 1972), Margarete Pleser, Klein-Gerau (26. 2. 1972), Burgunde Weis, Gießen (10. 3. 1972), Gisela Krey, Hofheim/Ried (6. 5. 1972), Jja Piesche, Frankfurt/Main (25. 1. 1972), Ute Reichel, Frankfurt/Main (24. 4. 1972), Elke Rödler, Taunusstein-Hahn (6. 5. 1972), Gisela Turber, Lorsch (25. 4. 1972), Ute Herzog, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Ingeborg Gloyr, Wiesbaden (18. 4. 1972), Roswitha Bedau, Lich (24. 4. 1972), Sigrid Moser, Langen (24. 4. 1972), Brunhilde Hanisch, Rüsselsheim (24. 4. 1972), Ilse Heil, Butzbach (16. 3. 1972), Hannelotte Hartel, Reiskirchen (4. 4. 1972), Monika Herchenröder, Groß-Gerau (10. 4. 1972), Karin Gutacker, Offenbach/M. (11. 4. 1972), Gotlind Kasper, Friedberg (12. 5.

1972), Gertraude Mannschatz, Butzbach (30. 3. 1972), Irmela Eimer, Gießen (15. 3. 1972), Ingrid Neis, Limburg (21. 4. 1972), Gudrun Faupel, Gießen (19. 4. 1972), Margarete Graf, Frankfurt/Main (20. 4. 1972), Hildegard Graffmann, Herborn (21. 3. 1972), Erika Gerhardt, Frankfurt/Main (27. 3. 1972), Gudrun Gros, Taunusstein-Hahn (3. 5. 1972), Marianne Meyer, Nieder-Ohmen (11. 4. 1972), Gisela Breiter, Frankfurt/Main (3. 3. 1972), Waltraud Brooks, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Roselind Fischer, Riedelbach (26. 4. 1972), Gerhardine Jahnke, Frankfurt/Main (24. 4. 1972), Herta Karey, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Barbara Irrgang, Wiesbaden (25. 4. 1972), Astrid Eckwright, Wiesbaden (28. 4. 1972), Elisabeth Breitwieser, Heppenheim (18. 3. 1972), Rosemarie Ebing, Wiesbaden (10. 4. 1972), Ursula Horz, Wiesbaden (4. 4. 1972), Marianne Carow, Achenbach (28. 3. 1972), Renate Krause, Mainz-Kastel (16. 3. 1972), Christa Keim, Dreieichenhain (22. 4. 1972), Hildegard Klepper, Sprendlingen (10. 4. 1972), Christa Kleeemann, Karben 1 (17. 4. 1972), Barbara Wagner, Frankfurt/Main (25. 4. 1972), Brigitte Diehl, Walldorf (28. 2. 1972), Gertrud Brehm, Darmstadt (10. 4. 1972), Hans Erich Stohr, Friedberg (23. 3. 1972), Gerd Schiel, Ginsheim (3. 2. 1972), Rolf-Dieter Wenkel, Nieder-Gemünden (8. 3. 1972), Dieter Trautmann, Mörlenbach (4. 3. 1972), Wolfgang Weisel, Lollar (24. 4. 1972), Gerlinde Kraus, Neu-Isenburg (4. 5. 1972), Frank Stoll, Wiesbaden (10. 4. 1972), Gerhard Strack, Altenstadt (29. 3. 1972), Manfred Wagner, Wiesbaden (10. 4. 1972), Joachim Schmidt, Frankfurt/Main (24. 3. 1972), Winfried Schulz, Bruchköbel-Süd (24. 2. 1972), Heide Bussian, Obertshausen (19. 5. 1972), Hildegard Spengler, Reinheim (23. 3. 1972), Ursula Peters, Taunusstein-Hahn (25. 4. 1972), Karl Michael Beltz, Wißmar (7. 2. 1972), Elke Freitag, Ostheim (17. 3. 1972), Hilda Fischbach, Oberscheld (14. 3. 1972), Ina-Maria Berner, Langen (12. 5. 1972), Sieglinde Hahn-Niederhöfer, Gladenbach (14. 3. 1972), Gisela Hartmann, Großkrotzenburg (22. 3. 1972), Iris Gräf, Wiesbaden (30. 3. 1972), Katharina Baaser, Rüsselsheim (25. 4. 1972), Gerda Kustermann, Frankfurt/Main (14. 4. 1972), Elisabeth Hube, Harbach (15. 3. 1972), Erika Freppon, Frankfurt/Main (25. 4. 1972), Meike Crewett, Frankfurt/Main (28. 4. 1972), Bärbel Pahle, Groß-Felda (8. 5. 1972), Helgard Franke, Lorsch (13. 4. 1972), Barbara Koch, Breidenbach (25. 3. 1972), Sybille Schiller, Frankfurt/Main (11. 4. 1972), Heinrich Zulauf, Büttelborn (25. 4. 1972), Henriette Meinig, Frankfurt/Main (14. 4. 1972), Hildegard Litzberger, Frankfurt/Main (25. 4. 1972), Hannelore Murowski, Frankfurt/Main (11. 4. 1972), Christel Moews, Rodenbach (9. 2. 1972), Felicitas Matthes, Frankfurt/Main (29. 2. 1972), Petra Lueken, Frankfurt/Main (29. 2. 1972), Ortrud Michaelis, Frankfurt/Main (11. 4. 1972), Ursula Emmerich, Langen (19. 5. 1972), Martin Walka, Buchenau (24. 5. 1972), Ulrike Laabs, Biedenkopf (10. 5. 1972), Marianne Sasso, Bürstadt (29. 5. 1972), Frauke-Maria Ackermann, Allendorf (14. 3. 1972), Inge Böhme, Frankfurt/Main (28. 4. 1972), Ortrud Düker, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Eckhard Thoms, Großen-Buseck (17. 5. 1972), Peter Fiolka, Friedberg (11. 4. 1972), Ursula Griffel, Viernheim (18. 4. 1972), Heinrich Weber, Nieder-Mörlen (31. 5. 1972), Volker Theiß, Allendorf/Lda. (24. 5. 1972), Gerd Spahn, Sprendlingen (4. 5. 1972), Brigitte Kasper, Darmstadt (10. 4. 1972), Gisela Fischer, Seulberg (31. 5. 1972), Ulrike Süberkrüb, Ober-Ramstadt (4. 5. 1972), Ulrich Veit, Bensheim (13. 5. 1972), Edeltraud Winter, Jügesheim (31. 5. 1972), Doris Pullmann, Nieder-Eschbach (29. 5. 1972), Ursula Weßling, Bischofsheim (3. 6. 1972), Heinz Thumser, Wallau (3. 6. 1972), Annemarie Schramm, Merkenbach (25. 5. 1972), Reinhold Stöhr, Friedrichdorf/Dautphe (15. 4. 1972), Dieter Topitsch, Hähnlein (5. 5. 1972), Eva-Maria Schneider, Traisa (5. 5. 1972), Lutz Ehmler, Bönstadt (28. 2. 1972), Martin Zingrosch, Altenstadt (5. 6. 1972), Heide Stahl-Streit, Idstein (25. 4. 1972), Franz Komma, Katzenfurt (24. 4. 1972), Christian Gräf, Groß-Gerau (27. 4. 1972), Karl Bernbach, Wallrabenstein (15. 5. 1972), Oskar Pauschardt, Lampertheim (27. 4. 1972), Helga Harjes, Reichenbach (10. 4. 1972), Monika Hennig, Frankfurt/Main (8. 3. 1972), Barbara Heil, Oberstedten (26. 5. 1972), Gerhard Siegel, Mörfelden/Walldorf (11. 4. 1972), Gisela Reichelt, Darmstadt-Arheilgen (13. 5. 1972), Erich Donges, Biedenkopf (10. 5. 1972), Klaus Dieter Bethge, Bad Homburg (12. 4. 1972), Claus Sonnemann, Frankfurt/Main (21. 2. 1972), Gunter Sperlich, Rüsselsheim-Bauschheim (25. 4. 1972), Reinhold Hartmann, Friedensdorf (15. 4. 1972), Manfred Hahn, Gladenbach (23. 3. 1972), Manfred Heini, Offenbach/Main (5. 6. 1972), Margot Engels, Raunheim (25. 5. 1972), Maria Maas, Rimbach (18. 4. 1972), Günter Kothe, Neckarsteinach (10. 4. 1972), Günter Hieke, Großen-Buseck (20. 4. 1972), Anneliese Mohler, Jügesheim (31. 5. 1972), Traute

Kuphal, Darmstadt (23. 5. 1972), Christine Anton, Altenstadt (5. 6. 1972), Brigitta Becker, Rabenau (24. 5. 1972), Hans Peter Heus, Alsfeld (19. 5. 1972), Wolfgang Jäger, Freiensteinau (12. 5. 1972);

Lehrer im Angestelltenverhältnis Ernst Steinbach, Manderbach (1. 5. 1972);

Wolfgang Härtel, Frankfurt/Main (9. 6. 1972);

zu **Lehrern/-innen (BaL)** die Lehrer/-innen z. A. (BaP) Gisela Bender, Dreieichenhain (4. 5. 1972), Peter Weimer, Hadamar (4. 4. 1972), Monika Päch, Altengronau (8. 5. 1972), Hella Kranz, Bad Orb (17. 5. 1972), Hannelore Holk, Auenau (23. 5. 1972), Marianne Dietrich, Biebesheim (15. 5. 1972), Heide Gimber, Geinsheim (25. 5. 1972), Ulrike Perkhoff, Heusenstamm (25. 5. 1972), Hildegund Dienstbach, Atzbach (29. 5. 1972), Hans-Jürgen Centner, Langen (2. 6. 1972), Franz Firner, Jügesheim (31. 5. 1972), Helmut Frohner, Groß-Bieberau (30. 5. 1972), Hartmut Emmel, Eidenesäß (2. 6. 1972), Martin Gleichmann, Brachtal (26. 5. 1972), Ute Goerke, Büttelborn (19. 5. 1972);

Lehrerin (BaP) Bärbel Schickel, Oberndorf (9. 5. 1972);

zur **Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer** apl. Fachlehrerin für mus.-techn. Fächer (BaP) Helga Stelzer, Gustavsburg (31. 5. 1972);

zu **Fachlehrern/-innen für mus.-techn. Fächer (BaL)** die apl. Fachlehrer/-innen für mus.-techn. Fächer (BaP) Monika Finger, Bad König (11. 4. 1972), Evelin Heidrich, Münster (13. 4. 1972), Ortwin Walther, Erbach/Odw. (11. 4. 1972), Dietmar Seichter, Rüsselsheim (10. 4. 1972), Veronika Höhler, Lorsch (20. 4. 1972), Ingeborg Rausch, Nidda (18. 4. 1972), Elke Büdinger, Dieburg (13. 4. 1972), Marion Schellmann, Wiesbaden (25. 4. 1972), Gundula Schwamborn-Meise, Roffendorf (23. 3. 1972), Astrid Thierbach, Darmstadt (10. 4. 1972), Silke-Angela Schattschneider-Hennings, Rüsselsheim (12. 4. 1972), Waltraud Sandtner, Darmstadt (11. 4. 1972), Herta Sturm, Brechen (28. 4. 1972), Brigitte Rippert, Frankfurt/Main (14. 4. 1972), Sigrid Gote, Weilburg (16. 3. 1972), Sigrid Machulla, Reichelsheim (17. 5. 1972), Irmgard Naumann, Seligenstadt (5. 5. 1972), Ingrid Eickmeier, Lich (14. 4. 1972), Erwin Schmiedl, Lampertheim (13. 4. 1972), Ute Brand-Kaulbach, Atzbach (13. 3. 1972), Gisa Feller, Bensheim (25. 4. 1972), Birgit Brotkorb, Großen-Linden (21. 3. 1972), Hella Back, Lützel-Wiebelbach (24. 5. 1972), Ingrid Liese, Groß-Gerau (1. 3. 1972), Brigitte Bartels, Waldmichelbach (18. 3. 1972), Brigitte Radke, Bad Vilbel (31. 5. 1972), Siegfried Bednarczyk, Bürstadt (29. 2. 1972), Wolfgang Engel, Romrod (11. 4. 1972), Erhard Heuring, Aßlar-Hermannstein (13. 3. 1972), Friederike Bär, Jügesheim (7. 6. 1972);

zur **Hauptlehrerin als Leiter einer Grundschule** Lehrerin (BaL) Gertrude Hamm, Fellingshausen (30. 6. 1971);

zum **Hauptlehrer** Lehrer (BaL) Manfred Thiel, Kirchbracht (3. 3. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Probe:

apl. Realschullehrerin (BaW) Ulrike Wiedethold, Bad Vilbel (6. 4. 1972);

ernannt:

zur **Realschullehrerin** Realschullehrerin z. A. (BaP) Michaela Rützel, Gernsheim (16. 5. 1972);

zu **Realschullehrerinnen (BaL)** apl. Realschullehrerin (BaP) Ursula Hengst, Groß-Zimmern (13. 4. 1972), Carola Karschnia, Neu-Isenburg (6. 4. 1972), Heidi Hofmann, Trebur (6. 5. 1972), Helga Hornung, Frankfurt/Main (10. 4. 1972), Ilse Däther, Gelnhausen (10. 4. 1972), Beate Emmel, Wiesbaden (10. 4. 1972), Ingrid Gessner, Reinheim (24. 3. 1972), Birgit Eyme, Wiesbaden (19. 5. 1972), Charlotte Elsholz, Birkenau (3. 5. 1972), Margit Paatzsch, Wiesbaden (19. 5. 1972);

Realschullehrer z. A. Klaus-Peter Möhn, Gießen (29. 5. 1972);

zur **Lehrerin an einer Sonderschule (BaL)** apl. Lehrerin an einer Sonderschule (BaP) Christel Schäfer, Hommertshausen (15. 4. 1972);

zur **Lehrerin an einer Sonderschule** Lehrerin (BaL) Helga Wagenmann, Sprendlingen (21. 4. 1972);

zum/zur **Blindenoberlehrer/-in** Lehrer/-in (BaL) Christiane Schütte, Friedberg (30. 10. 1971), Oskar Walter, Friedberg (1. 4. 1972);

zu **Konrektoren/-innen einer Grundschule** die Lehrer/-innen (BaL) Elisabeth Wonneberg, Burgsolms (17. 3. 1972), Marina Kickelhahn, Raunheim (24. 4. 1972), Gerhard Lang, Weilmünster (21. 4. 1972), Karl Herweh, Hofheim/Ts. (29. 1. 1971), Klaus Henke, Frankfurt/Main-Nordwest (13. 3. 1972), Norbert Walz, Schwalbach (30. 3. 1972), Klaus Henke, Frankfurt/Main (13. 3. 1972);

zum **Konrektor einer Sonderschule** Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Gerhard Lomb, Wetzlar (13. 3. 1972);

eingewiesen:

in die Bes.-Gruppe A 13a HBesG als **Konrektor einer Grundschule** mit mindestens 16 Klassen **Konrektor einer Grundschule** Rudolf Feldbusch, Schlitz (4. 3. 1972);

in die Bes.-Gruppe A 14 HBesG als **Rektor einer Grund- und Hauptschule** mit mindestens 16 Klassen **Rektor einer Grund- und Hauptschule** mit 6—15 Klassen Heinrich Dambmann, Offenbach/Main (26. 4. 1972);

in die Bes.-Gruppe A 14 HBesG als **Rektor einer Grundschule** mit mindestens 16 Klassen **Rektor einer Grundschule** mit 6—15 Klassen (BaL) Bruno Jerschenkowski, Flörsheim (22. 4. 1972), die **Rektorinnen einer Grundschule** mit 6—15 Klassen Klara Busch, Steinheim (19. 5. 1972) Ilse Stegner, Dreieichenhain (4. 5. 1972);

ernannt:

zum **Haupt- und Realschulkonrektor** (Lehrer (BaL) Peter Jost, Altenstadt (17. 4. 1972);

zu **Rektoren einer Grundschule** die Lehrer (BaL) Klaus Walter, Wiesbaden (27. 4. 1972), Eberhard Rottzoll, Kostheim (11. 4. 1972), Karl Heinz Schwarz, Langen (27. 4. 1972), Johann Gabriel, Pfungstadt (17. 3. 1972);

die **Hauptlehrer** (BaL) Hermann Neuesüß, Haarheim (20. 3. 1972), Ernst Gerspacher, Heidenrod-Kemel (9. 5. 1972);

die **Realschullehrer** (BaL) Heinz Triebel, Waldmichelbach (11. 4. 1972), Rudolf Hamm, Hermannstein (30. 5. 1972);

zum **Rektor einer Grund- und Hauptschule** Lehrer (BaL) Werner Wolf, Ernsthofen (28. 4. 1972);

die **Konrektoren** (BaL) Josef Grimmer, Niederdorfelden (26. 4. 1972), Karl Ohlemacher, Staffel (25. 4. 1972);

Rektor einer Grundschule (BaL) Fritz Roß, Frankfurt/Main (31. 1. 1972);

Hauptlehrer (BaL) Wilhelm Schnorr, Dehrn (2. 6. 1972); die **Konrektoren einer Grund- und Hauptschule** Richard Schmandt, Hofheim/Ts. (21. 4. 1972), Philipp Kimbel, Bad Nauheim (27. 4. 1972), Peter Blödel, Frankfurt/Main (28. 4. 1972);

zum **Rektor einer Haupt- und Realschule** **Konrektor einer Haupt- und Realschule** (BaL) Rudolf Engel, Viernheim (17. 4. 1972);

zum **Rektor einer Sonderschule** die Lehrer an einer Sonderschule (BaL) Hermann Liermann, Weiterstadt (30. 5. 1972), Werner Flügel, Hettersroth (31. 5. 1972);

zum **Rektor als ständiger Vertreter eines in der Bes.-Gruppe A 15 eingestuftens Direktors einer Gesamtschule** **Rektor einer Grundschule** (BaL) Helmut Glück, Gießen-Ost (18. 5. 1972);

zum **Direktor einer Gesamtschule** **Rektor einer Haupt- und Realschule** (BaL) Karl Schwarz, Wiesbaden-Bierstadt (28. 4. 1972);

Rektor einer Grund- und Hauptschule (BaL) Kurt Hanelwald, Taunusstein-Hahn (28. 4. 1972);

zum **Direktor einer Gesamtschule mit Sekundarstufe I und II** **Oberstudiendirektor** (BaL) Hermann Kratz, Hungen (9. 5. 1972);

versetzt:

in den Geschäftsbereich des Bundesministers für Verteidigung **Konrektor** Rudolf Weitz, Gießen (1. 4. 1972);

in den Ruhestand getreten:

die **Rektoren** Karl Schwinn, Reichelsheim (31. 7. 1971), Artur Knetsch, Düdelsheim (31. 7. 1971), Georg Pfeifer, Langen (31. 7. 1971), Karl Brühl, Wölfersheim (31. 7. 1972), **Rektorin einer Grundschule** Hedwig Schäfer, Geinsheim (31. 7. 1972), **Rektor einer Grundschule** Eduard Melcher, Erfelden (31. 7. 1972), die **Rektoren einer Grund- und Hauptschule** Ferdinand Wöhl, Nieder-Roden (31. 7. 1972), Hans Helm, Rüsselsheim (31. 7. 1972), **Rektor einer Hauptschule** Heinrich Sommer, Watzborn-Steinberg (31. 7. 1972), **Konrektor einer Grund- und Hauptschule** Karl Policky, Klein-Gerau (31. 7. 1972), die **Realschullehrer** Erich

Neliba, Gustavsburg (31. 7. 1972), Johannes Bunke, Frankfurt/Main (31. 7. 1972), Heinrich Seib, Gießen (31. 7. 1972), Theodor Scheiderer, Bad Vilbel (31. 7. 1972), **Realschullehrerin** Margarete Ritschel, Walldorf (31. 7. 1972), **Hauptlehrer** Karl Stetzer, Nieder-Rosbach (31. 7. 1971), die **Lehrerinnen** Margarete Leuschner, Eschhofen (31. 7. 1972), Ottilie Kumpf, Heppenheim (31. 7. 1971), Erika Spanner, Großen-Buseck (31. 7. 1972), Ilse Siegert, Weiskirchen (31. 7. 1972), die **Lehrer** Georg Maier, Dieburg (31. 7. 1971), Heinrich Vierheller, Darmstadt-Arheilgen (31. 7. 1971), Heinrich Rothenberger, Erzhäusen (31. 7. 1972), Rudolf Kahnt, Lich/Oberhessen (31. 7. 1972);

in den Ruhestand versetzt:

Taubstummenoberlehrer Georg Schmitt, Friedberg (25. 2. 1972), **Rektor** Wilhelm Schäfer, Ober-Wöllstadt (31. 7. 1971), **Konrektor** Otto Wex, Butzbach (31. 7. 1972), **Konrektor einer Grund- und Hauptschule** Heinrich Schember, Ortenberg (31. 7. 1972), **Konrektorin einer Grund- und Hauptschule** Annemarie Lauber, Darmstadt (31. 7. 1972), **Konrektor einer Haupt- und Realschule** Otto Egner, Seligenstadt (31. 7. 1971), **Direktor einer Gesamtschule** Hermann Kratz, Hungen (31. 7. 1972), **Konrektor** Franz Müth, Nidda (31. 7. 1971), **Lehrerin an einer Sonderschule** Meta Rube, Wiesbaden (31. 8. 1971), die **Realschullehrerinnen** Emmy von der Lohe, Limburg (29. 2. 1972), Maria Wagner, Höchst (31. 7. 1971), Gudrun Klare, Frankfurt/Main (31. 7. 1972), Hedwig Heldmann, Ober-Ramstadt (31. 7. 1971), die **Realschullehrer** Ernst Fischer, Alsfeld (31. 7. 1971), Erich Pasie, Bad Nauheim (31. 7. 1971), die **Lehrerinnen** Hannelore Jansen, Münzenberg (30. 4. 1972), Charlotte Wilde, Ober-Ohmen (31. 7. 1971), Berta Krolop, Wolfskehlen (31. 7. 1971), Helene Heuß, Dieburg (31. 8. 1971), Irmhilde Hüttli, Gießen-Rödgen (31. 7. 1972), Ingeborg Neugebauer, Raunheim (31. 3. 1972), Erna Kuchler, Reichelsheim (30. 6. 1972), Maria Böhm, Walldorf (31. 7. 1971), Mathilde Mall, Griesheim (31. 7. 1971), Charlotte Germann, Weiterstadt (31. 7. 1972), Waltraut Frisch, Bischofsheim (30. 6. 1972), die **Lehrer** Willi Müller, Nidda (31. 3. 1972), Josef Schmitt, Darmstadt (31. 7. 1972), Klaus Lindner, Neu-Isenburg (31. 7. 1971), Walter Hemmann, Gießen (31. 7. 1971), Ernst Wolk, Bad Vilbel (31. 7. 1971), Heinrich Ammann, Groß-Zimmern (31. 7. 1971), Walter Fudeus, Bensheim (30. 11. 1971), Rudolf Eck, Ober-Ohmen (31. 7. 1972), die **Hauptlehrer** Johann Jurkait, Wahlen (30. 4. 1971), Adam Großmann, Krumbach (31. 7. 1972), **Hauptlehrerin** Luise Weiß, Wiebelsbach (31. 7. 1972), **apl. Lehrerin** Ilse-Uta Fiedler, Bischofsheim (30. 4. 1972), Kläre Jülich, Darmstadt-Eberstadt (31. 5. 1972);

entlassen:

die **apl. Fachlehrerinnen** Jutta Montenbrock, Hermannstein (29. 2. 1972), Gertraud Walter, Oberkalt (30. 11. 1971), Berta Dubhorn, Lampertheim (30. 4. 1972), die **apl. Fachlehrerinnen für musisch-technische Fächer** Elfriede Buhl, Neu-Isenburg (15. 4. 1972), Ilse Raschkowski, Weckesheim (31. 7. 1972), Maria Wirth, Stierstadt (31. 8. 1972), **Fachlehrerin für musisch-technische Fächer** z. A. Christa Ullenberg, Viernheim (31. 7. 1972), **Fachlehrer für musisch-technische Fächer** Helmut Tischer, Offenbach/Main (14. 4. 1972), die **apl. Lehrerinnen** Johanna Lohmann, Nordendstadt (31. 1. 1972), Heide Glock, Groß-Gerau (29. 2. 1972), Roswitha Nikolajewski, Frankfurt/Main (29. 2. 1972), Sabine Thiele, Dörnigheim (9. 4. 1972), Doris Wetzell, Urberach (30. 4. 1972), Angelika Kilthau, Viernheim (31. 3. 1972), **Lehrerin** z. A. Ingrid Doderer, Darmstadt (31. 7. 1972), die **Lehrerinnen** Heidrun Vollradt, Frankfurt/Main (15. 6. 1972), Charlotte Pérez, Hausen (28. 4. 1972), Barbara Merkel, Griesheim (15. 4. 1972), **Rektor einer Sonderschule** Ernst Köckritz, Nieder-Ramstadt (31. 3. 1972);

— Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen —

ernannt:

zu **Studienreferendaren/-innen** (BaW) die Bewerber/-innen Bernd Frühbrodt, Darmstadt (4. 4. 1972), Dipl.-Soziologe Helmut Kaiser, Frankfurt/Main (4. 4. 1972), Dipl.-Volkswirt Frank Lehmann, Bad Nauheim (4. 4. 1972), Dipl.-Kfm. Dr. Leda Führ, Frankfurt/Main (10. 4. 1972), Dipl.-Volkswirt Jürgen Burck, Wiesbaden (4. 4. 1972), Dipl.-Ing. Bernhard Schmidt, Frankfurt/Main (1. 2. 1972), Bärbel Knickmaier, Dillenburg (10. 4. 1972), Dipl.-Hdl. Sigrid Berr, Frankfurt/Main (4. 4. 1972), Mag. rer. soz. Hannelore Thöns, Lauterbach/H. (4. 4. 1972), Hermann Letschert, Darmstadt (4. 4. 1972), Dipl.-Kfm. Günter Müller, Frankfurt/Main (2. 6. 1972), Dipl.-Hdl. Irmtraud Müller, Wiesbaden (2. 6. 1972), Irmgard Dongowski, Gelnhausen (2. 6. 1972), Dipl.-Ökonom Karl-Heinz Brühne, Bad Schwalbach (2. 6. 1972),

Dipl.-Volkswirt Detlef Machenheimer, Wiesbaden (2. 6. 1972), Dipl.-Hdl. Werner Gefnitzer, Groß-Gerau (2. 6. 1972), Dipl.-Ing. Ulrich Schade, Weilburg (2. 6. 1972), Dipl.-Chem. Detlef Schwarz, Wiesbaden (2. 6. 1972), Dipl.-Kfm. Ernst Schubert, Oberursel (2. 6. 1972), Dipl.-Volkswirt Richard Schomber, Biedenkopf (2. 6. 1972), Dipl.-Chem. Manfred Thierling, Hanau/Main (2. 6. 1972), Georg Bauer, Darmstadt (2. 6. 1972), Dipl.-Hdl. Otto Bunk, Offenbach/Main (2. 6. 1972), Rudolf Springer, Darmstadt (2. 6. 1972), Dipl.-Hdl. Rudolf Neubauer, Hofheim/Ts. (2. 6. 1972), Jürgen Borst, Gelnhausen (2. 6. 1972), Elke Fichtner, Frankfurt/M.-Höchst (2. 6. 1972), Adalbert v. Plobotzki, Oberursel (2. 6. 1972), Karl Heinz Uhl, Limburg/Lahn (2. 6. 1972), Dipl.-Ing. Dietrich Tang, Frankfurt/Main (2. 6. 1972), Gerhard Sell, Gelnhausen (2. 6. 1972), Dipl.-Hdl. Helmut v. Scheidt, Wiesbaden (2. 6. 1972), Franz Scheuring, Frankfurt/Main-Höchst (2. 6. 1972), Dipl.-Ökonom Klaus Schäfer, Gießen (2. 6. 1972), Michael Grünig, Limburg (2. 6. 1972), Ing. Siegfried Lotze, Dieburg (2. 6. 1972), Roland Hummer, Dillenburg (2. 6. 1972), Dipl.-Kfm. Peter Borchers, Hanau/Main (2. 6. 1972), Dipl.-Hdl. Rolf Clausing, Rüsselsheim (15. 6. 1972), Dipl.-Ing. Heinrich Rüger, Darmstadt (2. 6. 1972), Karin Jeuck, Frankfurt/Main (2. 6. 1972), Dipl.-Volkswirt Hans-Jürgen Stahm, Groß-Gerau (2. 6. 1972);

zum Studienassessor (BaP) Studienreferendar Dipl.-Chemiker Dr. Hans Ulrich Joachim, Frankfurt/Main (18. 3. 1972);

zu Studienräten/-innen z. A. (BaP) die Studienreferendare/-innen Dipl.-Handelslehrer/-innen Karl-Julius Uhl (BaW), Groß-Gerau (29. 4. 1972), Monika Maria ten Hövel (BaW), Wiesbaden (5. 5. 1972), Norbert Schäfer, Bensheim a. d. B. (4. 5. 1972), Philipp August Zimmermann, Bensheim (4. 5. 1972), Wilfried Tresselt, Darmstadt (5. 5. 1972), Michael Geuther, Wiesbaden (5. 5. 1972), Walter Riedel, Wiesbaden (9. 5. 1972), Horst Becker, Frankfurt/Main (6. 5. 1972), Jürgen Caprano, Darmstadt (9. 5. 1972), Wilfried Waldau, Frankfurt/Main (4. 5. 1972), Peter Dietz, Bad Schwalbach (4. 5. 1972), Dieter Runkel, Groß-Gerau (6. 5. 1972), Arnold Andres, Dieburg (10. 5. 1972); Dipl.-Kfm. Petra Hafferberth, Frankfurt/Main (6. 5. 1972), Dipl.-Volkswirt Winfried Winkelmann, Wiesbaden (16. 5. 1972), Dipl.-Ökonom Rainer Wagenhäuser, Frankfurt/Main (4. 5. 1972), Gerhard Schätzlein, Groß-Gerau (16. 5. 1972), Dipl.-Hdl. Arno Stumpf, Darmstadt (11. 5. 1972), Helmut Schramm, Hanau/Main (18. 5. 1972), Dipl.-Hdl. Hans-Jürgen Bopp, Bad Schwalbach (18. 5. 1972), Dipl.-Volkswirt Regine Fahr-Becker, Frankfurt/Main (9. 5. 1972), Walter Andreas Fritsch, Darmstadt (26. 5. 1972), Herwig Tuma, Frankfurt/Main (18. 5. 1972), Dipl.-oec. troph. Alexa Witzel, Frankfurt/Main (5. 5. 1972), Herbert Brune, Frankfurt/Main (18. 5. 1972), Lothar Meßmer, Schlüchtern (25. 5. 1972), Hermann Goldschalt, Rüsselsheim (27. 5. 1972), Dipl.-oec. troph. Rosemarie Meierjohann, Gießen (19. 5. 1972), Dipl.-Volkswirt Christa Schäfer, Gießen (13. 5. 1972), Dipl.-Hdl. Erika Heinrich, Darmstadt (6. 6. 1972), Dipl.-Hdl. Walter zu Putlitz, Limburg/Lahn (26. 5. 1972), Dipl.-Kfm., Dipl.-Volkswirt Dietrich Borchard, Michelstadt (27. 5. 1972);

die Lehrkräfte im Angestelltenverhältnis Lore Eva Hissenauer, Limburg (2. 5. 1972), Dipl.-Hdl. Gertrud Löns, Hofheim/Ts. (16. 5. 1972);

zu Studienräten/-innen (BaL) die Studienassessoren/-innen (BaP) Wilfried Ortmüller, Biedenkopf (22. 3. 1972), Dipl.-Kfm. Bernd Zürn, Frankfurt/Main (6. 4. 1972), Christel Kölsch, Oberursel (30. 3. 1972), Horst Pirntke, Offenbach/Main (23. 5. 1972);

die Studienräte/-innen z. A. (BaP) Christa Jung, Frankfurt/Main (6. 4. 1972), Werner Scherf, Limburg (11. 4. 1972), Benedikt Oetli, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Dipl.-Hdl. Norbert Klein, Frankfurt/Main (21. 4. 1972), Dipl.-Kfm. Dr. Albert Kunerl, Frankfurt/Main (28. 4. 1972), Dipl.-Hdl. Ruth Ochs-Uhder, Frankfurt/Main (3. 5. 1972), Ferdinand Thiemann, Darmstadt (2. 5. 1972), Heinz-Joachim Ilge, Gießen (12. 5. 1972), Margrit Nix, Frankfurt/Main (17. 5. 1972), Sigwart Langsdorf, Friedberg (24. 5. 1972), Dr. Albert Hardt, Wiesbaden (31. 5. 1972), Dieter Freudenberg, Hanau/Main (26. 5. 1972), Monika Welker, Darmstadt (2. 6. 1972), Helga Boß, Gießen (26. 5. 1972), Annemarie Hallier, Offenbach/Main (31. 5. 1972), Norbert Klink, Darmstadt (24. 5. 1972), Gisela Meißner, Wetzlar (9. 6. 1972);

zu Oberstudienräten/-innen die Studienräte/-innen (BaL) Hedwig Schütz, Bensheim a. d. B. (18. 4. 1972), Harald Schuler, Dieburg (17. 5. 1972), Dipl.-Hdl. Rudolf Klippel, Rüsselsheim (24. 5. 1972), Dipl.-Chem. Alfons Pucek, Frank-

furt/Main (25. 5. 1972), Dipl.-Hdl. Emil Pohl, Hofheim Ts. (24. 5. 1972), Dieter Wemme, Wiesbaden (29. 5. 1972), Wolfgang Schuhbauer, Schlüchtern (31. 5. 1972), Dipl.-Hdl. Günter Reul, Darmstadt (29. 5. 1972);

zum Studiendirektor Oberstudienrat (BaL) Josef Enders, Darmstadt (19. 5. 1972);

zu Fachlehrern/-innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) die Fachlehreranwärter/-innen Günter Albers, Rüsselsheim (10. 3. 1972), Josefine Lauer, Frankfurt/Main (17. 3. 1972), Hermann Zinser, Frankfurt/Main (15. 3. 1972);

die Fachlehrerin an einer beruflichen Schule z. A. Ingrid Graf, Gießen (10. 4. 1972);

zum/zur Fachlehrer/-in für arbeitstechnische Fächer z. A. Fachlehrer/in an einer beruflichen Schule z. A. (BaP) Irmgard Tippel, Bad Homburg v. d. H. (3. 3. 1972), Willi Pistor, Hadamar (24. 5. 1972);

zur Fachlehrerin für arbeitstechnische Fächer (BaP) Hildgard Peters, Lauterbach (1. 8. 1972);

zu Fachlehrer/-innen für arbeitstechnische Fächer (BaL) die Fachlehrer/-innen für arbeitstechnische Fächer z. A. (BaP) Manfred Meiners, Hanau (7. 4. 1972), Raimund Niedenthal, Hanau (7. 4. 1972), Josef Fuchs, Offenbach/Main (21. 4. 1972), Gerhard Lütgert, Frankfurt/Main (10. 4. 1972), Franz Seidel, Hanau (16. 5. 1972), Hans Jacobi, Friedberg (24. 5. 1972), Klaus Kutschera, Frankfurt/Main (19. 5. 1972), Irmgard Tippel, Bad Homburg (8. 6. 1972);

zu/zur Fachlehrern/-in für arbeitstechnische Fächer die Fachlehrer/-in an einer beruflichen Schule (BaL) Johanna Sollich, Hanau (17. 3. 1972), Paul Flach, Lauterbach (13. 5. 1972), Johann Rösel, Hadamar (24. 5. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: die Fachlehrerin für musisch-technische Fächer Erika Heinrichs (BaP), Seeheim a. d. B. (21. 4. 1972);

ernannt:

zu Fachoberlehrerinnen für sozialpädagogische Fächer die Jugendleiterinnen im Schuldienst (BaL) Waltraud Conze, Limburg (27. 3. 1972), Christine Jendrusch, Wiesbaden (5. 5. 1972);

zu Fachoberlehrern für technologische Fächer (BaL) die Fachoberlehrer für technologische Fächer z. A. (BaP) Dieter Blesmann, Lauterbach (25. 5. 1972), Karl-Heinrich Jakob, Gießen (25. 5. 1972), Friedrich Günther, Frankfurt/Main (31. 5. 1972);

zum Lehrwerkmeister (BaL) Lehrwerkmeister z. A. (BaP) Johann Götz, Lampertheim (10. 4. 1972);

zur Fachlehrerin an einer beruflichen Schule (BaL) Fachlehrerin an einer beruflichen Schule Hedwig Ziemann-Sommer, Offenbach/Main (1. 4. 1972);

entlassen:

Studienrat z. A. Peter Balzert, Offenbach/Main (30. 6. 1972), Fachlehreranwärter Klaus Schlosser, Butzbach (8. 2. 1972), Studienreferendar Dipl.-Volkswirt Jürgen Albrecht, Frankfurt/Main (31. 5. 1972), (Beendigung des Vorbereitungsdienstes), Oberstudienrat Heinrich Tölle, Dillenburg (31. 7. 1972), Studienreferendar Dipl.-Hdl. Günter Nath, Rüsselsheim (31. 5. 1972), (Beendigung des Vorbereitungsdienstes), Fachlehreranwärterin Eva Schneider, Dillenburg (30. 3. 1972), Studienreferendar Dipl.-Ing. Rüdiger Klein, Bad Homburg (17. 5. 1972), Studienreferendar Dipl.-Volkswirt Ursula Haupt, Limburg (31. 5. 1972), (Beendigung des Vorbereitungsdienstes);

in den Ruhestand getreten:

Studiendirektor Josef Arneth, Wiesbaden (31. 7. 1972);

in den Ruhestand versetzt:

Studiendirektor Wilhelm Günther, Darmstadt (31. 7. 1972), die Oberstudienrätinnen Christine Wollensack, Hofheim (31. 7. 1972), Anna Meder, Friedberg (31. 7. 1972), Erika v. Schweinichen, Offenbach/Main (31. 7. 1972), Oberstudienrat Otto Uebeler, Offenbach/Main (31. 7. 1972), Fachlehrerin an einer beruflichen Schule Antonie Eckstein, Darmstadt (31. 7. 1971), Fachlehrer an einer beruflichen Schule Georg Schwinn, Michelstadt (31. 7. 1972), Fachlehrer Wilhelm Ham, Wetzlar (31. 7. 1972).

Darmstadt, 24. 7. 1972

Der Regierungspräsident
VI 1 — 71 08 (1)

StAnz 33/1972 S 1441

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt

Regierungspräsident in Darmstadt

— Forstabteilung —

ernannt:

- zu **Landforstmeistern** die Oberforstmeister (BaL) Dr. Fritz Regel, FA Lampertheim (27. 4. 1972), Dr. Reinhard Walkenhorst, FA Wolfgang (27. 4. 1972);
- zu **Forstmeistern** die Forstmeister z. A. (BaP) Dr. Axel Roeder, z. Z. Universität Freiburg (29. 3. 1972), Peter Warmbold, z. Z. Reg.-Planungsgemeinschaft Starkenburg (25. 4. 1972);
- zu **Forstmeistern z. A. (BaP)** die Forstreferendare Arnulf Rosenstock, FA Heppenheim (2. 6. 1972), Christoph Binnewies, FA Lampertheim (9. 6. 1972);
- zu **Amtsräten** die Forstamtmänner (BaL) Viktor Kuhn, (11. 4. 1972), Adolf Axmann, FA Isenburg (27. 4. 1972), Ernst Bruß, FA Königstein (28. 4. 1972), Josef Geil, FA Königstein (28. 4. 1972), Walter Lotz, FA Bad Homburg (28. 4. 1972), Paul Pfeifer, FA Wald-Michelbach (28. 4. 1972), Eugen Schmidt, FA Weilburg (28. 4. 1972), Udo Schultheis, FA Braunsfels (28. 4. 1972), Edgar Bernhard, FA Romrod (29. 5. 1972);
- zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Dieter Pfeffer, Reg.-Präsident (11. 4. 1972);
- zu **Forstamtmännern** die Oberförster (BaL) Dietrich Kulsch (11. 4. 1972), Wilhelm Dietrich, FA Groß-Bieberau (7. 4. 1972), Richard Gombert, FA Salmünster (22. 4. 1972), Karl Boß, FA Salmünster (23. 4. 1972), Rudolf Böning, FA Nidda (29. 5. 1972);
- zum **Oberförster (BaL)** Revierförster (BaP) Klaus Lückhoff, FA Eltville (25. 4. 1972);
- zu **Oberförstern** die Revierförster (BaL) Wolf-Rüdiger Schäfer, FA Dieburg (16. 6. 1972), Eckehard Wallmann, FA Gladenbach (19. 6. 1972);
- zu **Revierförstern** die Revierförster z. A. (BaP) Hubertus Brückner, FA Babenhausen (27. 4. 1972), Hubertus Gottwald, FA Schotten (28. 4. 1972), Günther Heid, FA Dieburg (28. 4. 1972), Dieter Popp, FA Heppenheim (28. 4. 1972), Endrik Sonneborn, FA Isenburg (28. 4. 1972);
- zu **Revierförstern** die Revieroberforstwarden (BaL) Hans Bien, FA Gladenbach (28. 4. 1972), Anton Noll, FA Haiger (28. 4. 1972), Walter Stark, FA Ewersbach (28. 4. 1972),

Heinrich Fehl, FA Burgjoß (28. 4. 1972), Walter Weyel, FA Marjoß (28. 4. 1972), Heinrich Beringer, FA Salmünster (28. 4. 1972), Günter Hornig, FA Bensheim (28. 4. 1972), Karl Eifert, FA Höchst (28. 4. 1972), Hans Rexroth, FA Beerfelden (27. 4. 1972), Vinzenz Lorenz, FA Groß-Bieberau (28. 4. 1972), Karl Eckstein, FA Michelstadt (27. 4. 1972), Josef Trabusch, FA Wörsdorf (28. 6. 1972);

zu **Revierförstern z. A. (BaP)** die Revierförsteranwärter Ortland Kretz, FA Haiger (1. 4. 1972), Bernhard Bender, FA Biedenkopf (1. 4. 1972), Karl-Otto Nickel, FA Stordorf (1. 4. 1972), Bernhard Klimaszewski, FA Ober-Ramstadt (1. 4. 1972), Karl Stahl, FA Langen (1. 4. 1972);

zu **Revieroberforstwarden** die Oberforstwarden (BaL) Walter Adams, FA Hanau (28. 4. 1972), Christian Sänger, FA Haiger (18. 5. 1972), Hermann Grebe, FA Katzenbach (19. 5. 1972);

zum **Oberforstwart** Revierforstwart (BaL) Hans Duve, FA Chausseehaus (23. 5. 1972);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
 Revierförster z. A. (BaP) Wolfgang Triebel, FA Nidda (24. 4. 1972), ROfw. z. A. (BaP) Karl-Heinz Kramer, FA Hanau (28. 4. 1972), Revierförster (BaP) Hans-Walter Herpel, FA Usingen (18. 5. 1972), Inspektor z. A. (BaP) Horst Krauskopf, FA Brandobberndorf (21. 6. 1972);

in den Ruhestand getreten:

Landforstmeister Harald Raffauf-Lipp (31. 5. 1972), die Oberforstmeister Georg Ruch, FA Dillenburg (30. 6. 1972), Hans Peerenboom, FA Eltville (30. 6. 1972);

in den Ruhestand versetzt:

die Forstamtmänner Johannes Buttkeireit, FA Grünberg (30. 4. 1972), Walter Dilleuth, FA Grebenhain (30. 6. 1972), Amtmann Bruno Munkelt, FA Schlüchtern (30. 6. 1972);

entlassen:

Assessor d. Forstdienstes Wolfgang Seidenschnur (13. 6. 1972);

verstorben:

Oberforstmeister Hans-Werner Blum (25. 4. 1972).

Darmstadt, 28. 7. 1972

Der Regierungspräsident

VII/1 — B 47

StAnz. 33/1972 S. 1447

1050 DARMSTADT

Regierungspräsidenten

Anderung von Standesamtsbezirken im Landkreis Wetzlar

Nach § 52 Abs. 2 PStG wird hiermit infolge Eingliederung der Gemeinde Dorlar in die Stadt Wetzlar der zusammengesetzte Standesamtsbezirk Dorlar, der die Gemeinden Atzbach, Dorlar und Garbenheim umfaßt, mit Wirkung vom 1. 8. 1972 aufgelöst.

Die Gemeinden Atzbach und Garbenheim ordne ich ab dem gleichen Zeitpunkt dem Standesamtsbezirk Wetzlar zu. Der zusammengesetzte Standesamtsbezirk Wetzlar umfaßt von da an die Stadt Wetzlar und die Gemeinden Atzbach und Garbenheim.

Darmstadt, 26. 7. 1972

Der Regierungspräsident

III 6 — 25 h 04/09

StAnz. 33/1972 S. 1447

1051

Bekanntmachung über die Aufhebung der Stiftung „Sankt Elisabeth-Krankenhaus“, Sitz Hochheim/Main

Gemäß § 9 Hessisches Stiftungsgesetz vom 4. 4. 1966 (GVBl. I S. 77) habe ich auf Grund des Beschlusses des Stiftungsvorstandes vom 6. 7. 1972 die Stiftung „Sankt Elisabeth-Kranken-

haus“ mit dem Sitz in Hochheim/M. zum 31. 7. 1972 aufgehoben.

Das Stiftungsvermögen fällt nach Ablauf des Liquidationsjahres gemäß § 13 der Stiftungsverfassung an die katholische Kirche in Hochheim/Main.

Darmstadt, 26. 7. 1972

Der Regierungspräsident

III 6 — 25 d 04/11 (16) — 10

StAnz. 33/1972 S. 1447

1052

Benennung von Gemeindeteilen

Auf Grund des § 12 Satz 4 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) erhält mit Wirkung vom 1. 7. 1972 das Gebiet der früheren Gemeinde Lenzhahn, Untertaunuskreis, in der Stadt Idstein die Bezeichnung „Stadtteil Lenzhahn“.

Darmstadt, 27. 7. 1972

Der Regierungspräsident

II 1 a — 3 k 02/05

StAnz. 33/1972 S. 1447

Buchbesprechungen

RVO, Reichsversicherungsordnung, Viertes Buch, Rentenversicherung der Arbeiter (Arbeiterrentenversicherung — ArV), 48. Ergänzungslieferung, Stand: 1. Mai 1972, von Dr. F. Eimer, Vizepräsident des Hessischen Landessozialgerichts a. D., Preis der Neuerscheinung 36,— DM, Preis des Werkes einschließlich dieser Ergänzung 82,— DM, Verlag R. S. Schulz, 8000 München 15 und 8136 Percha, Am Starnberger See, Berger Straße 8—10.

Vorangestellt ist ein neues Anschriftenverzeichnis der Rentenversicherungsträger in der Bundesrepublik Deutschland und im Lande Berlin. Im übrigen setzt die 48. Ergänzungslieferung die noch fehlenden Erläuterungen mit Anmerkungen und der Darstellung des Übergangsrechts zu Bestimmungen innerhalb der Regelleistungen fort. Besonders hervorzuheben ist der sehr eingehend kommentierte Abdruck des zuletzt am 22. Dezember 1971 geänderten Wehrpflichtgesetzes sowie die zahlreichen Quellenangaben zur Problematik des Kreises der versicherten Personen. Breitesten Rahmen dieser Ergänzungslieferung nehmen wiederum die Kommentierungen zu den Normen der Regelleistungen ein. Die häufige Zitierung der Rechtsprechung erleichtert hierbei naturgemäß die Erkenntnis der Probleme ganz wesentlich. Die Beitragsvorschriften und das Beitragsverfahren selbst nehmen ebenfalls, systematisch gegliedert und gut erläutert, nicht unwesentlichen Anteil an dieser Neuerscheinung. Die erforderlichen tabellarischen Anlagen sind eingefügt.

Aber auch das Handwerkerversicherungsgesetz mit seinen mehrfachen Änderungen und Ergänzungen findet erneut in dieser ergänzenden Lieferung seinen Platz. Gerade auf diesem Zweiggebiet der Arbeiterrentenversicherung ist die erschöpfende Angabe der inzwischen ergangenen Rechtsprechung besonders begrüßenswert. Den Abschluß bildet der Abdruck bundesrechtlicher Gesetze und Bestimmungen, wobei insbesondere wegen ihrer Bedeutung hervorzuheben sind die inzwischen geänderte Fassung des Bundesversorgungsgesetzes, die Bezugsgrößen-Verordnung 1972, versehen mit einer klärenden Vorbemerkung, die Bekanntmachung der Beitragsbemessungsgrenzen in den gesetzlichen Rentenversicherungen vom 21. Dezember 1971, die RV-Beitragsklassen-Verordnung 1972, gleichen Datums, die Bekanntmachungen über die in den Jahren 1971 und 1972 vorzunehmende Erhöhung der beitragspflichtigen Entgelte der in der Entwicklungshilfe tätigen Personen, die Verordnung über die pauschale Feststellung der Höhe der Verpflichtungen des Bundes gegenüber den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte für die Zeit vor dem 1. Januar 1957, die Verordnung über die Ausbildung zum Sozialversicherungsfachangestellten vom 22. Dezember 1971, die sich auf das Berufsbildungsgesetz stützt, die Verordnung über die Einführung maschinell lesbarer Versicherungskarten in den Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten sowie zur Durchführung der Anzeigepflicht nach dem Arbeitsförderungsgesetz vom 22. Februar 1972, das Beiträge-Rückzahlungsgesetz vom 25. März 1972, welches die in den Jahren 1968 und 1969 einbehaltenen Beiträge zur Krankenversicherung der Rentner betrifft, und das Gesetz zur Förderung sozialer Hilfsdienste vom 17. April 1972. Die grüne Inhaltsübersicht zu Band I bis VI ist wiederum in sechsfacher Ausfertigung ausgedruckt und aus drucktechnischen Gründen am Schluß der Ergänzungslieferung beigelegt.

Regierungsdirektor K n u h r

Mehrwertsteuer — Loseblatt-Textsammlung (Umsatzsteuergesetz 1967, Durchführungsverordnungen und Verwaltungsvorschriften). — 11. Ergänzungslieferung, rund 900 S. auf Dünndruckpapier, Sonderpreis für Altbezieher: 16,80 DM; neuer — stärkerer — Plastikordner: 4,— DM. Verlag C. H. Beck, München.

Der Verlag C. H. Beck hat mit der in StAnz. 1971 S. 1555 besprochenen 10. Ergänzungslieferung begonnen, die Loseblatt-Textsammlung „Mehrwertsteuer“ auf ein neues Ordnungssystem umzustellen. Die ungewöhnlich umfangreiche 11. Ergänzungslieferung, die kürzlich herausgekommen ist, führt diese Umstellung einen großen Schritt weiter. Die Interessen der Bezieher werden dabei auch diesmal dadurch gewahrt, daß Ergänzungslieferungen unberührt bleiben, wenn sie nur der neuen Systematik wegen geliefert werden, also nur Vorschriften enthalten, die in der ursprünglichen Sammlung bereits abgedruckt waren.

Ein abschließendes Urteil über die Umstellung ist erst nach deren Beendigung möglich. Schon jetzt läßt sich erkennen, daß die Loseblatt-Sammlung an Übersichtlichkeit erheblich gewonnen hat und daher den Bedürfnissen der Praxis wesentlich besser entspricht als die ursprüngliche Fassung.

Regierungsdirektor F r e n k e l

Deutsche Seuchengesetze, von Eimer-Lundt, 11. Ergänzungslieferung, 41,— DM, Gesamtwerk 77,— DM. Verlag R. S. Schulz, München.

Die 11. Ergänzungslieferung bringt das Werk hinsichtlich des Bundesrechts auf den Stand von April 1972.

Eingefügt wurden insbesondere:

1. Liste der vom Bundesgesundheitsamt geprüften und anerkannten Desinfektionsmittel und -verfahren;
2. Bekanntmachung der Neufassung des Gesetzes über den Verkehr mit Betäubungsmitteln vom 10. Januar 1972, dessen Kurzbezeichnung jetzt Betäubungsmittelgesetz (früher Opiumgesetz) lautet;
3. Gesetz über technische Assistenten in der Medizin (MTA-G) vom 8. September 1971, das anstelle des früheren Begriffs medizinisch-technische Assistentin folgende drei Berufsbezeichnungen einführt: medizinisch-technischer Laboratoriumsassistent/in, medizinisch-technischer Radiologieassistent/in, veterinärmedizinisch-technischer Assistent/in.

Es regelt die Zulassung zu diesen Berufen, sieht eine Ausbildung an staatlich anerkannten Lehranstalten und bundeseinheitliche Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für die einzelnen Fachrichtungen vor;

4. Neufassung der Lebensmittel-KennzeichnungsvO, die infolge mehrfacher Änderungen unübersichtlich geworden war, vom 25. Januar 1972;

5. VO zur Änderung der Allgemeinen Fremdstoff-VO vom 22. Dezember 1971, durch die Talkum zugelassen wird;

6. Tierseuchenerreger-Einfuhr-VO vom 7. Dezember 1971, durch die die bisherige Regelung aus dem Jahre 1933 den heutigen Erfordernissen angepaßt wird;

7. Bienenseuchen-VO vom 10. April 1972, durch die insbesondere die Bekämpfung der Milbenseuche praktikabler gestaltet wird;

8. Rinder-Salmonellose-VO vom 8. Januar 1972. Durch sie soll der steigenden Verbreitung der Salmonellose bei Mensch und Tier durch bundeseinheitliche Bekämpfungsvorschriften beim Rind begegnet werden;

9. VO zur Änderung der Bestallungsordnung für Tierärzte vom 8. Februar 1972. In ihr werden vor einer umfassenden Reform einige dringliche Punkte vorweg geregelt, so die Möglichkeit, den Nachweis über den Erwerb des Kleinen Latinums durch den Nachweis über die regelmäßige und erfolgreiche Teilnahme an einem Kursus über medizinische Terminologie zu ersetzen und im begrenzten Umfang kontrollierte und benotete Leistungen in Übungen oder Arbeitskursen auf die betreffenden Prüfungen anrechnen zu lassen;

10. Gebührensordnung für Tierärzte vom 2. September 1972, die die bisherigen landesrechtlichen Regelungen ablöst.

Regierungsdirektor Dr. Stakemann

Handbuch zur Körperschaftsteuerveranlagung 1971. IX, 304 S. 8°, 17,20 DM.

Handbuch zur Gewerbesteueranlagung 1971. IX, 216 S. 8°, 13,00 DM. Verlag des wissenschaftlichen Instituts der Steuerbevollmächtigten GmbH, Bonn; Verlag C. H. Beck, München.

Die beiden Verlage haben die bewährten Handbücher zur Körperschaftsteuer- und Gewerbesteueranlagung auch 1971 neu aufgelegt, obwohl die seit dem Vorjahr eingetretenen Rechtsänderungen eine Neuauflage nicht dringend geboten hätten. Sie zeigt jedoch, daß sich die Nachschlagewerke wegen der schon bei den Voraufagen geliebten Fülle des gesammelten Materials und ihrer übersichtlichen Gliederung großer Wertschätzung erfreuen.

In den Ausgaben 1971 sind die inzwischen ergangenen Anweisungen der Steuerverwaltung zur gesetzlichen Regelung der Organschaft aufgenommen (BMWF-Schreiben vom 30. Dezember 1971). Im Handbuch zur Körperschaftsteuerveranlagung bieten die als Anlage neu eingefügten Hinweise aus Rechtsprechung und Praxis zu den verdeckten Gewinnausschüttungen für den Benutzer ein weiteres wertvolles Hilfsmittel.

Im Gewerbesteuerhandbuch waren die durch die Änderungsgesetze 1971 gewährten Steuerbefreiungen für die gemeinschaftliche landwirtschaftliche Tierhaltung sowie für private Schul- und Bildungseinrichtungen zu berücksichtigen.

Um neue Hinweise sofort im Auge zu haben, wäre es verdienstvoll, wenn die Herausgeber auch bei den Text-Anmerkungen entsprechende Stellen durch Balken am Rand kennzeichneten. In die Neuauflage des KSt-Handbuchs sollte das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz mit aufgenommen werden, da auf seinen Text bei der Bearbeitung einschlägiger Steuerfragen nicht verzichtet werden kann. Für Angehörige der Steuerverwaltung wäre auch der Text des Zerlegungsgesetzes von Bedeutung.

Trotz der 10%igen Preiserhöhung gegenüber der Voraufgabe bei gleichem Umfang sind die Handbücher immer ihre Anschaffung wert.

Ministerialrat Dr. Hagemann

Beitragstabelle der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder ab 1. Juli 1972. 82 S., kart., 16,80 DM (Art. Nr. 18 922) Hermann-Luchterhand-Verlag, 545 Neuwied.

Aus der vorliegenden Tabelle lassen sich die für die laufenden Beitragszahlungen maßgebenden Beiträge für Entgelte bis zu 5010,— DM ablesen. Die Beiträge sind aufgeteilt in den Gesamtbeitrag von 2,5 v. H., den Arbeitnehmeranteil von 0,75 v. H. und den Arbeitgeberanteil von 1,75 v. H. Angefügt ist außerdem eine sog. Beitragsprüftabelle, die eine leichte Prüfung der monatlichen Abrechnungen und der jährlichen Nachweisungen gestattet. Sie umfaßt Entgelte zwischen 5010,— und 60 000,— DM und ist in der Beitragspalte wie vorstehend beschrieben aufgeteilt. Die Tabellen vorangestellten Erläuterungen enthalten die für ihre Anwendung erforderlichen Hinweise sowie nützliche Angaben für die Erstellung des Jahresverzeichnisses, die Nachrichtung von Beiträgen und die An- und Abmeldung von Arbeitnehmern.

Die Beitragstabelle gilt hinsichtlich der Aufteilung in den Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil für die bis zum 30. Juni 1973 fällig werdenden Arbeitsentgelte. Für die Folgezeit spielen diese beiden Spalten keine Rolle mehr, da der Arbeitgeber vom 1. Juli 1973 an dem Beitrag zur Zusatzversicherung bei der VBL allein aufzubringen hat (vereinbart durch den Änderungsarbeitsvertrag Nr. 3 vom Versorgungs-TV bzw. die entsprechenden Änderungsarbeitsverträge für die sonst in Betracht kommenden Bereiche).

Die Beitragstabelle kann überall dort als Hilfsmittel von Nutzen sein, wo die Vergütungen und Löhne noch nicht vollautomatisch über EDV-Anlagen berechnet werden.

Oberamtsrat Ramdohr

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen. Teil II. Sammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts, herausgegeben vom Hessischen Minister der Justiz. 39. Ergänzungslieferung, 206 S., 6,72 DM. Verlag Dr. Max Gehlen, Bad Homburg.

Die 39. Ergänzungslieferung bringt die Sammlung auf den Stand des 20. Mai 1972 (bisheriger Stand: 20. Februar 1972). Aus den Neuaufnahmen seien erwähnt das Gesetz über die Erstattung von Wahlkampfkosten von Landtagswahlen (Wahlkampfkostengesetz) vom 2. Mai 1972 (GVBl. I S. 95) und das Gesetz zur Regelung des Finanzausgleichs (Finanzausgleichsgesetz — FAG —) i. d. F. vom 10. Mai 1972 (GVBl. I S. 109).

Regierungsrat v. Hoerschelman

Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER
FÜR DAS LAND HESSEN“

1972

Montag, den 14. August 1972

Nr. 33

Gerichtsangelegenheiten

2647

Erlaubnisurkunde

VIII 82: Die dem Horst Muntermann, Groß-Zimmern, Wilhelm-Liebkecht-Str. Nr. 28, am 7. 8. 1964 erteilte Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten gilt nunmehr ohne die auf das Gebiet des Schuldrechts und des Vollstreckungsrechts ausgesprochene Beschränkung.

61 Darmstadt, 7. 7. 1972

Der Präsident des Landgerichts

2648

Erlaubnisurkunde

371a E — I.1243: Der Deutschen Möbeltransport GmbH, 6234 Hattersheim (Main), Schulstr. 53, wird auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 (RGBl. I Seite 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßig betriebenen Einziehung an sie zu diesem Zwecke abgetretener Forderungen erteilt.

Die Ausübung der Erlaubnis wird auf die Person des Herrn Assessor Reinhard Müller, 6234 Hattersheim (Main), Schulstr. Nr. 53, beschränkt. Geschäftssitz ist Hattersheim am Main.

6 Frankfurt (Main), 19. 7. 1972

Der Präsident des Amtsgerichts

2649

Erlaubnisurkunde

371a E — 1.794: Die Herrn Friedrich Adam Klug, Diplom-Mathematiker und Physiker, geb. am 22. 9. 1912 in Zellhausen (Hessen), wohnhaft in Hofheim/Ts., Stormstr. 32, gemäß Urkunde vom 6. 9. 1960 auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 (RGBl. I Seite 1478) erteilte Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten für den Amtsgerichtsbezirk Frankfurt am Main unter ausdrücklicher Beschränkung auf das Gebiet der gesetzlichen Rentenversicherung (Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten) einschließlich der gesetzlichen Knappschaftsversicherung wird auf dem Gebiete der gesetzlichen Kranken- und Unfallversicherungen erweitert.

6 Frankfurt (Main), 25. 7. 1972

Der Präsident des Amtsgerichts

2650 Güterrechtsregister

GR 297 — 19. 6. 1972 — Neueintragung: Eheleute Industriekaufmann Willibald Mühlberger und Inge Gesa Henriette geb. Lütge, beide in Schlangenbad-Georgenborn.

Durch notariellen Vertrag v. 14. April 1972 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen und Gütertrennung vereinbart.

6208 Bad Schwalbach, 19. 6. 1972

Amtsgericht

2651 Vergleiche — Konkurse

2 N 9/72: Das in dem Konkursverfahren Fa. Calcioni, Inh. Dieter Bolliger, Steinmetzgeschäft, 6204 Taunusstein-Hahn,

Wiesbadener Str. 37, erlassene allgemeine Veräußerungsverbot ist nach Rücknahme des Konkursöffnungsantrags aufgehoben worden.

6208 Bad Schwalbach, 4. 8. 1972

Amtsgericht

2652

N 30/71: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma BWZ-Geflügelzucht Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Co. KG, Karben 1, Rathausstraße 6, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf: Donnerstag, den 26. Oktober 1972, um 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Bad Vilbel, Zimmer 1, bestimmt.

6368 Bad Vilbel, 25. 7. 1972

Amtsgericht

2653

81 N 379/68 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Eberhard Schymik, 6 Frankfurt (Main), Max-Bock-Str. 87, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 28. 7. 1972

Amtsgericht, Abt. 81

2654

81 N 17/69 — Beschluß: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Modiform International Strickwarengesellschaft mbH & Co. KG, 6 Frankfurt am Main, Kaiserstr. 53, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

Für die Mitglieder des Gläubigerverschusses werden a) die Vergütung und b) die Auslagen wie folgt festgesetzt: 1. Herr Max Budnick a) 900,— DM, b) 22,50 DM, 2. Herr Ass. Volker Heidepriem a) 260,— Deutsche Mark, b) 14,40 DM, 3. Herr RA Dr. Hans Sammet a) 200,— DM.

6 Frankfurt (Main), 28. 7. 1972

Amtsgericht, Abt. 81

2655

81 N 239/69 — Konkursverfahren: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Fritz Scheinecker KG, 6239 Krieffel (Ts.), Mainstraße 8, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 1. September 1972, um 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt/Main, Gerichtsstr. 2, Geb. B, Saal 137, I. Stock, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 28. 7. 1972

Amtsgericht, Abt. 81

2656

81 N 328/72 — Konkursverfahren: Über den Nachlaß der am 19. Juni 1972 in Frankfurt (Main) verstorbenen Ursula Trude Hedwig Kruk, geborene Will, zuletzt wohnhaft 6 Frankfurt (Main), Bischofsweg 56, wird heute, am 1. August 1972, um 15.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Joachim Glassner, 6 Frankfurt (Main), Eckenheimer Landstr. 38, Tel.: 55 62 01.

Konkursforderungen sind bis zum 30. August 1972 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 8. September 1972, um 9.30 Uhr, Prüfungstermin am 22. September 1972, um 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I.

Stockwerk, Zimmer 137. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 30. August 1972 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 1. 8. 1972

Amtsgericht, Abt. 81

2657

81 N 327/72 — Konkursverfahren: Über den Nachlaß des am 20. Juni 1972 in Frankfurt (Main) verstorbenen Kaufmanns Stefan Kruk, alleinigen Inhabers der Firma Grill-Restaurant-International Stefan Kruk, Frankfurt (Main), Große Friedberger Str. 3—5, zuletzt wohnhaft 6 Frankfurt (Main), Bischofsweg 56, wird heute, am 1. August 1972, um 15.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Hermann Fenzl, 6 Frankfurt (Main), Kaiser-Sigmund-Str. 15, Tel.: 56 13 60.

Konkursforderungen sind bis zum 30. August 1972 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag, bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 8. September 1972, um 9.00 Uhr, Prüfungstermin am 22. September 1972, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer 137. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 30. August 1972 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 1. 8. 1972

Amtsgericht, Abt. 81

2658

81 N 310/72 — Konkursverfahren: Über den Nachlaß des am 26. 4. 1972 in Frankfurt (Main) verstorbenen Kaufmanns Erwin Jakob Heinrich Weber, zuletzt wohnhaft Frankfurt (Main), Niedenau 78, wird heute, am 2. Aug. 1972, um 15.10 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Konrad Morgen, 6 Frankfurt (Main), Rhönstr. 125, Tel.: 43 42 00.

Konkursforderungen sind bis zum 4. September 1972 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden. Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am 15. September 1972, um 10.00 Uhr, Prüfungstermin am 29. September 1972, um 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Gebäude B, I. Stockwerk, Zimmer 137. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 4. September 1972 ist angeordnet.

6 Frankfurt (Main), 2. 8. 1972

Amtsgericht, Abt. 81

2659

81 N 241/71 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 5. Juni 1971 verstorbenen, zuletzt Frankfurt (Main), Bockenheimer Anlage 6, wohnhaft gewesenen Ernst Wolfgang Strauß, alleinigen Inhabers der nicht eingetragenen Firma Estrau Leuchtröhren, Frankfurt am Main, Bockenheimer Anlage 6, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf den 3. Oktober 1972, um 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, Geb. B, I. Stock, Zimmer 137, anberaumt.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: Vergütung: 5500,— DM, Auslagen: 145,05 DM.

6 Frankfurt (Main), 2. 8. 1972

Amtsgericht, Abt. 81

2660

5 N 10 68: Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Friedrich Hertel** in Langen, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

607 Langen, 1. 8. 1972

Amtsgericht

2661

5 N 25 67: Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Gerhard Alfred Lüdecke**, Dreieichenhain, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

607 Langen, 1. 8. 1972

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzutellen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

2662

K 17 72: Das im Grundbuch von Groß-Felda, Band 21, Blatt 936, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Groß-Felda, Flur 2, Flurstück 62, Hof- und Gebäudefläche, Schulstraße 3, Größe 1,86 Ar,

soll am 11. Oktober 1972 um 9.00 Uhr im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof 12, Zimmer Nr. 4, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. April 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Emilie Richter geb. Schott, Frankfurt/M., Rohrbachstr. 52.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 14 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

632 Alsfeld, 27. 7. 1972

Amtsgericht

2663

4 K 22 71: Die im Grundbuch von Kirschhausen, Band 4, Blatt 232, eingetragenen Grundstücke

Nr. 6, Gemarkung Kirschhausen, Flur 3, Flurstück 47/2, Unland, Der weiße Berg, Größe 1,83 Ar,

Nr. 14, Gemarkung Kirschhausen, Flur 3, Flurstück 16/3, Hof- und Gebäudefläche, Heppenheimer Str. 80, Größe 9,07 Ar,

Nr. 26, Gemarkung Kirschhausen, Flur 3, Flurstück 18/5, Hof- und Gebäudefläche, zu Siegfriedstr. 13, Größe 10,16 Ar,

sollen am 11. Oktober 1972 um 14.30 Uhr

im Gerichtsgebäude in Bensheim durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. Juli 1971 bzw. 8. Oktober 1971 (Tage der Versteigerungsvermerke): Steinmetz Ludwig Schmidt, Heppenheim-Mittershausen.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

614 Bensheim, 27. 7. 1972

Amtsgericht

2664

K 4 72: Das im Grundbuch von Altenstadt, Band 24, Blatt 1153, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Altenstadt, Flur 19, Flurstück 7/36, Hof- und Gebäudefläche, Herrnstraße 35, Größe 16,20 Ar,

soll am Montag, dem 18. Oktober 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal) zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. März 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Gastwirt Nikolaus Halm und Ursula Halm geb. Grandt in Kransberg, jetzt Altenstadt, je zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

647 Büdingen, 10. 7. 1972

Amtsgericht

2665

K 13 72: Das im Grundbuch von Büdingen, Band 69, Blatt 3444, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Büdingen, Flur 1, Flurstück 406/3, Hof- und Gebäudefläche, Die Bruchwiese, Größe 13,90 Ar,

soll am Donnerstag, dem 12. Oktober 1972, um 10 Uhr im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. März 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): NAC-Wirtschaftsdienst GmbH in Büdingen.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1 602 485,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

647 Büdingen, 1. 8. 1972

Amtsgericht

2666

K 30 71: Das im Grundbuch von Ortenberg, Band 27, Blatt 1120, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Ortenberg, Flur 1, Flurstück 95, Hof- und Gebäudefläche Kasinostraße 6, Größe 0,48 Ar,

soll am Montag, dem 23. Oktober 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer 8 (Sitzungssaal) durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. August 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Adolf Prinz, Spengler und Installateur in Ortenberg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3450,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

647 Büdingen, 2. 8. 1972

Amtsgericht

2667

K 21 72: Die im Grundbuch von Bad Nauheim, Band 95, Blatt 3440, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 1, Gemarkung Bad Nauheim, Flur 2, Flurstück 58/2, Lieg.-B. 378, Hof- und Gebäudefläche, Kurstraße 15, Größe 9,48 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Bad Nauheim, Flur 2, Flurstück 58/3, Lieg.-B. 378, Hof-

und Gebäudefläche, Kurstraße 14, Größe 8,32 Ar,

sowie das im Grundbuch von Ober-Mörlen, Band 105, Blatt 4909, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Ober-Mörlen, Flur 1, Flurstück 232, Lieg.-B. 3252, Hof- und Gebäudefläche, Schulstraße 2, Größe 14,21 Ar,

sollen am 13. Oktober 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg/H., Hornburger Str. 18, Zimmer 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 19 April 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): Frieda Keller, geb. Schachne, Bad Nauheim, Kurstraße 13—15.

Der Wert der Grundstücke wurde nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt

a) für Flur 2, Flurst. 58 2 auf 659 200,—

Deutsche Mark,

b) für Flur 2, Flurst. 58 3 auf 229 800,—

Deutsche Mark,

c) für Flur 1, Flurst. 232, auf 399 000,—

Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (H.), 3. 8. 1972

Amtsgericht

2668

K 44 71: Die im Grundbuch von Haldorf, Band 10, Blatt 258, eingetragenen Grundstücke

Nr. 1, Gemarkung Haldorf, Flur 2, Flurstück 123/21, Hof- und Gebäudefläche, Gritter Straße 4, Größe 9,25 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Haldorf, Flur 2 Flurstück 21/1, Hofraum im Dorfe, Größe 1,18 Ar,

sollen am 27. Oktober 1972 um 10.00 Uhr im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. November 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Fuhrunternehmer Heinrich Schmolli zu Haldorf zur ideellen Hälfte,

2. a) Fuhrunternehmer Heinrich Schmolli,

b) Hans Schmolli,

c) Else Ellen Leimbach geb. Schmolli, sämtlich in Haldorf in ungeteilter Erbgemeinschaft zur ideellen Hälfte.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt: Nr. 1 BV auf 140 000,— DM; Nr. 2 BV auf 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3580 Fritzlar, 24. 7. 1972

Amtsgericht

2669

K 16 72: Das im Grundbuch von Hornbach, Band 7, Blatt 210, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Hornbach, Flur 2, Flurstück 115/2, Hof- und Gebäudefläche, Klängenhofstr. 9, Größe 10,52 Ar,

soll am 5. Oktober 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth/Odw., Heppenheimer Str., Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung (Wiederversteigerung gem. § 133 ZVG) versteigert werden.

Eigentümer am 27. 6. 1972 (Tag des Versteigerungsvermerks): auf Grund des rechtskräftigen Zuschlagsbeschlusses vom 13. 1. 1972 in K 19 70: Adam Thomas und Eva Thomas geb. Geiss in Lampertheim/Hessen, Draisstraße 24, in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundstückes ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 275 000,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6149 Fürth (Odw.), 17. 7. 1972

Amtsgericht

2670

2 K 40/71 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Heftrich, Band 26, Blatt 849, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heftrich, Flur 13, Flurstück 30, Ackerland, Borkelsgraben, Größe 206,12 Ar,

soll am 22. September 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Idstein/Ts., Gerichtsstraße 1, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. Dezember 1971 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Alfons Roth, geb. 13. 3. 1934, Rennerod.

Der Wert des Grundstücks wurde nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 8650,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

627 Idstein (Ts.), 1. 8. 1972 Amtsgericht

2671

5 K 46/70 — **Terminsbestimmung zur Zwangsversteigerung:** Im Wege der Zwangsvollstreckung soll die Hälfte des in Stadt Allendorf belegenen, im Grundbuch von Stadt Allendorf, Blatt 2153, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücks

am Mittwoch, dem 27. September 1972, um 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer 20, versteigert werden.

lfd. Nr. 3, Flur 23, Flurstück 66/1, Hof- und Gebäudefläche, Im Schlag, Haus Nummer 158, Größe 3,32 Ar.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 8. 12. 1970 in das Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümer der Grundstückshälfte war damals der Schreiner Robert Schneider in Stadt Allendorf eingetragen.

Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Kirchhain vom 8. 9. 1971 ist der Wert der Grundstückshälfte gem. § 74 a ZVG auf 9580,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

357 Kirchhain (Bez. Kassel), 4. 8. 1972 Amtsgericht

2672

1 K 9/70 — **Beschluß:** Die im Grundbuch von Neerdar, Band 6, Blatt 161, eingetragenen und sämtlich in der Gemarkung Neerdar gelegenen Grundstücke:

lfd. Nr. 2: Flur 7, Flurstück 63/23, Unland (Rain), Auf der Goldbreite, Größe 1,95 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 7, Flurstück 162, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 10,41 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 7, Flurstück 163, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 11,41 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 7, Flurstück 164, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 12,69 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 7, Flurstück 165, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 9,68 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 7, Flurstück 166, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 12,29 Ar,

lfd. Nr. 12, Flur 7, Flurstück 168, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 10,11 Ar,

lfd. Nr. 13, Flur 7, Flurstück 169, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 9,90 Ar,

lfd. Nr. 16, Flur 7, Flurstück 172, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 10,23 Ar,

lfd. Nr. 22, Flur 7, Flurstück 178, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 11,14 Ar,

lfd. Nr. 23, Flur 7, Flurstück 179, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 10,86 Ar,

lfd. Nr. 24, Flur 7, Flurstück 180, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 18,84 Ar,

lfd. Nr. 25, Flur 7, Flurstück 181, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 13,16 Ar,

lfd. Nr. 27, Flur 7, Flurstück 183, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 9,84 Ar,

lfd. Nr. 28, Flur 7, Flurstück 184, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 10,87 Ar,

lfd. Nr. 29, Flur 7, Flurstück 185, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 10,41 Ar,

lfd. Nr. 30, Flur 7, Flurstück 186, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 10,54 Ar,

lfd. Nr. 31, Flur 7, Flurstück 187, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 10,07 Ar,

lfd. Nr. 33, Flur 7, Flurstück 189, Weg,

Auf der Goldbreite, Größe 4,21 Ar,

lfd. Nr. 34, Flur 7, Flurstück 190, Weg,

Auf der Goldbreite, Größe 3,31 Ar,

lfd. Nr. 35, Flur 7, Flurstück 191, Weg,

Auf der Goldbreite, Größe 12,59 Ar,

lfd. Nr. 36, Flur 7, Flurstück 192/2, Weg,

Auf der Goldbreite, Größe 5,82 Ar,

lfd. Nr. 38, Flur 7, Flurstück 171/2, Bau-

platz, Auf der Goldbreite, Größe 9,27 Ar,

(jetzt: Band 7, Blatt 181, von Neerdar, lfd. Nr. 1),

sollen am 9. Oktober 1972, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstr. 2, Zimmer 8, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 30. 7. 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Mühlenbesitzer Karl Lange in Oberschedorn.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a ZVG wie folgt festgesetzt:

lfd. Nr. 2 auf 78,— DM,

lfd. Nr. 6 auf 417,— DM,

lfd. Nr. 7 auf 457,— DM,

lfd. Nr. 8 auf 508,— DM,

lfd. Nr. 9 auf 388,— DM,

lfd. Nr. 10 auf 492,— DM,

lfd. Nr. 12 auf 405,— DM,

lfd. Nr. 13 auf 376,— DM,

lfd. Nr. 16 auf 410,— DM,

lfd. Nr. 17 auf 407,— DM,

lfd. Nr. 18 auf 404,— DM,

lfd. Nr. 19 auf 412,— DM,

lfd. Nr. 20 auf 405,— DM,

lfd. Nr. 22 auf 446,— DM,

lfd. Nr. 23 auf 434,— DM,

lfd. Nr. 24 auf 754,— DM,

lfd. Nr. 25 auf 527,— DM,

lfd. Nr. 27 auf 394,— DM,

lfd. Nr. 28 auf 423,— DM,

lfd. Nr. 29 auf 417,— DM,

lfd. Nr. 30 auf 422,— DM,

lfd. Nr. 31 auf 403,— DM,

lfd. Nr. 33 auf 169,— DM,

lfd. Nr. 34 auf 133,— DM,

lfd. Nr. 35 auf 504,— DM,

lfd. Nr. 36 auf 233,— DM,

lfd. Nr. 38 auf 371,— DM,

insgesamt: 10 789,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

354 Korbach, 31. 7. 1972 Amtsgericht

2673

7 K 39/71 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Limburg, Band 90, Blatt 2843, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Limburg, Flur 25, Flurstück 89, Hof- und Gebäudefläche, Sackgasse 4, Größe 0,44 Ar,

soll am 4. Oktober 1972, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schiede 14, Zimmer Nr. 14, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. Dezember 1971 (Tag des Versteigerungsver-

merks): Anna Magdalena Thomas in Limburg.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 7640,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

625 Limburg (L.), 19. 7. 1972 Amtsgericht

2674

7 K 41/67 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Leidenhofen, Band 20, Blatt 687, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Leidenhofen, Flur 5, Flurstück 52/1, Lieg.-B. 423, Hof- und Gebäudefläche, Am Rübenstein 16, Größe 8,92 Ar,

soll am 12. Oktober 1972 um 10 Uhr im Gerichtsgebäude zu Marburg/L., Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. Okt. 1967 und 9. Januar 1968 (Tage der Versteigerungsvermerke): Fuhrunternehmer Ludwig Viel und dessen Ehefrau Katharina Viel geb. Klingelhöfer in Leidenhofen — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 35 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (L.), 8. 6. 1972 Amtsgericht

2675

7 K 46/70 — **Beschluß:** Das im Grundbuch von Reddehausen, Band 9, Blatt 276, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Reddehausen, Flur 6, Flurstück 162/106, Lieg.-B. 134, Grünland (Obstb.), Giedenhain, Größe 15,27 Ar,

soll am 19. Oktober 1972 um 10.00 Uhr im Gerichtsgebäude, Universitätsstr. Nr. 48, 1. Stock, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. Oktober 1970 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maschinenschlosser Manfred Herzog in Wetter.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 1200,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (L.), 12. 6. 1972 Amtsgericht

2676

K 55/71: In der Aufhebungsversteigerung der Erbgemeinschaft Muhn wird die Terminsachricht vom 17. 7. 72 wie folgt ergänzt: Miteigentümer unter 2 c) ist Philipp Muhn, 6128 Höchst, Frankfurter Straße 9.

612 Michelstadt, 7. 8. 1972 Amtsgericht

2677

K 10/69: Die im Grundbuch von Breitau, Band 23, Blatt 558, eingetragene Hälfte des Grundstücks

lfd. Nr. 1, Gemarkung Breitau, Flur 9, Flurstück 129/3, Hof- und Gebäudefläche, Kirchgasse 68, Größe 6,23 Ar,

soll am 2. Oktober 1972, um 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Sontra, Neues Tor 8, Zimmer 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 6. November 1969 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Helga Pankow geb. Siebert in Breitau.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6443 Sontra, 20. 7. 1972 Amtsgericht

Andere Behörden und Körperschaften

2678

Bekanntmachung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar

Die Verbandsversammlung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar hat in ihrer Sitzung am 12. Mai 1972 auf Grund des Artikels 4 Abs. 1 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung im Rhein-Neckar-Gebiet vom 19. August 1969 und auf Grund des § 29 der Satzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar — Körperschaft des öffentlichen Rechts — vom 30. April 1970 folgende

Haushaltssatzung

erlassen:

§ 1

(1) Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1972 wird im ordentlichen Haushalt

in den Einnahmen auf	799 100 DM
in den Ausgaben auf	799 100 DM

festgesetzt.

(2) Ein außerordentlicher Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1972 wird nicht aufgestellt.

§ 2

(1) Der Gesamtbetrag der Umlage für das Rechnungsjahr 1972 wird auf 586 806 DM festgesetzt.

(2) Die auf die einzelnen Verbandsmitglieder entfallenden Umlageanteile werden gemäß § 30 Absatz 2 der Satzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar je zur Hälfte auf der Grundlage der Einwohnerzahlen und der Steuerkraftzahlen der Gemeinden des jeweiligen Planungsgebietes aufgebracht.

§ 3

Der Höchstbetrag der äußeren Kassenkredite, die im Rechnungsjahr 1972 zur Aufrechterhaltung des Betriebs der Verbandskasse in Anspruch genommen werden dürfen, werden auf 100 000 DM festgesetzt.

Stellensatzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar

Auf Grund von Artikel 4 Absatz 2 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung im Rhein-Neckar-Gebiet vom 19. August 1969 und auf Grund § 17 der Satzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar — Körperschaft des öffentlichen Rechts — vom 30. April 1970 in Verbindung mit § 33 des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg vom 27. 1. 1958 hat die Verbandsversammlung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Beim Raumordnungsverband Rhein-Neckar wird folgende Planstelle für einen Beamten eingerichtet:

Zahl	Besoldungsgruppe	Amtsbezeichnung
1	A 12 LBO	Verwaltungsamtsrat

§ 2

Die Stellensatzung tritt am 1. Juli 1972 in Kraft.

Satzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar über die Entschädigung ehrenamtlicher Tätigkeit

Auf Grund des Art. 4 Abs. 1 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung im Rhein-Neckar-Gebiet vom 19. 8. 1969 in Verbindung mit § 5 Abs. 2 des Zweckverbandsgesetzes und § 19 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat die Verbandsversammlung

des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar, Körperschaft des öffentlichen Rechts, in der Sitzung vom 12. Mai 1972 folgende Satzung beschlossen.

§ 1 Sitzungsvergütungen

(1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung des Verwaltungsrates, der Fachausschüsse und des Planungsrates erhalten für die Teilnahme an jeder Sitzung der Verbandskörperschaften, denen sie angehören, ein Sitzungsgeld in Höhe von 30,— DM. Den gleichen Betrag erhalten sie für die Teilnahme an Besprechungen oder Besichtigungen, soweit sie dazu vom Verbandsverbande eingeladen sind oder die Teilnahme vorher genehmigt worden ist.

Die in Satz 1 genannten Mitglieder erhalten bei der Teilnahme an den genannten Sitzungen eine Reisekostenvergütung. Bei Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel wird der Fahrpreis für die erste Wagenklasse erstattet. Bei Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeuges wird für den gefahrenen Kilometer 0,25 DM erstattet.

Die Vergütungen der Abs. 1 und 2 werden den Mitgliedern der Verbandsorgane oder deren Stellvertretern auch für die Teilnahme an Fraktionssitzungen gewährt.

Die Absätze 1 und 2 gelten auch für stellvertretende Mitglieder der Verbandsversammlung, des Verwaltungsrates, der Fachausschüsse und des Planungsrates, wenn diese an Stelle der ordentlichen Mitglieder an einer der in Abs. 1 genannten Sitzungen teilnehmen.

§ 2 Verdienstausschlag

(1) Ein Verdienstausschlag wird auf Antrag ohne besonderen Nachweis erstattet, und zwar bei Halbtagsitzungen bis zum Höchstbetrag von 25,— DM, bei Ganztagsitzungen bis zum Höchstbetrag von 50,— DM.

(2) Ein höherer Verdienstausschlag wird gegen Nachweis erstattet, jedoch bei Halbtagsitzungen bis zum Höchstbetrag von 50,— DM, bei Ganztagsitzungen bis zum Höchstbetrag von 100,— DM.

(3) Als Ganztagsitzungen gelten Sitzungen, bei denen die reine Sitzungsdauer 4 Stunden Zeitaufwand übersteigt.

§ 3 Aufwandsentschädigung der Vorsitzenden

(1) Der Verbandsvorsitzende erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung von 300,— DM.

(2) Die Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden und die Vorsitzenden der Fachausschüsse erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von je 100,— DM.

§ 4 Reisekosten bei Reisen außerhalb des Verbandsgebietes

Bei Reisen außerhalb des Verbandsgebietes erhalten die in § 1 genannten Mitglieder oder stellvertretenden Mitglieder sowie der Verbandsvorsitzende und seine Stellvertreter Reisekosten nach der Gruppe D der für Beamte geltenden Reisekostenbestimmungen.

§ 5

Die Fraktionen erhalten zur Abgeltung ihres Aufwandes einen jährlichen Pauschalbetrag in Höhe von 75,— DM für jedes Fraktionsmitglied.

§ 6 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. 1. 1972 in Kraft.

68 Mannheim, 26. 7. 1972

Raumordnungsverband Rhein-Neckar
— Körperschaft des öffentlichen Rechts —
Der Verbandsdirektor
Dr. Becker-Marx

2679

Haushaltssatzung des Wasserverbandes Kinzig für das Rechnungsjahr 1972

Die nachstehende Haushaltssatzung des Wasserverbandes Kinzig — Aufgabenbereich Hochwasserschutz und Abflußregelung — für das Rechnungsjahr 1972 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Der Haushaltsplan des Verbandes wird ab dem Tage der Veröffentlichung im Staatsanzeiger am Sitz des Verbandes

**6 Frankfurt am Main
Dominikanerplatz 3,
Zimmer 384,**

eine Woche lang öffentlich ausgelegt.

Frankfurt/Main, 31. 7. 1972

Wasserverband Kinzig
Der Vorstandsvorsteher
gez. S ö l c h
Bürgermeister

*

Haushaltssatzung des Wasserverbandes Kinzig, Sitz Frankfurt am Main — Aufgabenbereich Hochwasserschutz und Abflußregelung — für das Rechnungsjahr 1972

Gemäß § 72 ff. der Wasserverbandsverordnung vom 3. 9. 1937 (RGBl. I S. 933) und § 27 der Verbandssatzung vom 8. 5. 1972 hat die Verbandsversammlung am 13. 7. 1972 folgende Haushaltssatzung für das Rechnungsjahr 1972 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt:

- a) **im ordentlichen Haushalt**
 - in der Einnahme auf: 709 212,50
 - in der Ausgabe auf: 709 212,50
- b) **im außerordentlichen Haushalt**
 - in der Einnahme auf: 2 500 000,—
 - in der Ausgabe auf: 2 500 000,—

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im laufenden Rechnungsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben des ordentlichen Haushaltsplanes in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 500 000,— DM festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Darlehen, die zur Bestreitung der Ausgaben des außerordentlichen Haushalts bestimmt sind, wird auf 122 187,50 DM festgesetzt. Der Darlehensbetrag ist für Baumaßnahmen zur Verbesserung der Abflußverhältnisse und zum Hochwasserschutz im Verbandsgebiet bestimmt.

Frankfurt a. M., 13. 7. 1972

Für die Verbandsversammlung	Der Vorstandsvorsteher
Gerhardt	S ö l c h
	Bürgermeister

2680

Öffentliche Auslegung der I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 1972 und der Haushaltssatzung für das Jahr 1973 des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kassel

Gemäß § 113 Abs. 4 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) vom 25. 2. 1952 in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 121) werden die Entwürfe der I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 1972 und der Haushaltssatzung für das Jahr 1973 in der Zeit vom 15. bis 23. August 1972 in Zimmer 214 des Kommunalen Gebietsrechenzentrum Kassel, 3500 Kassel, Knorrstraße 30. zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.

Kassel, 1. 8. 1972

Kommunales Gebietsrechenzentrum Kassel
Der Direktor
gez. K o c h

2681

Öffentliche Ausschreibungen

Darmstadt: Die Bauleistungen zu Deckenverstärkungen im Zuge der B 26 Altheim—Babenhäuser, km 21,109—26,427, der B 426 Hahn—Gernsheim, km 14,322—20,000 und der B 43/44 Nordkreisel—Frankfurt/M. von km 0,965—0,665, km 0,022—0,289 und km 9,400—10,601, sollen getrennt vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 1. B 26, Altheim—Babenhäuser, km 21,109—26,427
Einbau von
 - 37 700 qm Haftkleber
 - 4 700 t Asphaltbinder
 - 37 700 qm Asphaltfeinbeton
- 2. B 426, Hahn (Bruchmühle)—Gernsheim, km 14,322—20,000
Einbau von
 - 34 100 qm Haftkleber
 - 4 300 t Asphaltbinder
 - 21 300 qm Asphaltfeinbeton
- 3. B 44 Nordkreisel—Frankfurt/M., km 0,965—0,665
B 44 Oberforsthaus—L 3317, km 0,022—0,281
B 43/44—Kennedy—Allee, km 9,400—10,601
Einbau von
 - 21 300 qm Haftkleber
 - 2 700 t Asphaltbinder
 - 21 300 qm Asphaltfeinbeton

Bauzeit: 1. 40 Werkstage, 2. 40 Werkstage, 3. 30 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 22. August 1972 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für je 2 Ausfertigungen in Höhe von 5,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto Nr. 35 599 beim Postscheckamt Frankfurt/Main mit Angabe:

„Ausschreibungsunterlagen 1. Deckenverstärkung B 26, Altheim—Babenhäuser“.

„Ausschreibungsunterlagen 2. Deckenverstärkung B 426, Hahn—Gernsheim“.

„Ausschreibungsunterlagen 3. Deckenverstärkung B 43/44 Nordkreisel—Frankfurt/M.“.

Eröffnung: Freitag, den 8. Sept. 1972 1. 10.00 Uhr, 2. 10.15 Uhr, 3. 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werktage.

61 Darmstadt, 7. 8. 1972

Hessisches Straßenbauamt

2682

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für die Verlegung der B 62 in Bad Hersfeld (Südumgehung), Kreis Hersfeld, Bau-km 0,000 bis 2,470, sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 370 000 cbm Erdarbeiten
 - ca. 20 000 cbm Frostschutzmaterial
 - ca. 41 000 qm bit, Unterbau, Körnung 0/35, 290 kg/qm
 - ca. 40 000 qm Asphaltbinder, Körnung 0/18, 100 kg/qm
 - ca. 40 000 qm Asphaltfeinbeton, Körnung 0/8, 84 kg/qm
- und sonstige Nebenarbeiten.

Bauzeit: 400 Werkstage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 17. August 1972 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 30,— DM für zwei Ausfertigungen anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm., Nr. 6753, oder bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld, Konto-Nr. 301, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 5. September 1972, um 10.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19. Zuschlags- und Bindefrist: 5. Oktober 1972.

643 Bad Hersfeld, 3. 8. 1972

Hessisches Straßenbauamt

2683

Bad Hersfeld: Die Bauleistungen für den Deckenausbau und die Fahrbahnverbreiterung auf der B 62 in Breitenbach/H. zwischen den Ortsteilen Hof Huhnstadt und Gehau, Kreis Hersfeld, von km 13,600 bis km 14,429 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 16 500 cbm Erdarbeiten
 - ca. 2 500 cbm Frostschutzmaterial
 - ca. 6 000 qm bit. Unterbau, Körnung 0/35, 290 kg/qm
 - ca. 6 000 qm Asphaltbinder, Körnung 0/18, 100 kg/qm
 - ca. 6 000 qm Asphaltfeinbeton, Körnung 0/8, 84 kg/qm
- und sonstige Nebenarbeiten

Bauzeit: 70 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen. Angebotsunterlagen sind bis zum 22. August 1972 unter Beifügung der Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 20,— DM für zwei Ausfertigungen anzufordern.

Der Betrag ist bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6753, oder bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld, Konto-Nr. 301, unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin: 7. September 1972, um 10.00 Uhr, im Gebäude des Hess. Straßenbauamtes Bad Hersfeld, Hubertusweg 19. Zuschlags- und Bindefrist: 9. Oktober 1972.

643 Bad Hersfeld, 8. 8. 1972

Hessisches Straßenbauamt

2684

Darmstadt: Brückenbauarbeiten. Die Bauleistungen für das Brückenbauwerk K 411 Überführung der L 3112 über die B 3 in der Gemarkung Alsbach im Zuge zur Beseitigung des schienengleichen Bahnüberganges am Haltepunkt Hähnlein-Alsbach sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- ca. 290 cbm Erdaushub
 - ca. 85 qm Spundwände
 - ca. 835 cbm Stahlbeton
 - ca. 65 t Stahl I und III
 - ca. 3,2 t Spannstahl
- und sonstige Arbeiten

Bauzeit: 220 Werktage.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Angebotsunterlagen sind bis zum 14. 8. 1972 anzufordern; sie werden in doppelter Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 26,— DM portofrei zugestellt.

Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstraße 3a, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 355 99 unter Angabe der Zweckbestimmung einzuzahlen.

Eröffnungstermin ist am 15. 9. 1972 um 11.00 Uhr im Sitzungszimmer des Straßen-Neubauamtes Hessen-Süd, Schottner-Weg 5. Zuschlags- und Bindefrist: 18. 10. 1972.

61 Darmstadt, 31. 7. 1972

Straßen-Neubauamt Hessen-Süd

2685

Darmstadt: Die Bauleistungen zum Ausbau der Kreisstraße 200 als Neubaustrecke in der Ortsdurchfahrt Klein-Auheim zwischen Bau-km 0,00 bis Bau-km 1,650 sollen vergeben werden.

Leistungen u. a.:

- 1 200 cbm Boden lösen
 - 18 000 cbm Boden liefern
 - 7 000 t bit. Tragschicht
 - 20 000 qm Asphaltbinder und Asphaltfeinbeton
 - 700 lfd. m Entwässerungsrinne mit Hochborde in Beton
- und sonstige Nebenarbeiten

Bauzeit: 200 Werktage

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 15. 8. 1972 anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlungen bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 35 599 beim Postscheckamt Frankfurt/Main mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen K 200 OD Klein-Auheim“.

Eröffnung: Freitag, den 1. 9. 1972, um 10.15 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 18 Werktage.

61 Darmstadt, 1. 8. 1972.

Hessisches Straßenbauamt

2686

Fulda: Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda werden die Arbeiten — Neubau einer Stützmauer im Zuge des Ausbaues der K 17 zwischen der B 84 und Leibolz, in der Ortslage Malges, Baustat. 0 + 241,10 — 0 + 276,90 — vergeben.

Auszuführen sind u. a.:

- ca. 250 cbm Baugrubenaushub
- ca. 100 cbm Bauwerkshinterfüllung aus Kiesstand
- ca. 90 cbm Stahlbeton B 225
- ca. 5 t Betonstahl III b
- ca. 215 qm Abdichtung der erdberührten Flächen
- ca. 70 qm Filterschicht aus Filterkörpersteinen

Die Bieter müssen den Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen genügen. Die Angebotsunterlagen werden in 2facher Ausfertigung zum Preis von 20,— DM abgegeben. Dieser Betrag ist bei der Staatskasse Fulda, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6749 unter Angabe der Zweckbestimmung — Neubau einer Stützmauer im Zuge des Ausbaues der K 17 zwischen der B 84 und Leibolz — einzuzahlen. Die Quittung über die erfolgte Einzahlung ist bei Entgegennahme der Unterlagen vorzulegen.

Der **Eröffnungstermin** findet am 22. August 1972, um 10.00 Uhr, beim Hess. Straßenbauamt Fulda, Schillerstr. 8, statt. Das Ende der Zuschlags- und Bindefrist wird auf den 18. 9. 1972 festgelegt.

64 Fulda, 1. 8. 1972

Hessisches Straßenbauamt

2687

Fulda: Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda sollen die Straßenbauarbeiten — Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur der K 10 zwischen Ufhausen und Solsdorf von km 1,036 bis 3,175 = 2145 m — vergeben werden.

Auszuführen sind:

- rd. 5 000 cbm Erdbewegung
 - rd. 3 500 t Basaltmaterial d. K. 0/55 mm als Frostschuttschicht
 - rd. 4 000 t Asphalttragschicht d. K. 0/35 mm
 - rd. 13 000 qm Asphaltfeinbeton d. K. 0/8 mm, 4 cm dick
- und sonstige Arbeiten wie Verlegen von Leitungen und Verzetzen von Zäunen.

Die Bauarbeiten sollen etwa Ende September 1972 begonnen werden. Die Arbeiten sind bis zum 15. Oktober 1973 zu beenden.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Angebotsunterlagen werden in doppelter, Planunterlagen (Lagepläne) in einfacher Ausfertigung gegen eine Kostenerstattung in Höhe von 35,— DM abgegeben. Der Betrag ist vor Abgabe der Unterlagen bei der Staatskasse Fulda, PSchKto. Nr. 6749 mit der Angabe — Fahrbahnverbreiterung und Linienkorrektur der K 10 — einzuzahlen und bei schriftlicher Anforderung der Ausschreibungsunterlagen durch Beifügung der Einzahlungsquittung zu belegen.

Selbstaholder erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Einzahlungsquittung von Montag bis Freitag in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr.

Der **Eröffnungstermin** findet am Freitag, dem 1. September 1972, um 10.00 Uhr, im Hessischen Straßenbauamt Fulda, Behördenhaus, Schillerstraße 8, statt. Die Zuschlags- und Bindefrist endet am 28. September 1972.

64 Fulda, 3. 8. 1972

Hessisches Straßenbauamt

2688

Wiesbaden: Die Arbeiten für den Ausbau der Ortsdurchfahrt Langenseifen im Zuge der L 3374 von Str.-km 3,500 bis 4,100 sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- Erdarbeiten sowie Leistungen zur Entwässerung in geringem Umfang;
- 660 t bit. Mischgut 0/35 mm einbauen;
- 2200 qm Asphaltbinderschicht 0/18 mm, 84 kg/qm;
- 2200 qm Asphaltfeinbeton 0/8 mm, 84 kg/qm;
- 800 lfd. m Rundbordsteinanlage mit Rinnenplatten (30 30 5 Zentimeter); f. d. Gehweganlage;
- 120 cbm Frostschutzmaterial 0/35 mm;
- 800 qm bit. Tragschicht 0/35 mm, 144 kg/qm;
- 800 qm Asphaltfeinbeton 0/5 mm, 60 kg/qm;

Bauzeit: 60 Werktage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen. Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 22. 8. 72 anzufordern mit der Angabe, ob diese abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 12,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postscheckkonto Frankfurt M. Nr. 6830, zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden unter Angabe des Vermerkes: „Ausbau OD Langenseifen—L 3374“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab sofort in der Zeit von 8.00 bis 16.00 Uhr beim Hess Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstr. 6, Zimmer 33.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 25. August 1972, um 10.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 20 Werktage.

Die Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

62 Wiesbaden, 3. 8. 1972

Hessisches Straßenbauamt

2689

Öffentliche Ausschreibung

Langen: Für den Bau eines rd. 1,3 km langen Abwasser-sammelkanals im Südwesten der Gemarkung Langen (Hessen) sollen durch den **Magistrat der Stadt Langen und den Verbandsvorstand des Abwasserverbandes Langen/Egelsbach** folgende Lieferungen und Leistungen vergeben werden:

Los I: Teilabschnitt Südabwassersammler von Schacht 532 bis Schacht 519

Auszuführen sind u. a.:

- rd. 25 000 qm Mutterbodenarbeiten
- rd. 10 000 cbm Erdaushubarbeiten
- rd. 800 lfd. m Rohrverlegungsarbeiten (NW 260 cm) einschl. Kanalbauwerke
- rd. 40 lfd. m horizontaler Rohrvortrieb (NW 260 cm)

Los II: Teilabschnitt Südabwassersammler von Schacht 519 bis Schacht 496

Auszuführen sind u. a.:

- rd. 15 000 qm Mutterbodenarbeiten
- rd. 7 000 cbm Erdaushubarbeiten
- rd. 500 lfd. m Rohrverlegungsarbeiten (NW 220 cm) einschl. Kanalbauwerke

Bewerber, die nachweislich für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sind und über geeignete Fachkräfte, Maschinen und Geräte verfügen, können die Angebotsunterlagen bis spätestens 25. 8. 1972 beim Stadtbauamt 607 Langen, Abt. Tiefbau, schriftlich anfordern.

Die Quittung über die Einzahlung der Ausschreibungsgebühr in Höhe von 100,- DM (hundert), die in keinem Falle zurückerstattet wird, ist beizufügen.

Einzahlungen sind auf das Postscheckkonto 6264 beim Postscheckamt Frankfurt (Main) oder direkt auf die Konten der Stadtkasse bei allen örtlichen Banken unter der Angabe „Ausschreibungsgebühren – Südabwassersammler – Los I (bzw. Los II)“ vorzunehmen. Die Ausgabe der Angebotsunterlagen erfolgt ab 31. 8. 1972.

Die Angebote sind vor dem Eröffnungstermin

Montag, den 18. September 1972, um 11.00 Uhr, Rathaussaal der Stadt Langen

in verschlossenem Umschlag mit der Aufschrift:

„Kanal Südabwassersammler – Los I (bzw. Los II)“

beim Magistrat der Stadt Langen, Wilhelm-Leuschner-Platz 3-5, einzureichen.

Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 30 Kalendertage.

607 Langen, den 7. 8. 1972

Der Magistrat der Stadt Langen
Liebe, Erster Stadtrat

Der Abwasserverband Langen/Egelsbach
Thomin, Verbandsvorstand

Beamte, Angestellte, Arbeiter des öffentlichen Dienstes

Viele würden gern die BHW-Vorteile nutzen, wenn sie es nur dürften!

Wer wie Sie bei uns bausparberechtig ist, hat es leichter, zum eigenen Heim und Vermögen zu kommen. Überlegen Sie daher nicht mehr lange. Beim BHW sind Sie am besten aufgehoben.

Die Höhe Ihres Einkommens spielt dabei keine Rolle. Sie werden individuell beraten und erreichen Ihr Ziel schneller und leichter als Sie denken.

Fordern Sie noch heute unsere kostenfreie Schrift „Leichter mit dem BHW“ an, die Sie ausführlich unterrichtet, auch über die hohen Wohnungsbauprämien, Steuervergünstigungen und Arbeitnehmer-Sparzulagen.

Leichter
mit
dem

BHW

Gemeinnützige
Bausparkasse
für den
öffentlichen
Dienst GmbH

Beamtenheimstättenwerk
325 Hameln · Postfach 666 · Fernruf (05151) 861

DIPLOM-BAULANDSCHAFTS-INGENIEUR

GÜNTER RODE

GARTEN- UND
LANDSCHAFTSBAU

6101 BRAUNSHARDT · TEL. 06150/2022

Der „Staats-Anzeiger für das Land Hessen“ erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 15,80 (einschließlich 5 1/4% = 0,82 DM MWSt.). Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gantz, für den übrigen Teil Karl Blum, Wiesbaden. Verlag: Buch- und Zeitschriftenverlag Kultur und Wissen GmbH & Co KG, 62 Wiesbaden, Postfach 1329. Postscheckkonto 6 Frankfurt/M. Nr. 143 60. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: Pressehaus Gelsel Nachf., 62 Wiesbaden. Anzeigenannahme und Ver-

trieb: Staats-Anzeiger, 62 Wiesbaden, Wilhelmstraße 42, Telefon Sa.-Nr. 3 96 71, Fernschreiber 04 186 648, Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 2,40 bis 40 Seiten DM 3,21 bis 48 Seiten DM 3,82, über 48 Seiten DM 4,16. Die Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten und 5 1/4 Prozent Mehrwertsteuer. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages, Frankfurt/M. 143 60. Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 9 vom 1. 6. 1972.

Der Umfang dieser Ausgabe beträgt 48 Seiten.

2690

Frankfurt: Für den Bau der B 43 neu, Teilabschnitt Flughafen Frankfurt/M. (Kreisel Unterschweinstiege) bis Stadion Frankfurt/M. (Anschluß B 44), sollen die Arbeiten zur Herstellung des Bauwerkes K 705, Unterführung der A 10, BAB Kassel-Mannheim, vergeben werden.

Das Spannbetonbauwerk ist ca. 72 m lang und 31 m breit.

Auszuführen sind u. a.:

ca.	2,5 ha	Rodungsarbeiten
ca.	15 000 cbm	Baugrubenaushub
ca.	250 qm	Spundwände
ca.	1 600 cbm	Stahlbeton für den Unterbau
ca.	1 500 cbm	Stahlbeton für den Überbau
ca.	240 t	Baustahl verschiedener ϕ
ca.	100 t	Spannstahl für Längs- u. Querverspannung

Bauzeit ca. 18 Monate.

Bieter müssen die Bewerbungsbedingungen der Straßenbauverwaltung des Landes Hessen erfüllen.

Für 2 Ausfertigungen der Ausschreibungsunterlagen ist eine Quittung über 35,— DM der Anforderung beizufügen (Mehrwertsteuer entfällt). Firmen, die noch nicht im Besitz des Bauleistungsbuches für Kunstbauten des Landes Hessen sind, haben zusätzlich einen Beleg über 35,— DM zum einmaligen Erwerb beizufügen. Eine Rückerstattung dieser Beträge ist in keinem Falle möglich.

Einzahlungen bei der Staatskasse Frankfurt/M., Burnitzstraße 53, Postscheckkonto Ffm. 6821, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für das Bauwerk K 705 — Unterführung der A 10, BAB Kassel—Mannheim“.

Bauwerksnummer unbedingt angeben.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 26. September 1972, um 10.00 Uhr, 6 Frankfurt (Main), Kaiserstraße 62, Sitzungszimmer VII. Stock. Zuschlags- und Bindefrist: 30. November 1972.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 25. August 1972 anzufordern mit Angabe, ob Postversand oder Abholung gegen Vollmacht.

Ausgabe der Blankette ab 1. September 1972.

6 Frankfurt (M.), 26. 7. 1972

Straßenneubauamt Untermain
— Frankfurt (Main) —

2691**Bei der Gemeinde Kiedrich**

(3700 Einwohner, Ortsklasse A) ist die Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeisters

wegen Erreichen der Altersgrenze des bisherigen Stelleninhabers zum 1. April 1973 neu zu besetzen.

Die Wahlzeit beträgt sechs Jahre, vorbehaltlich der Zustimmung der Aufsichtsbehörde auf Grund des Vorschaltgesetzes. Die Besoldung erfolgt nach Gruppe W 4. Dienstwohnung ist vorhanden.

Kiedrich ist weinbautreibende Gemeinde im Rheingau, ca. 15 km von Wiesbaden entfernt und liegt in landschaftlich sehr reizvoller Umgebung. Die zahlreichen Kunstwerke, die Kiedrich zur „Insel der Gotik“ machen, ziehen viele Besucher an, so daß der Fremdenverkehr eine entscheidende Rolle spielt.

Durch die Besiedlung des Hahnwaldes mit ca. 3500 Bewohnern wird Kiedrich in naher Zukunft auf 7000—8000 Einwohner anwachsen. Diese Maßnahme wird eine der Hauptaufgaben des neuen Bürgermeisters sein.

Bewerber mit umfassenden Kenntnissen und Erfahrungen auf dem Gebiet der Kommunalverwaltung sowie mit Einsatzbereitschaft, wirtschaftlichem Verständnis und Organisationstalent werden gebeten, ihre Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigte Zeugnisabschriften und Tätigkeitsnachweis) bis spätestens 30. September 1972 in verschlossenem Umschlag unter dem Kennwort „Bürgermeisterwahl“ einzureichen an den Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses

Herrn Franz-Josef Bibo
6229 Kiedrich
Rathaus

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

2692**Die Kreisstadt Friedberg (Hessen)**

— rund 24 500 Einwohner — Stadt der Schulen (sämtliche weiterführenden Schulen einschl. Ingenieurschule vorhanden), zwischen Taunus und Vogelsberg gelegen, 34 km Entfernung bis Frankfurt a. M., sucht für die Durchführung interessanter städtebaulicher Aufgaben

2 Hochbau-Ingenieure (grad.)

für Entwurfs- und Durchführungsarbeiten in der Bauleitplanung. Erfahrungen in bzw. Neigung zur Stadtplanung werden vorausgesetzt.

Wir bieten

Vergütung nach Gruppe IV a BAT

Kindergeld ab dem ersten Kind

Zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung

Beihilfen im Krankheitsfalle

Zusätzliches Urlaubsgeld

Trennungentschädigung und Umzugskostenvergütung im Rahmen der geltenden Bestimmungen

Mithilfe bei der Beschaffung einer Wohnung bzw. Arbeitgeberdarlehen für den Bau eines Eigenheimes

Gesucht werden qualifizierte und ideenreiche Personen mit ausgeprägter Neigung zu selbständiger Arbeit.

Bewerbungen mit Lichtbild, handgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Nachweis über die bisherige Tätigkeit werden innerhalb drei Wochen an den

Magistrat der Kreisstadt
636 Friedberg (Hessen).
— Personalabteilung —
Tel. 06031/40 41, erbeten.

2693**Beim Polizeipräsidium der Stadt Offenbach am Main**

ist die Stelle des Leiters der Kriminalabteilung

Kriminalobererrat

Bes. Gruppe A 14 HBO

zum 1. 11. 1972 oder später infolge Ruhestandsversetzung des derzeitigen Inhabers neu zu besetzen.

Bewerber müssen die Befähigung zum höheren Polizeivollzugsdienst in der Kriminalpolizei besitzen. Ernennung zum Kriminalrat (A 13) oder Kriminalobererrat (A 14) nach Maßgabe laufbahnrechtlicher Vorschriften. Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, beglaubigten Zeugnisabschriften und Lichtbild erbeten bis 15. 9. 1972 an den

Magistrat — Personalamt —
der Stadt 6050 Offenbach a. M.

Anzeigen-Annahmeschluß

jeden Montag um 14 Uhr
für die am darauffolgenden Montag erscheinende
Ausgabe des Staats-Anzeiger